

# WENN NICHT MIT KRITIK DANN MIT DER BRUTALITÄT

Erinnerung: Motto wechseln!

Vielleicht:

„Wieder geht ein Jahr  
Alles Gute, Danke klar  
Immer noch ein Grund zum feiern  
Ich seh ein graues Haar!“  
— Por

## **Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2021**

Herausgeber\*innen:  
Jusos Bezirk Hannover  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die  
jeweiligen Antragsteller\*innen verantwortlich.

Dieses Antragsbuch enthält eine  
immense Menge ehrenamtliche Arbeit. <3

# Inhaltsverzeichnis

<b>Organisatorisches</b>	<b>6</b>
Vorgeschlagene Tagesordnung . . . . .	7
Vorgeschlagene Geschäftsordnung . . . . .	8
Die Internationale . . . . .	9
<b>Anträge</b>	<b>10</b>
<b>Z – Satzung</b>	<b>11</b>
Z1 – Neufassung der Satzung (Satzungskommission) . . . . .	11
Z2 – Zweijährige Amtszeit (Satzungskommission) . . . . .	17
Z3 – Satzungsänderungsantrag (Jusos Region Hannover) . . . . .	18
Z4 – Satzungsänderungsantrag (Jusos Region Hannover) . . . . .	19
Z5 – Satzungsänderungsantrag (Jusos Region Hannover) . . . . .	20
<b>A – Arbeit</b>	<b>21</b>
A1 – Verpflichtendes „Jahr für die Allgemeinheit“ (Jusos Celle) . . . . .	21
A2 – Maximale Lohnschere innerhalb einer Unternehmensgruppe (Jusos Celle) . . . . .	22
A3 – Offenlegung des Durchschnittsgehalts während des Vorstellungsgesprächs (Jusos Celle) . . . . .	23
A4 – Unrechtmäßige Abfindungen im Management (Jusos Celle) . . . . .	24
A5 – Leistung von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen anerkennen (Jusos Göttingen) . . . . .	25
A6 – Mehr als nur klatschen: Eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte (Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg) . . . . .	27
A7 – Mindestvergütung für Freiwillige (Jusos Region Hannover) . . . . .	28
<b>B – Bildung, Schule und Hochschule</b>	<b>29</b>
B1 – Europaweite Bildung – Aufbau einer Europäischen Zentrale für Politische Bildung (Jusos Göttingen) . . . . .	29
B2 – Bildungsstau nach Corona nicht vergessen! (Jusos Lüneburg) . . . . .	30
B3 – Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz. (Jusos Region Hannover) . . . . .	31
<b>D – Digitales und Medien</b>	<b>35</b>
D1 – Verpflichtende Softwareupdates für Smartphones (Jusos Celle) . . . . .	35
D2 – Claim the game – Sexismus in Spielen bekämpfen (Jusos Göttingen) . . . . .	36
<b>E – Europa, Internationales und Intergalaktisches</b>	<b>39</b>
E1 – Keine Geschäfte auf Kosten der Uiguren (Jusos Göttingen) . . . . .	39
E2 – (Feministische) Außenpolitik – eine humanitäre Außenpolitik (Jusos Göttingen) . . . . .	41
E3 – Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava (Jusos Göttingen) . . . . .	43
E4 – Unser Blick auf die Welt: ein Aufschlag für eine jungsozialistische Friedens- und Entspannungspolitik (Jusos Göttingen) . . . . .	45
E5 – Die Lage in der Region Xinjiang endlich außenpolitisch ernst nehmen (Jusos Hameln- Pyrmont) . . . . .	48
E6 – Solidarität mit Belarus (Jusos Lüneburg) . . . . .	49
E7 – Deutsche Beteiligung an Verbrechen in Marokko aufklären (Jusos Uelzen/Lüchow- Dannenberg) . . . . .	50

E8 – Systematische Menschenrechtsverbrechen in den Internierungslager in China beenden (Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg) . . . . .	51
E9 – Keine Solidarität mit dem Terror (Jusos Region Hannover) . . . . .	53
E10 – Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik (Jusos Region Hannover) . . . . .	55
E11 – Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager. (Jusos Region Hannover) . . . . .	57
E12 – Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf! (Jusos Region Hannover) . . . . .	60
<b>F – Feminismus</b>	<b>62</b>
F1 – Data2x auch in Europa (Jusos Göttingen) . . . . .	62
F2 – Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen (Jusos Göttingen) . . . . .	63
F3 – Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit (Jusos Göttingen) . . . . .	64
<b>G – Gesundheit und Körperpolitik</b>	<b>66</b>
G1 – Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette (Jusos Celle) . . . . .	66
G2 – Stealthing ist Vergewaltigung (Jusos Göttingen) . . . . .	67
G3 – Menstruationsprodukte für alle zugänglich machen! (Jusos Göttingen) . . . . .	68
G4 – Hebammenversorgung sichern (Jusos Göttingen) . . . . .	69
G5 – „Homöopathie, beweis doch erstmal, dass du wirkst!“ (Jusos Göttingen) . . . . .	71
G6 – Infektprävention (Jusos Göttingen) . . . . .	72
G7 – Ausgespielt – Spielsucht keine Chance geben (Jusos Göttingen) . . . . .	74
G8 – Blut ist Blut – unabhängig von Geschlecht oder Sexualität“ (Jusos Lüneburg) . . . . .	77
G9 – Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung (Jusos Region Hannover) . . . . .	78
G10 – Abschaffung der Kostenübernahme homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen (Jusos Region Hannover) . . . . .	80
G11 – Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen (Jusos Region Hannover) . . . . .	81
<b>I – Inneres und Antifaschismus</b>	<b>82</b>
I1 – Containern legalisieren (Jusos Celle) . . . . .	82
I2 – Beziehungstat? Femizide! (Jusos Göttingen) . . . . .	83
I3 – Hufeisen im Reitstall lassen (Jusos Göttingen) . . . . .	84
I4 – Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus! (Jusos Göttingen) . . . . .	86
I5 – Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen . . .	88
I6 – Name it: Es ist Rassismus! (Jusos Göttingen) . . . . .	90
I7 – Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen (Jusos Göttingen) . . . . .	91
I8 – „Catcalling“ strafbar machen! (Jusos Hameln-Pyrmont) . . . . .	93
I9 – Schutz vor Gewalt an Frauen ausfinanzieren! (Jusos Lüneburg) . . . . .	94
I10 – Gegen jede Form von Antisemitismus (Jusos Lüneburg) . . . . .	96
I11 – Politik nicht zum Karrieresprungbrett machen (Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg) .	97
I12 – Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur (Jusos Region Hannover) . . . . .	99
I13 – Errichtung einer*s Beauftragte*n gegen Rechtsextremismus (Jusos Region Hannover)	101
I14 – Einsetzen eines NSU-Untersuchungsausschusses auf Landesebene (Jusos Region Hannover) . . . . .	102

I15 – “Catcalling” strafbar machen (Jusos Region Hannover) . . . . .	103
<b>K – Kommunen und ländliche Räume</b>	<b>104</b>
K1 – Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen statt Verbote und Verdrängung zu befeuern (Jusos Region Hannover) . . . . .	104
<b>S – Sonstiges</b>	<b>105</b>
S1 – Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose! (Jusos Göttingen) . . . . .	105
S2 – Vielfalt sichtbar machen! Diversität in Kunst bezuschussen (Jusos Hameln-Pyrmont)	107
S3 – Ausnahmeregelungen für den Paintballsport (Jusos Region Hannover) . . . . .	108
<b>U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz</b>	<b>109</b>
U1 – Hersteller*innen zu automatischem Standby verpflichten (Jusos Celle) . . . . .	109
U2 – Pflicht für abnehmbare Kabel (Jusos Celle) . . . . .	110
U3 – Rufnummernportierung (Jusos Celle) . . . . .	111
U4 – Für eine sozial gerechte Flugsteuer, die effektiv zum Umweltschutz beiträgt (Jusos Göttingen) . . . . .	112
U5 – Energiewende in öffentliche Hand (Jusos Göttingen) . . . . .	113
U6 – Das kommt uns nicht in die Tüte! (Jusos Göttingen) . . . . .	114
U7 – Wasser ist ein Menschenrecht! (Jusos Göttingen) . . . . .	118
U8 – Gebt das Hanföl frei! (Jusos Region Hannover) . . . . .	120
U9 – Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen (Jusos Region Hannover) . . . . .	121
U10 – Bepflanzung von Flachdächern (Jusos Region Hannover) . . . . .	122
U11 – Sozial gerechte CO2-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel (Jusos Region Hannover) . . . . .	123
<b>V – Verkehr</b>	<b>126</b>
V1 – Regelmäßige verpflichtende Sehtests für Autofahrer*innen (Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg) . . . . .	126
<b>W – Wirtschaft und Finanzen</b>	<b>127</b>
W1 – Günstigere Bahntickets (Jusos Celle) . . . . .	127
W2 – Erbschaftssteuer für Großbeträge erhöhen (Jusos Celle) . . . . .	128
W3 – Gesetzesänderung der Abgabenordnung (Jusos Göttingen) . . . . .	129
W4 – Keine Besteuerung der gesetzlichen Renten (Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg) . . . . .	130

# Organisatorisches

## **Vorgeschlagene Tagesordnung**

**TOP 1** Begrüßung

**TOP 2** Wahl eines Präsidiums

**TOP 3** Beschluss über die Geschäftsordnung

**TOP 4** Beschluss über die Tagesordnung

**TOP 5** Wahl von Mandatsprüfung- und Zählkommissionen

**TOP 6** Bericht der Mandatsprüfungskommission

**TOP 7** Grußworte

**TOP 8** Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

**TOP 9** Entlastung des Bezirksvorstandes

**TOP 10** Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

**TOP 11** Wahlen eine\*r Bezirksvorsitzenden

**TOP 12** Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

**TOP 13** Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

**TOP 14** Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

**TOP 15** Wahlen der Vertreter\*innen im Bundesausschuss

**TOP 16** Wahlen der Delegierten zum SPD-Bezirksparteitag

**TOP 17** Nominierungen

**TOP 18** Antragsberatung

**TOP 19** Schlusswort

## Vorgeschlagene Geschäftsordnung

- § 1** Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.
- § 2** Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder gem. § 2 Abs. 1 und 2 der Satzung sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.
- § 3** Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
- § 4** Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau\* und einem Mann das Wort erteilt wird. Stehen keine Frauen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden.
- § 5** Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.
- § 6** Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Das Präsidium kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder die Antragsberatung auf bis zu eine Minute heruntersetzen. Durch GO-Antrag kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt ebenso einen kürzeren Zeitraum, nicht jedoch unter einer Minute, festgesetzt werden.
- § 7** Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich. Sie werden nicht kommentiert. Für sie gilt ebenso die Redezeit gemäß § 6.
- § 8** Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.
- § 9** Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden zugelassen, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden.
- § 10** Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand, für die Delegierten zum SPD-Bezirksparteitag, zum Bundeskongress und für die Nominierungen sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz möglich. Personalvorschläge zum Bundesauschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.
- § 11** Zu Fragen der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.



## Die Internationale

### Strophe 1:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,  
die stets man noch zum Hungern zwingt!  
Das Recht wie Glut im Kraterherde  
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.  
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!  
Heer der Sklaven, wache auf!  
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,  
alles zu werden, strömt zuhauf!  
→

### Refrain:

Völker, hört die Signale!  
Auf, zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

Völker, hört die Signale!  
Auf, zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

### Strophe 2:

Es rettet uns kein höh'res Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.  
Uns aus dem Elend zu erlösen,  
können wir nur selber tun!  
Leeres Wort: des Armen Rechte!  
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!  
Unmündig nennt man uns und Knechte,  
ertragt die Schmach nun länger nicht!  
→ **Refrain**

### Strophe 3:

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,  
wir sind die stärkste der Partei'n.  
Die Müßiggänger schiebt beiseite!  
Diese Welt muß unser sein;  
unser Blut sei nicht mehr der Raben  
und der mächt'gen Geier Fraß!  
Erst wenn wir sie vertrieben haben,  
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!  
→ **Refrain**

## Zur Gesichte

Eugène Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), den ersten übernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiter\*innenbewegung, der 1864 von Karl Marx initiiert worden war. Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der zweiten, bzw. der Sozialistischen Internationalen.

Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein.

Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.

# Anträge

# Z – Satzung

## Z1 – Neufassung der Satzung

**Antragsteller\*innen**      Satzungskommission über den Vorstand

**Abstimmungsergebnis**     Angenommen     Abgelehnt

---

Die Satzungskommission beantragt, die Satzung wie folgt neu zu fassen:

1 **Satzung des Bezirks Hannover der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist\*innen (Jusos)**

2 **Präambel**

3 Im Bekenntnis zu Demokratie, Pluralismus und den Grundwerten des demokratischen Sozialis-  
4 mus, im Streben nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, die es allen Menschen auf  
5 dieser Welt ermöglicht, unabhängig von religiösen, ethnischen oder kulturellen Unterschieden,  
6 in einer intakten Umwelt und ohne ökonomische Zwänge zu leben, in der Verpflichtung dieser  
7 Ziele und im Bewusstsein der dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen als Grundla-  
8 ge für Frieden und Gerechtigkeit geben sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk  
9 Hannover diese Satzung.

10 **I. Allgemeine Vorschriften**

11 **§ 1 [Eingliederung]**

12 Die Jungsozialist\*innen (Jusos) im Bezirk Hannover bilden eine Arbeitsgemeinschaft gemäß § 10  
13 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Bezirk Hanno-  
14 ver. Sie führt politische Bildungs- und Informationsarbeit durch. Es finden die Richtlinien der Ar-  
15 beitsgemeinschaft der Jungsozialist\*innen in der SPD Anwendung.

16 **§ 2 [Mitgliedschaft]**

17 **(1)** Den Jusos gehören alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis zum Alter  
18 von 35 Jahren an.

19 **(2)** Ebenfalls Mitglieder sind alle Jusos, die über eine Juso-Mitgliedschaft gemäß § 10a Absatz 3 des  
20 Organisationstatuts der SPD verfügen. Juso-Mitglieder haben aktives und passives Wahlrecht in  
21 den Mitgliederversammlungen und können alle Funktionen im Verband übernehmen.

22 **(3)** Die Juso-Mitgliedschaft ist gegenüber den SPD-Unterbezirken oder dem Juso-Bundesverband  
23 zu erklären, die dann das Aufnahmeverfahren gemäß § 3 des Organisationstatuts der SPD einlei-  
24 ten.

25 **(4)** Juso-Vorstände auf allen Ebenen dürfen keine Maßnahmen treffen oder dulden, die eine Un-  
26 gleichbehandlung von Juso-Mitgliedern zu SPD-Mitgliedern unter 35 Jahren beinhalten. Entspre-  
27 chende Regelungen sind nichtig. Ausnahmen sind die Delegiertenberechnung für Konferenzen  
28 und die Vertretung der Jusos in Parteivorständen.

29 **§ 3 [Wahlen]**

30 Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der SPD-Bundeswahlordnung.

31 **§ 4 [Quotierung]**

32 **(1)** Mindestens 40 % der Mitglieder eines Vorstandes oder einer Delegation müssen Frauen sein.  
33 Bei der Feststellung der mindestens zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl

34 der Frauen, die einem Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die  
35 Hälfte betragen.

36 **(2)** Gelingt es nicht, die entsprechenden Plätze mit Frauen zu besetzen, verringert sich die Gesamt-  
37 zahl des Gremiums bzw. der Delegation, bis die Quote erfüllt werden kann.

38 **(3)** Die Quotierung eines Vorstandes muss auch im Rahmen von Kooptierungen eingehalten wer-  
39 den.

#### 40 **§ 5 [Beschlussfähigkeit; Beschlüsse]**

41 **(1)** Ein Gremium, das sich aus gewählten Personen zusammensetzt, ist beschlussfähig, wenn min-  
42 destens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. **(2)** Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit  
43 gefasst, soweit die Satzung nichts Anderes bestimmt.

#### 44 **§ 6 [Satzungsverstöße]**

45 Bestehen Zweifel, ob ein Beschluss eines Gremiums gegen die Satzung verstößt, so entscheiden  
46 die zuständigen Gremien des SPD-Bezirktes über dessen Gültigkeit.

#### 47 **§ 7 [Gremienarbeit]**

48 Grundsätzlich tagen die Gremien offen für die Mitglieder der jeweiligen Gliederung. Das jeweilige  
49 Gremium kann aus wichtigem Grund die Verbandsöffentlichkeit ausschließen.

### 50 **II. Organe**

#### 51 **§ 8 [Gliederung]**

52 Der Bezirk Hannover gliedert sich in die Unterbezirke Göttingen, Northeim-Einbeck, Holzmin-  
53 den, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Schaumburg, Region Hannover, Nienburg, Diepholz, Celle,  
54 Uelzen/Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Landkreis Harburg. In den Unterbezirken können  
55 sich örtliche Arbeitsgemeinschaften frei gründen.

#### 56 **§ 9 [Organe der Unterbezirke]**

57 **(1)** Organe des Unterbezirks sind die Unterbezirkskonferenz und der Unterbezirksvorstand. Als  
58 weiteres Organ können die Unterbezirkssatzungen einen Unterbezirksausschuss oder Unterbe-  
59 zirksbeirat vorsehen.

60 **(2)** Die Unterbezirkskonferenzen sind grundsätzlich Vollversammlungen aller Mitglieder des Un-  
61 terbezirks. Wenn in einem Unterbezirk mehr als 250 Mitglieder gemeldet sind, kann die Satzung  
62 des Unterbezirks stattdessen eine Delegiertenkonferenz vorsehen.

63 **(3)** Der Unterbezirksvorstand besteht aus einer oder einem Vorsitzenden und ihren oder seinen  
64 Stellvertreter\*innen. Die Satzung des Unterbezirks kann vorsehen, dass stattdessen eine quo-  
65 tierte Doppelspitze, weitere Spezialisierungen des Vorstandes oder ein gleichberechtigter Spre-  
66 cher\*innenrat gewählt werden. Bei Sprecher\*innenräten muss die Satzung festlegen, in welcher  
67 Form die Unterbezirkskonferenz die Vertreter\*innen gegenüber dem Juso-Bezirk und der SPD  
68 wählt. Die Unterbezirksvorstände sind mindestens jährlich zu wählen.

69 **(4)** Die Unterbezirksbeiräte oder Unterbezirksausschüsse sind die höchsten beschlussfassenden  
70 Gremien zwischen den Unterbezirkskonferenzen. Sie können alle organisatorischen und inhalt-  
71 lichen Beschlüsse fällen, wenn diese nicht ausdrücklich anderen Organen zugeordnet sind. Sie  
72 sind Vollversammlungen der Mitglieder des Unterbezirks.

73 **(5)** Die Wahl von Ehrenvorsitzenden ist auf allen Ebenen untersagt.

#### 74 **§ 10 [Organe des Bezirkes]**

75 Organe des Bezirkes sind die Bezirkskonferenz, der Bezirksvorstand und der Bezirksbeirat.

### 76 **III. Die Juso-Bezirkskonferenz**

#### 77 **§ 11 [Allgemeines]**

78 **(1)** Die Bezirkskonferenz ist das höchste Organ des Bezirkes.

79 **(2)** Sie setzt sich aus insgesamt 60 von den Unterbezirkskonferenzen gewählten Delegierten zu-  
80 sammen. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach folgendem Schlüssel: Jeder Unterbezirk er-  
81 hält vorab 2 Mindestmandate; die verbleibenden Delegiertenmandate werden anteilig der SPD-  
82 Mitglieder unter 35 Jahren, für die in den vergangenen vier Quartalen Beiträge abgerechnet wor-  
83 den sind, auf die Unterbezirke aufgeteilt.

84 **(3)** Die Bezirkskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### 85 **§ 12 [Delegierte]**

86 **(1)** Die Delegierten sind jedes Jahr neu zu wählen. Sie sind dem Bezirksvorstand spätestens fünf  
87 Wochen vor der Bezirkskonferenz mitzuteilen.

88 **(2)** Die Unterbezirke haben sicherzustellen, dass die Delegationen quotiert sind. Bei einer nicht-  
89 quotierten Delegation stimmt die Bezirkskonferenz über die Anerkennung der Delegierten ab.  
90 Nicht besetzte Mandate zählen positiv zur Quote.

91 **(3)** Delegiertenmandate können darüber hinaus nur aberkannt werden, wenn die Voraussetzun-  
92 gen für die Ausübung eines passiven Wahlamtes bei den Jusos nicht oder nicht mehr gegeben  
93 sind.

#### 94 **§ 13 [Einberufung]**

95 **(1)** Die Bezirkskonferenz wird vom Bezirksvorstand einberufen.

96 **(2)** Die ordentliche Bezirkskonferenz findet einmal im Jahr statt, spätestens 14 Monate nach der  
97 letzten vorangegangenen ordentlichen Bezirkskonferenz statt.

98 **(3)** Die Bezirkskonferenz muss zusammentreten, wenn dies der Bezirksvorstand mit Drei-Viertel-  
99 Mehrheit seiner Mitglieder oder der Bezirksbeirat mit der Mehrheit seiner Mitglieder so be-  
100 schließt.

101 **(4)** Lädt der Bezirksvorstand satzungswidrig nicht ein, so kann jeder Unterbezirk beim SPD-Bezirk  
102 die Einberufung beantragen.

#### 103 **§ 14 [Ankündigung; Einladung]**

104 **(1)** Der Termin und der voraussichtliche Ort sowie die voraussichtliche Tagesordnung sind drei  
105 Monate vorher bekanntzugeben. Im Falle einer Einberufung gemäß § 13 Abs. 3 beträgt die Frist  
106 vier Wochen.

107 **(2)** Eine schriftliche Einladung geht an die Delegierten, die Unterbezirksvorstände, die Mitglieder  
108 des Bezirksvorstandes und die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bezirksbeirates.  
109 Die Ladungsfrist beträgt vier Wochen.

#### 110 **§ 15 [Anträge]**

111 **(1)** Anträge sind spätestens vier Wochen vor der Konferenz dem Bezirksvorstand zuzuleiten. Sämt-  
112 liche Anträge sind zwei Wochen vor der Konferenz an die Delegierten und Unterbezirksvorsitzen-  
113 den zu verschicken.

114 **(2)** Anträge mit satzungsänderndem Charakter sind spätestens 6 Wochen vor der Konferenz dem  
115 Bezirksvorstand zuzuleiten.

116 **(3)** Bei einer Einberufung der Konferenz gemäß § 12 Abs. 3 sind die in Absatz 1 genannten Fristen  
117 angemessen zu verkürzen.

118 **(4)** Die Geschäftsordnung muss die Möglichkeit vorsehen, Initiativanträge während der Konferenz  
119 zu stellen.

120 **§ 16 [Aufgaben]**

121 **(1)** Die Bezirkskonferenz hat folgende Aufgaben:

- 122 1. Beratung und Beschlussfassung über ein Arbeitsprogramm für den Bezirksvorstand
- 123 2. Beratung und Beschlussfassung über die an sie gestellten Anträge
- 124 3. Wahl des Bezirksvorstandes
- 125 4. Wahl der Vertretung und deren Stellvertretung des Bezirksvorstandes im Bundesausschuss
- 126 5. Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
- 127 6. Nominierungen
- 128 7. Entlastung des Bezirksvorstandes

129 **(2)** Die Organe des Bezirks sind der Bezirkskonferenz gegenüber rechenschaftspflichtig.

130 **IV. Der Juso-Bezirksvorstand**

131 **§ 17 [Mitglieder; Struktur]**

132 **(1)** Der Bezirksvorstand besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und einer durch  
133 die Bezirkskonferenz festzulegenden Anzahl von stellvertretenden Vorsitzenden.

134 **(2)** Die oder der Vorsitzende vertritt den Vorstand nach außen. Der Bezirksvorstand ist ein kolle-  
135 giales Gremium, er regelt seine Geschäftsverteilung in seiner Geschäftsordnung, die den Unter-  
136 bezirken zur Kenntnis gegeben wird.

137 **§ 18 [Aufgaben]**

138 **(1)** Der Bezirksvorstand koordiniert die Arbeit der einzelnen Gliederungen im Bezirk, organisiert  
139 politische Bildungsarbeit im Bezirk, moderiert die inhaltlichen Diskussionsprozesse, leitet die Ge-  
140 schäfte des Bezirks, führt die Beschlüsse der Bezirkskonferenz und des Bezirksbeirats aus und  
141 vertritt den Bezirk in der Öffentlichkeit und gegenüber der SPD.

142 **(2)** Die Beschlüsse des Bezirksvorstandes sind zu protokollieren.

143 **(3)** Der Bezirksvorstand sorgt für eine gleichmäßige Aufgabenverteilung unter den Mitgliedern.

144 **(4)** Aus seiner Mitte kann der Bezirksvorstand dem Bezirksbeirat eine Geschäftsführung zur Wahl  
145 vorschlagen.

146 **V. Der Juso-Bezirksbeirat**

147 **§ 19 [Mitglieder]**

148 **(1)** Der Bezirksbeirat besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden beziehungsweise Sprecher\*innen  
149 der Unterbezirke oder den gewählten Vertreter\*innen.

150 **(2)** Jeder Unterbezirk benennt unter Angabe einer Reihenfolge bis zu zwei Stellvertreter\*innen.  
151 Vertreter\*in im Bezirksbeirat und 1. Stellvertreter\*in eines Unterbezirks müssen quotiert be-  
152 stimmt werden.

153 **(3)** Vertreter\*innen und Stellvertreter\*innen müssen ihren Unterbezirksvorständen angehören  
154 und dürfen nicht Mitglieder des Bezirksvorstands sein.

155 **(4)** Die Mitglieder des Bezirksvorstandes nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des  
156 Bezirksbeirates teil.

157 **§ 20 [Organisation]**

158 **(1)** Der Bezirksbeirat wählt aus seiner Mitte quotiert zwei Sprecher\*innen für die Dauer von einem  
159 Jahr. Scheidet eine Sprecher\*in vor Ablauf dieser Zeit aus dem Bezirksbeirat aus, so ist eine neue  
160 Sprecher\*in bis zur nächsten turnusmäßigen Wahl zu wählen.

161 **(2)** Die Sprecher\*innen berufen nach Absprache mit dem Bezirksvorstand die Sitzungen ein. Eine  
162 Einberufung hat zu erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder oder der Bezirksvorstand dies ver-  
163 langen.

164 **(3)** Einladungen gehen schriftlich an die Mitglieder des Beirats und die Mitglieder des Bezirksvor-  
165 standes. Die Ladungsfrist beträgt regulär zwei Wochen.

## 166 **§ 21 [Aufgaben]**

167 **(1)** Die Arbeit des Bezirksbeirates soll der Vernetzung der Arbeit der Unterbezirke dienen.

168 **(2)** Der Bezirksbeirat hat folgende Aufgaben:

169 1. Erfüllung und Konkretisierung der von der Bezirkskonferenz vorgelegten Beschlüsse

170 2. Kontrolle der Arbeit des Bezirksvorstandes

171 3. Beratung des Bezirksvorstandes bei grundlegenden Beschlüssen

172 4. Austausch über Aktionen und Veranstaltungen der Unterbezirke

173 **(3)** Der Bezirksbeirat kann vom Bezirksvorstand die Unterrichtung über dessen Beschlüsse ver-  
174 langen.

175 **(4)** Die Beschlüsse des Bezirksbeirates sind zu protokollieren.

## 176 **VI. Einbeziehung von Projektgruppen**

### 177 **§ 22 [Projektgruppen]**

178 **(1)** Projektgruppen sind

179 **a.** die Juso-Hochschulgruppen und

180 **b.** die Juso-Schüler\*innen.

181 **(2)** Alle Projektgruppen haben in ihrer politischen Arbeit die Grundwerte der Jusos zu fördern.  
182 Dies gilt insbesondere für die Verbandssäulen Feminismus, Sozialismus und Internationalismus.

183 **(3)** Sollte eine Projektgruppe sich in einer Art politisch betätigen, die nicht vereinbar mit den  
184 Grundwerten der Jusos ist, gilt dies als Auflösungsgrund.

### 185 **§ 23 [Juso-Hochschulgruppen]**

186 **(1)** Die Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen regeln Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten der  
187 Hochschulgruppen.

188 **(2)** Der Juso-Bezirksvorstand kann mindestens eine Vertreter\*in der Juso-Hochschulgruppen  
189 kooptieren. Jeder Juso-Unterbezirksvorstand, in dessen Zuständigkeitsbereich mindestens eine  
190 Hochschulgruppe tätig ist, kann eine Vertreter\*in der Juso-Hochschulgruppen kooptieren. Gibt  
191 es mehrere Hochschulgruppen in einem Unterbezirk oder im Bezirk, so können die Vorstände  
192 gemäß Satz 1 und 2 den oder die Vertretung, über die zwischen den Hochschulgruppen einver-  
193 nehmen herrscht, kooptieren.

194 **(3)** Alle Vorstände der Jusos arbeiten aktiv auf die Unterstützung der Wahlvorschläge der Juso-  
195 Hochschulgruppen für die Wahlen an den Hochschulen hin. Dies gilt nur, solange die Juso-  
196 Hochschulgruppen im Sinne der Grundwerte der Jusos agieren.

### 197 **§ 24 [Juso-Schüler\*innengruppen]**

198 **(1)** Mitglieder der Juso-Schüler\*innen sind alle Jusos gem. § 2 dieser Satzung, die an einer öffentli-  
199 chen, allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule zur Schule gehen oder ein diesen Schul-  
200 besuch vorbereitendes Praktikum absolvieren.

201 **(2)** Die Unterbezirksvorstände richten in Kooperation mit den Juso-Schüler\*innen an einer oder  
202 mehreren Schulen Juso-Schüler\*innengruppen ein.

203 **(3)** Die Schüler\*innengruppen benennen einvernehmlich eine Vertreter\*in, die oder der vom Be-  
204 zirksvorstand kooptiert werden kann. Jeder Juso-Unterbezirksvorstand, in dessen Zuständigkeits-  
205 bereich mindestens eine Schüler\*innengruppe tätig ist, kann eine einvernehmlich benannte Ver-  
206 treter\*in kooptieren.

## 207 **VII. Schlussbestimmungen**

### 208 **§ 25 [Inkrafttreten]**

209 Die Satzung trifft nach Annahme durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Delegierten in  
210 Kraft. Sie bedarf mindestens der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Bezirkskonferenz.

### 211 **§ 26 [Satzungsänderung]**

212 Änderungen der Satzung bedürfen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Delegierten auf einer Be-  
213 zirkskonferenz, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder der Bezirkskonferenz.



## Z2 – Zweijährige Amtszeit

**Antragsteller\*innen**      Satzungskommission über den Vorstand

**Abstimmungsergebnis**     Angenommen     Abgelehnt

---

Der § 17 erhält folgende Überschrift:

1 **§ 17 [Mitglieder; Struktur; Amtszeit]**

und es wird ein Absatz 3 eingefügt, welcher wie folgt lautet:

- 2 Der Vorstand wird auf zwei Jahre gewählt.

## Z3 – Satzungsänderungsantrag

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt

---

Ändere § 17 zu:

- 1 (I) Der Bezirksvorstand besteht aus einer\* einem Vorsitzenden oder einer gleichberechtigten und
- 2 quotierten Doppelspitze und einer durch die Bezirkskonferenz festzulegenden Anzahl von stell-
- 3 vertretenden Vorsitzenden. Die\* der Vorsitzende/Doppelspitze vertritt den Vorstand nach außen.
- 4 Der Bezirksvorstand ist ein kollegiales Gremium, er regelt seine Geschäftsverteilung in seiner Ge-
- 5 schäftsordnung die den Unterbezirken zur Kenntnis gegeben wird.
- 6 (II) Der Bezirksvorstand kann zur Erledigung von Aufgaben weitere Mitglieder kooptieren.

## Z4 - Satzungsänderungsantrag

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt

---

Ergänze in § 17 in Satz 1, nach "Der Bezirksvorstand besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden":

- 1 oder einer gleichberechtigten quotierten Doppelspitze

In Satz 2, nach „Der oder die Vorsitzende“:

- 2 /Doppelspitze

## Z5 – Satzungsänderungsantrag

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt

---

Ergänze in § 17 vor „Der Bezirksvorstand“:

1 (I)

Ergänze nach neu § 17 I:

2 (II) Der Bezirksvorstand kann zur Erledigung von Aufgaben weitere Mitglieder kooptieren.

## A – Arbeit

### A1 – Verpflichtendes „Jahr für die Allgemeinheit“

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass junge Menschen nach ihrem Schulabschluss an  
2 einer allgemeinbildenden Schule, ein Jahr für die Gesellschaft ableisten sollen. Dazu sollen sie  
3 in sozialen Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Pflege- und Kinderheime) und in der Bundeswehr  
4 eingesetzt werden. Auch ein FSJ/BFD/FÖJ/... soll als Ersatz anerkannt werden. Es soll außerdem  
5 den jungen Erwachsenen freigestellt sein, den Dienst an der Gesellschaft im In- oder Ausland  
6 durchzuführen.

#### Begründung

In der Bundeswehr, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen fehlt dringend benötigtes Personal. Das „Jahr für die Allgemeinheit“, kann hier Abhilfe schaffen und junge Menschen eventuell wie es in der Praxis bereits empirisch festgestellt werden konnte für diese Bereiche und Berufe begeistern. Außerdem lernen die jungen Leute Verantwortung zu übernehmen und etwas Gutes für ihre Gesellschaft zu tun. In Bezug auf die Bundeswehr ist es mehr als fahrlässig, einen derart großen Personal- und Nachwuchsmangel zuzulassen. Eine Anwerbung von Ausländer\*innen und Söldner\*innen, wie es derzeit Praxis ist und ausgeweitet werden soll, ist keinesfalls sinnvoll. Angesichts wachsender Bedrohungen aus dem Ausland, muss Deutschland eine einsatzbereite, personalstarke Armee zur Verteidigung besitzen, solange es noch keine europäische Verteidigungsarmee gibt. Außerdem sollen die jungen Menschen an bestimmte Berufsgruppen herangeführt werden, um deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und sie enger mit der Bevölkerung zu verbinden. In der Bundeswehr, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen fehlt dringend benötigtes Personal. Das „Jahr für die Allgemeinheit“, kann hier Abhilfe schaffen und junge Menschen eventuell wie es in der Praxis bereits empirisch festgestellt werden konnte für diese Bereiche und Berufe begeistern. Außerdem lernen die jungen Leute Verantwortung zu übernehmen und etwas Gutes für ihre Gesellschaft zu tun. In Bezug auf die Bundeswehr ist es mehr als fahrlässig, einen derart großen Personal- und Nachwuchsmangel zuzulassen. Eine Anwerbung von Ausländer\*innen und Söldner\*innen, wie es derzeit Praxis ist und ausgeweitet werden soll, ist keinesfalls sinnvoll. Angesichts wachsender Bedrohungen aus dem Ausland, muss Deutschland eine einsatzbereite, personalstarke Armee zur Verteidigung besitzen, solange es noch keine europäische Verteidigungsarmee gibt. Außerdem sollen die jungen Menschen an bestimmte Berufsgruppen herangeführt werden, um deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und sie enger mit der Bevölkerung zu verbinden.

## A2 – Maximale Lohnschere innerhalb einer Unternehmensgruppe

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass sich die SPD-Fraktion im Bundestag dafür einset-
- 2 zen solle, dass eine gesetzliche Regelung zur maximalen Lohnschere innerhalb einer Unterneh-
- 3 mensgruppe festgelegt wird. Geregelt werden sollen insbesondere die Ausnahmen, namentlich
- 4 betreffend den Lohn für Personen in Ausbildung, Praktikant\*Innen sowie Menschen mit geschütz-
- 5 ten Arbeitsplätzen.

### **Begründung**

Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn sollte nicht extrem viel höher sein als der kleinsten vom gleichen Unternehmen bezahlte Lohn. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.

## **A3 – Offenlegung des Durchschnittsgehalts während des Vorstellungsgesprächs**

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass Unternehmen bei der Einstellung (Vorstellungsgespräch) das Durchschnittsgehalt der ausgeschriebenen Stelle offenlegen müssen.
- 2

### **Begründung**

Wenn Angestellte weniger bekommen als der Durchschnitt, haben sie die Möglichkeit sich im eigenen Unternehmen ein zu klagen. Das führt oft dazu, dass die Karrierechancen für die jeweils Einzelnen im Unternehmen schlechter sind. Somit wird die Gefahr der Diskriminierung umgangen und jede\*r kann vorzeitig entscheiden ob er\*sie die Stelle trotz geringem Gehalt annimmt. Außerdem wird Transparenz geschaffen.

## A4 – Unrechtmäßige Abfindungen im Management

**Antragsteller\*innen** Jusus Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die Mitglieder eines Aufsichtsrates oder Ge-
- 2 schäftsführer\*Innen keine Abgangsgelder oder andere Entschädigungen, keine Vergütungen im
- 3 Voraus, keine Prämien für Firmenkäufe und -verkäufe und keinen zusätzlichen Berater\*innen -
- 4 oder Arbeitsvertrag von einer anderen Gesellschaft der Gruppe bekommen sollen, falls sie eine
- 5 unzureichende Arbeitsleistung gezeigt haben.

### **Begründung**

Immer wieder bekommen Firmenchef\*Innen, die ihr Unternehmen schlecht gewirtschaftet haben, allein dafür, dass sie gehen, Millionen Euro an Abfindungen, während gleichzeitig Massenentlassungen anstehen. Dies ist eine ungerechte Behandlung von Arbeitnehmer\*Innen die für die Misserfolge des Managements grade stehen müssen, während die Verantwortlichen noch eine Millionen-Abfindungen kriegen.



## **A5 – Leistung von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen anerkennen**

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 In Deutschland arbeiten aktuell mehr als 320.000 Menschen mit Behinderung in rund 760 Werk-  
2 stätten für behinderte Menschen (WfbM). Die Zahl der Werkstätten steigt jährlich an. Sie sind ein  
3 wichtiger Bestandteil bei der Zulieferungen für große und mittelständische Unternehmen. Für die-  
4 se rentiert sich die Zusammenarbeit mit den Werkstätten, denn so können sie sich die Ausgleichs-  
5 abgabe sparen, die für Unternehmen anfällt, die nicht genügend Menschen mit Behinderung ein-  
6 stellen. Ab einer Größe von 20 Mitarbeiter\*innen müssen mindestens 5% der Arbeitsplätze an  
7 Menschen mit Behinderung vergeben werden.

8 Wenn Unternehmen mit Werkstätten zusammenarbeiten können sie Teile der Ausgleichsabgabe  
9 sparen oder sie fällt ganz weg.

10 Auch mit diesem Geschäftsmodell erwirtschaften Werkstätten im Jahr rund 8 Milliarden Euro.  
11 Gehälter in den leitenden Funktionen verorten sich im sechsstelligen Bereich. Doch die Beschäf-  
12 tigten profitieren davon nicht. Ein\*e Angestellte mit Behinderung verdient durchschnittlich 1,35€  
13 pro Stunde. Dieser symbolische Verdienst ist nur möglich, da Beschäftigte mit Behinderung nicht  
14 als Arbeitnehmer\*innen eingestuft und behandelt werden sondern sich in einer "arbeitsähnli-  
15 chen Beschäftigung" befinden.

16 Werkstattbeschäftigte leben dadurch faktisch von Sozialhilfe. Dieser geringe Lohn führt zu Frus-  
17 tration, wodurch sich Beschäftigte teilweise wochenlang krank melden. Außerdem ist es für sie  
18 nicht möglich Geld zu sparen, um beispielsweise in den Urlaub zu fahren oder andere Investitio-  
19 nen zu tätigen.

20 Für uns ist klar, dass Arbeit auch gerecht entlohnt werden muss. Deshalb fordern wir, dass der  
21 Mindestlohn auch für Werkstattbeschäftigte mit Behinderung gilt. So bekommen die Arbeitneh-  
22 mer\*innen auch die Anerkennung, die ihnen zusteht.

23 Es muss dabei sichergestellt werden, dass die Angestellten einer WfbM nicht schlechter gestellt  
24 werden als vorher. Wenn beispielsweise ihre Arbeitszeit wenige Arbeitsstunden betrifft, sollte  
25 weiterhin mit Sozialhilfe aufgestockt werden. Außerdem sollten spezielle Fördermittel, wie As-  
26 sistenzen und andere Dinge weiterhin sichergestellt werden. Auch die jetzigen Rentenansprüche  
27 sollen weiterhin gelten.

28 Außerdem sollte ein Unternehmen, dass auf staatliche Zuschüsse angewiesen ist, keine sechsstel-  
29 ligen Gehälter an Geschäftsführer\*innen, sowie Manager\*innen zahlen. Daher setzen wir uns für  
30 eine gerechte Gehaltspolitik in den Werkstätten ein.

31 WfbM sind eigentlich Einrichtungen zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den  
32 allgemeinen Arbeitsmarkt. Das bedeutet, dass sie nur eine Übergangslösung für viele Beschäf-  
33 tigte darstellen sollten und dabei Menschen mit Behinderung bestmöglich auf den Arbeitsmarkt  
34 vorbereiten sollten. Dieser Aufgabe werden viele Werkstätten nicht gerecht. Die Übergangsquote  
35 von Menschen mit Behinderung auf den freien Arbeitsmarkt liegt bei unter einem Prozent. Dies

36 widerspricht den Rechten von Menschen mit Behinderung auf freien Zugang zu einem offenen  
37 und inklusiven Arbeitsmarkt.

38 Immer wieder klagen Beschäftigte darüber, dass die Werkstätten versuchen sie bei sich zu halten  
39 und ihnen den Übergang auf den freien Arbeitsmarkt erschweren.

40 Wir fordern daher, dass sich Werkstätten wieder dafür einsetzen Menschen mit Behinderung auf  
41 den freien Arbeitsmarkt vorzubereiten. Sollten sie aktiv Menschen daran hindern, sollen ihnen  
42 staatliche Zuschüsse gekürzt werden.

43 Außerdem soll die Übergangsquote von Menschen mit Behinderung auf den freien Arbeitsmarkt  
44 erhöht werden.

45 Zusätzlich sollte das Konzept von Werkstätten für behinderte Menschen grundsätzlich hinterfragt  
46 werden. Die staatlichen Kosten für den Betrieb von Werkstätten steigen trotz deren hoher Umsät-  
47 ze jährlich an. Außerdem erschaffen Werkstätten Parallelwelten für Beschäftigte mit Behinderung.  
48 Da unser Ziel die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Gesamtgesellschaft sein sollte,  
49 stellt sich die Frage, inwiefern Werkstätten zukunftsfähig sind. Unser Ziel ist es so viele Menschen  
50 mit Behinderung wie möglich in den freien Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür sollten staatliche  
51 Unterstützungen ausgeweitet und die Zahl der Werkstätten langfristig reduziert werden.

## A6 – Mehr als nur klatschen: Eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte

**Antragsteller\*innen** Juso Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn für Pflegekräfte, Betreuungskräfte und Pflegehilfs-
- 2 kräfte aller Art soll auf 18,00 Euro angehoben werden.

### Begründung

Die Coronakrise zeigt uns, was wir als Gesellschaft seit einiger Zeit vergessen: Die Wichtigkeit von systemkritischen Berufen, vor allem dem die der Kranken- und Altenpflege. Nicht nur sind Pflegekräfte in der Krise einem erhöhten Stress ausgesetzt, sie können sich selbst leicht durch die erzwungene Nähe zur Krankheit infizieren und daran sterben. Zusätzlich herrscht ein durch Bedarf und Bewerbermangel deutlich gestiegener Personalmangel (auf 100 Bewerbungsplätze gibt es nur 27 Bewerber), was zusätzlichen Stress für die Pfleger\*innen bedeutet und die Qualität der Pflege für die Patient\*innen zwangsweise verringert.

Doch die Politik blieb bis jetzt ziemlich ruhig: außer einen mageren Pflegebonus von 1500€ in manchen Bundesländern, einen leicht steigenden Mindestlohn und viel Geklatsche gab es nicht viel, um die Situation der Pfleger\*innen zu verbessern. Um diesen gefährlichen (erhöhtes Risiko auf Infektionskrankheiten) und verantwortungsvollen (man trägt Verantwortung für das Leben und Gesundheit der zu Pflegenden) Beruf gerechter, attraktiver und geschätzter zu gestalten, fordern wir eine weitreichendere Erhöhung des vorgeschriebenen Mindestlohns für alle Pfleger\*innen.

## A7 – Mindestvergütung für Freiwillige

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Freiwilligendienst leisten, sollten mindestens den
- 2 Steuerfreibetrag für Minijobs in Höhe von 450€ in Form eines Taschengeldes

### Begründung

Aktuell liegt der Maximalbetrag je nach Träger und Art des Freiwilligendienstes zwischen 363€ bis 414€, jedoch sieht es in der Realität oft anders aus und Menschen die einen Freiwilligendienst ableisten erhalten teilweise weniger als 200€ im Monat für eine bis zu 40 Stundenwoche. Für Jugendliche und junge Erwachsene die noch bei ihren Eltern wohnen mag das funktionieren, jedoch müssen viele auch für ihr freiwilliges Jahr ausziehen. Diese erhalten zwar Unterstützung was vor allem die Unterkunft betrifft, jedoch wird dadurch meist das schon von vornherein niedrige Taschengeld weiter gekürzt und von dem erarbeiteten Geld wird praktisch alles für Fahrkarten und Lebensmittel ausgegeben. Die Freiwilligen sollten sich keinesfalls an dem ausgezahlten Taschengeld bereichern, jedoch ist es nötig, dass sie für ihren wichtigen Dienst den sie für die Gesellschaft leisten verhältnis- mäßig entschädigt werden.

## **B – Bildung, Schule und Hochschule**

### **B1 – Europaweite Bildung – Aufbau einer Europäischen Zentrale für Politische Bildung**

**Antragsteller\*innen**      Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**     Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung (EZpB) und un-
- 2 terstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und wissenschafts-
- 3 orientierten Zentrale auf europäischer Ebene zum Ziel haben.
- 4 Ziel einer EZpB soll die unabhängige politische Bildung vor allem junger Menschen sein und so
- 5 zu einem geeinten Europa beitragen.

#### **Begründung**

Die Institutionalisierung politischer Bildung ist in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich ausgeprägt. Um eine Annäherung aller Staaten aneinander zu erreichen, ist eine EZpB hilfreich. Ziel dieser soll sein, vor allem junge Menschen unabhängig zu informieren und so den europäischen Gedanken noch offensiver in alle Staaten zu tragen. So können Publikationen beispielsweise für die Schule, die Ausbildung oder das Studium genutzt werden.

Eine EZpB könnte auch im Hinblick auf die Bekämpfung gegen Fake News und rechtes Gedankengut hilfreich sein.

## B2 – Bildungstau nach Corona nicht vergessen!

**Antragsteller\*innen** Jusos Lüneburg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz erkennt durch ausgefallene Stunden oder fehlende Teilhabe-
- 2 Möglichkeiten sowohl in der schulischen als auch späteren Ausbildung fehlende Lehreinheiten.
- 3 Da dies besonders die Schüler\*innen, Azubis und Studierenden trifft die aufgrund ihrer sozial-
- 4 ökonomischen Lage nicht ausreichend ausgestattet sind, müssen diese Lücke durch Angebote
- 5 im Sinne der Chancengleichheit geschlossen werden können. Die dafür notwendigen Strukturen,
- 6 Sozialarbeiter\*innen und Lehrenden müssen vom Land zur Verfügung gestellt werden.

### Begründung

Die Lage der Chancengleichheit war schon vor der Corona Pandemie durch das geteilte Schulsystem prekär jedoch konnten zumindest alle Schüler\*innen ohne größere Schwierigkeiten direkt am Unterricht partizipieren. Die Verlagerung aufgrund der Pandemie ins digitale stellte sowohl die Schüler\*innen mit schwachen oder fehlenden Endgeräten vor Herausforderungen, aber auch die Bildungseinrichtungen. Dadurch sind und werden immer noch nicht alle Angebote in den Schulen und Hochschulen wahrgenommen werden. Diese sind jedoch essenziell im eh schon eng genähtem Bildungssystem.

Insgesamt bedarf es besseren Betreuungsschlüssen und auch mehr Sozialarbeiter\*innen an Schulen um sowohl die Unterrichtsdurchführung als auch die Betreuung der Schüler\*innen gut zu gestalten. Dafür müssen insbesondere jetzt in der Corona-Krise schnell Gelder fließen, um die kommende Bildungskrise abzufedern. Einzelne Länder wie Bayern und Hamburg bieten schon Nachholstunden in den Ferien an, jedoch braucht es Angebote für Alle und einen Ausgleich, der zwischen den Bundesländern vergleichbar ist.

## **B3 – Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz.**

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Als Jusos stehen wir fest hinter Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit und hinter dem Verspre-  
2 chen des medizinischen Fortschritts, Heilung durch Forschung zu ermöglichen. Erhebliches Po-  
3 tenzial bietet dabei die Forschung an embryonalen Stammzellen. Im Gegensatz zu vielen anderen  
4 Industrienationen ist die deutsche Gesetzgebung hier jedoch von einem starren Konservatismus  
5 zugunsten des angeblich “ungeborenen Lebens” geprägt. Der Gewinnung embryonaler Stamm-  
6 zellen wird mit dem Strafrecht begegnet, die Freiheit der Wissenschaft wird eingeschränkt, aus  
7 Angst vor wissenschaftlichem Rückstand aber der Import von embryonalen Stammzellen in Aus-  
8 nahmen erlaubt. Wir wollen eine grundsätzliche Abkehr von dieser konservativen Wissenschafts-  
9 politik und Fortschrittsfeindlichkeit, die sich beispielsweise im Embryonenschutzgesetz und dem  
10 Stammzellgesetz äußert. Sie führt zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der grundgesetz-  
11 lich verankerten Wissenschaftsfreiheit, einer Kriminalisierung von Forscher\*innen und einer Ein-  
12 schränkung von Therapiemöglichkeiten. Sie basiert auf den gleichen Annahmen wie die Krimina-  
13 lisierung von abtreibenden Personen oder Ärzt\*innen, die Abtreibungen anbieten. Deshalb gehö-  
14 ren das Embryonenschutzgesetz und Stammzellgesetz in ihren Grundsätzen reformiert.

- 15 • Die grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen bis zu 14  
16 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische Gesetzeslage) zu For-  
17 schungszwecken. Dies gilt mindestens für überzählige In-vitro-Embryonen, die ohnehin kei-  
18 ne Chance mehr auf reproduktive Verwirklichung haben.
- 19 • Eine solche Verwendung von Embryonen darf nur unter Einwilligung der Spender\*innen  
20 des biologischen Materials erfolgen.
- 21 • Eine Einzelfallprüfung bei älteren Embryonen durch das Robert-Koch-Institut (RKI) als zu-  
22 ständige Aufsichtsbehörde
- 23 • Die Behandlung von Verstößen als Ordnungswidrigkeit und dadurch eine Entkriminalisie-  
24 rung von Stammzellforscher\*innen
- 25 • Die Legalisierung von therapeutischem Klonen (nicht aber reproduktivem Klonen!) bei ent-  
26 sprechender Aufsicht und Lizenzierung durch das RKI, falls begründete Forschungsvorhaben  
27 mit überzähligen in-vitro-Embryonen nicht zu realisieren sind. Es gilt die oben aufgeführte  
28 zeitliche Beschränkung.

29 Forscher\*innen sollen sich Gedanken darüber machen, wie sie zur Heilung von Menschen bei-  
30 tragen können, und nicht, wie sie vermeiden können, sich strafbar zu machen. Deshalb muss  
31 Deutschland endlich eine Abkehr von der konservativen Forschungspolitik der letzten Jahrzehn-  
32 te vollziehen!

## **Begründung**

Seit ihrer Entdeckung 1981 in Mäusen und 1998 in Menschen sind embryonale Stammzellen Gegenstand eines Streit zwischen Lebensschützer\*innen auf der einen und Wissenschaftler\*innen auf der anderen Seite. Der Konflikt entlädt sich an ähnlich grundsätzlichen Fragen wie in der Debatte um Abtreibungen: Auf der einen Seite wird die Würde des ungeborenen Lebens ab dem Tag der Befruchtung beschworen, auf der anderen Seite wird die Selbstbestimmung der gebärenden Person (beim Thema Abtreibungen) bzw. die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Wissenschaft geltend gemacht. Zusätzlich zum Verfassungsgut der Wissenschaftsfreiheit kommen Nützlichkeitsargumente hinzu, die zurecht auf das enorme Potential humaner embryonaler Stammzellen in der medizinischen Grundlagenforschung und in der therapeutischen Anwendung verweisen. Das Feld möglicher Anwendungsbereiche reicht von der Heilung chronischer Wunden bis zu Parkinson oder dem regenerativen Einsatz nach Herzinfarkten. Stammzellen sind seit ihrer Entdeckung zu einem zentralen Gegenstand der regenerativen Medizin geworden. Diese Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft und benötigt, insbesondere hinsichtlich der klinischen Anwendung, weiterhin intensive Forschung. Hintergrund der ethischen Debatte ist, dass humane embryonale Stammzellen aus der inneren Zellmasse von Embryonen (ca. sechs Tage nach der Befruchtung) während der frühen Embryonalentwicklung gewonnen werden. In vielen Fällen geht das mit der Zerstörung des Embryos einher.

## **Rechtliche Situation in Deutschland**

In Deutschland ergibt sich die rechtliche Situation der Stammzellforschung vor allem aus dem Embryonenschutzgesetz und dem Stammzellgesetz. Das Embryonenschutzgesetz stammt historisch aus dem Kontext der künstlichen Befruchtung und verbietet strafrechtlich die fremdnützige Gewinnung von Embryonen. Sprich: Embryonen dürfen im Labor lediglich erzeugt werden, um sie zur künstlichen Befruchtung einzusetzen. Auch übrig gebliebene, nicht verwendete befruchtete Eizellen, die bei der künstlichen Befruchtung nahezu immer anfallen, dürfen nicht für andere Zwecke wie beispielsweise die Forschung verwendet werden. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Embryo ab dem Zeitpunkt der Befruchtung als menschliches Leben zu betrachten ist und dementsprechend seine Menschenwürde geschützt werden muss. Das Embryonenschutzgesetz verbietet ebenfalls das Klonen, sowohl das regenerative Klonen (zur Klonung des Individuums) als auch das therapeutische Klonen (zu Forschungszwecken wie beispielsweise zur Gewinnung von Stammzellen, nicht aber zur Klonung des Individuums). Auch das Verbot der Eizellenspende, der Embryonenspende und der Leihmutterchaft sind im Embryonenschutzgesetz verankert.

Da das Embryonenschutzgesetz einige Unklarheiten lässt, ob nur die Gewinnung von embryonalen Stammzellen oder auch der Import embryonaler Stammzellen aus dem Ausland verboten ist, hat der Bundestag 2002 das Stammzellgesetz verabschiedet. Das Gesetz verbietet strafrechtlich die Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen, lässt aber eine Ausnahme zu: Embryonale Stammzellen, die vor einem Stichtag gewonnen worden sind, dürfen importiert und zu Forschungszwecken verwendet werden. Diese Regelung stellt einen Kompromiss dar, um die deutsche Stammzellforschung nicht vollständig trocken zu legen, aber gleichzeitig zu verhindern, dass der deutsche "Markt" im Ausland Anreize zur Gewinnung embryonaler Stammzellen schafft. Der Stichtag war ursprünglich der 1. Januar 2002, lag also vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, musste 2008 jedoch auf den 1. März 2007 verschoben werden, da sich der Forschungsstand inzwischen erheblich weiterentwickelt hatte, deutsche Wissenschaftler\*innen darauf jedoch keinen Zugriff hatten. Völlig offensichtlich ist: Das Verschieben des Stichtags ist keine Lösung des zugrundeliegenden Problems. Das Problem wird lediglich aufgeschoben, um eine erneute Grundsatzdebatte zu vermeiden. Angesichts der wissenschaftlichen Dynamik kann eine solchen Fristenlösung nicht



dauerhaft bestehen, sondern muss zwangsläufig in ein nahezu regelmäßiges Verschieben der Frist münden, was die eigentliche Zielsetzung des Gesetzes völlig konterkariert.

### **Der internationale Vergleich zeigt Deutschlands konservative Gesetzeslage**

Deutschland hat für einen westlichen Staat eine auffällig restriktive Gesetzeslage. Der internationale Rechtsvergleich zeigt, dass die Tendenz zumindest zu einer Zulassung von überzähligen Embryonen aus der künstlichen Befruchtung für die Stammzellforschung geht. Belgien, Dänemark und England machen die Verwendung zu Forschungszwecken beispielsweise vom Alter des Embryos abhängig. Bis zu 14 Tage nach der Befruchtung darf dies erfolgen. Damit ist die Gewinnung embryonaler Stammzellen möglich, aber die künstliche Entwicklung des Embryos wird stark limitiert. Die Frage, ob Embryonen auch künstlich erzeugt werden dürfen, um dann aus ihnen Stammzellen zu Forschungs- oder therapeutischen Zwecken gewinnen zu können (sogenanntes "therapeutisches Klonen"), ist umstritten. Während das Verbot von reproduktivem Klonen (also das künstliche Zeugen genetisch identischer Individuen) weitestgehend Konsens ist, lassen einige Länder das Forschungsklonen im regulierten Rahmen zu. Großbritannien hat hierbei die freizügigste Gesetzgebung, beschränkt die Forschung jedoch auf einen Zeitraum bis 14 Tage nach der Befruchtung. Entsprechende Forschungsvorhaben müssen außerdem von der zuständigen Aufsichtsbehörde lizenziert werden. In Belgien dürfen Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt werden, wenn die Stammzellen aus überzähligen Embryonen dazu nicht ausreichen. Im internationalen Vergleich zeigt sich daher, dass eine progressive Forschungspolitik und Gesetzeslage nicht nur möglich, sondern vielerorts schon Realität sind. Horrorszenarien von geklonten Menschen oder Designerbabys sind hingegen nicht eingetreten.

### **Für uns Jusos kann die gegenwärtige Gesetzgebung aus mehreren Gründen nicht befriedigend sein:**

1. Im Konflikt zwischen sogenannten "Lebensschützer\*innen" und abtreibenden Personen haben wir uns immer mit letzteren solidarisiert. Die zugrunde liegende Prämisse ist, dass Embryonen nicht bereits ab dem Moment der Befruchtung die gleiche menschliche Würde innehaben wie geborene Personen und dass daher die Selbstbestimmungsrechte gebärender Personen für uns schwerer wiegen als die Rechte des Embryos. Folgerichtig muss die Abwägung bei der Stammzellforschung die Freiheit von Forschung und Wissenschaft über die Rechte eines Embryos in seiner sehr frühen Entwicklungsphase stellen. Schließlich hängt an der Forschungsfreiheit nicht nur Forschung als Selbstzweck, sondern therapeutisches Potential für viele erkrankte Menschen. Ihre Heilungsaussichten mit dem Verweis auf die Rechte "ungeborenen Lebens" zu verschlechtern, kann mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar sein.
2. Das Embryonenschutzgesetz ist ein konservatives Gesamtpaket, das die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen beispielsweise durch das Verbot der Eizellenspende massiv beeinträchtigt. Dieses Paket muss aufgeschnürt und grundlegend reformiert werden.
3. Bei der künstlichen Befruchtung fallen ohnehin befruchtete Eizellen an, die nicht zur Befruchtung eingesetzt werden.
4. Die aktuelle Gesetzgebung ist in sich nicht schlüssig: Zwar wird einerseits die Gewinnung von embryonalen Stammzellen verboten, andererseits aber das Einfuhrverbot unter bestimmten Bedingungen ausgesetzt. Dieser Widerspruch verdeutlicht, dass es sich um einen halbgenen Kompromiss handelt.

5. Die Widersprüchlichkeit wird noch dadurch verstärkt, dass Deutschland auf europäischer Ebene das Forschungsprogramm Horizon 2020 mitfinanziert, das unter anderem auch die Forschung an embryonalen Stammzellen fördert, wenn die nationale Gesetzgebung dies erlaubt. Deutschland verbietet zwar die eigene Stammzellforschung, finanziert in anderen EU-Mitgliedstaaten aber selbige.
6. Die Gesetzgebung führt zur Kriminalisierung von Wissenschaftler\*innen. Nach Embryonenschutzgesetz drohe für die "missbräuchliche Verwendung" von Embryonen bis zu 3 Jahre Haft, für das Klonen (regeneratives wie therapeutisches) sogar bis zu 5 Jahre Haft. Selbiges gilt für den Versuch. Theoretisch würde sich auch ein\*e ausländische\*r Wissenschaftler\*in strafbar machen, der sich beispielsweise in Deutschland bei einer Konferenz aufhält und währenddessen Anweisungen an sein Heimatlabor zur Gewinnung embryonaler Stammzellen erteilt. Forscher\*innen, die mit embryonalen Stammzellen Krankheiten bekämpfen wollen, strafrechtlich zu verfolgen und im schlimmsten Fall ins Gefängnis zu stecken, ist völlig unverhältnismäßig, insbesondere wenn man bedenkt, dass Deutschland wie oben dargestellt selbst die Gewinnung embryonaler Stammzellen in anderen Ländern mitfinanziert. Verstöße sollten daher zukünftig lediglich als Ordnungswidrigkeiten behandelt werden.

## D – Digitales und Medien

### D1 – Verpflichtende Softwareupdates für Smartphones

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass sich die SPD-Fraktionen im Bundestag dafür ein-  
2 setzen möge, dass in Deutschland verkaufte Smartphones garantiert über mehrere Jahre Software-  
3 updates (sowohl Funktionsupdates als auch Sicherheitsupdates) erhalten. Smartphones, welche  
4 eine höhere UVP haben, sollen länger Updates erhalten, als solche, welche eine niedrige UVP  
5 haben.

#### **Begründung**

Das Smartphone stellt heutzutage eine wichtige Rolle im Alltag vieler dar. Leider werden Smartphones vor allem im Android-Sektor meist nur über wenige Monate/Jahren mit Updates versorgt, obwohl ein wesentlich längerer Versorgungszeitraum möglich wäre, wie Apple/Google und Modder zeigen. Die heutige Technik ist, vor allem bei höherpreisigen Geräten, über einen viel längeren Zeitraum fähig auch das aktuellste Betriebssystem zu unterstützen, als es noch vor einigen Jahren war. Die Hardware ist irgendwann in jedem Smartphone veraltet und stellt dann evtl. einen Grund dar sich ein neues Gerät zuzulegen. Die Software sollte allerdings nicht der Grund sein, warum das „alte“ Smartphone schon nach einem Jahr nicht mehr aktuell ist.

## D2 – Claim the game – Sexismus in Spielen bekämpfen

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Prinzessin Peach muss von Mario gerettet werden, denn sie wurde mal wieder von Bowser ent-  
2 führt. Oder: Peach liegt tot im Gefrierfach und der Ermittler muss den Mörder finden. Pac-Man  
3 begeistert die Welt - Ms. Pac-Man bekommt Lippenstift und eine Schleife, als Variation des Nor-  
4 malen, und darf sich auch durch ein Labyrinth fressen.

5 Das und mehr sind typische Tropes in Videospiele. Sie stellen Frauen\* als hilflose zu Rettende  
6 (Damsel in Distress), als Variation des Normalen mit stereotypischen weiblichen Attributen (Ms.  
7 Male-Character) dar.

8 Gender Tropes in Videospiele sind allgegenwärtig und Anita Sarkeesian hat in ihren Analysen  
9 verdeutlicht, welche Tropes häufig bedient werden. Zwei wurden bereits angesprochen. Wir wol-  
10 len nicht weiter dabei zusehen, wie Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus  
11 oder andere Diskriminierungen in Videospiele fortbestehen. Wir befinden uns in unserer Dis-  
12 kussion nicht mehr in den 80er und 90er Jahren und auch technisch sind Videospiele auf einem  
13 hohen Level. Die darin dargestellten Bilder von Frauen, People of Color oder Queeren Personen  
14 wirken dagegen unreflektiert und manchmal wie aus der Zeit gefallen, wenn man sie einer ge-  
15 naueren Analyse unterzieht.

16 Neben den beiden oben genannten Tropes macht Sarkeesian noch weitere Analysen: "Women as  
17 background decoration" als ein Trope ist fast selbsterklärend. Dabei geht es aber nicht nur darum,  
18 dass Frauen häufig Non-Player-Characters (NPC) sind und sowohl die Protagonisten als auch Ant-  
19 agonisten männlich, sondern auch, dass diese NPCs sexualisiert und objektivierte werden. Frauen  
20 dienen als spannendes, ansehnliches Hintergrundmaterial für das hauptsächlich männliche Pu-  
21 blikum.

22 "Lingerie is not an armor" weist auf die, vor allem in Fantasy Spielen anzutreffenden, Rüstungen  
23 hin, die nur aus Lederbändern und sehr wenig Metallplatten bestehen und so zwar "denselben  
24 Schutz" bieten sollen, aber gleichzeitig den weiblichen Charakter sexualisieren. Dabei ist es zwar  
25 positiv, dass es die Auswahl zwischen Geschlechtern in einem Spiel gibt (meist nur im binären  
26 Geschlechtssystem), aber die Frauen werden hierbei dennoch objektiviert. Das sind nur ein paar  
27 Beispiele: Sarkeesian differenziert mitunter 18 verschiedene Tropes, die sexistisch sind und denen  
28 wir uns bewusst sein sollten.

29 Aus diesem Grund fordern wir:

- 30 • Einen breiten Gesellschaftlichen Diskurs über "Tropes" und Vorurteile in Spielen. Im Zuge  
31 von gendergerechter Erziehung können solche Diskurse unter anderem auch im Schulun-  
32 terricht, der einen kritischen Umgang mit Medien beinhaltet, geführt werden.

33 Auch bei vielen Neuerscheinungen werden die von Sarkeesian angesprochenen Themen nicht  
34 beachtet. Weiterhin wird eine generelle Repräsentanz oder Reflektion nicht geboten. Der sehr  
35 erfolgreiche dritte Teil der Fantasy Reihe "The Witcher" lässt keinen einzigen People of Color auf-  
36 treten. In vielen Spielen gibt es keine Queeren Personen und wenn, dann treten sie häufig als  
37 Antagonisten auf.

38 Deshalb fordern wir:

- 39 • Die Förderung von feministischen Spielen. Diese Spiele sollen dabei insbesondere diverse  
40 Hauptfiguren besitzen und sowohl Mitglieder der LGBTIQ\* Community, People of Color und  
41 Frauen angemessen und ohne ein Zurückgreifen auf Klischees und Vorteile repräsentieren.

42 Sarkeesian als Person stand auch im Mittelpunkt des sogenannten "Gamer Gate" 2014, der um  
43 Sexismus und Progressivität im Videospiele entbrannte. Er zeichnete sich durch Drohungen, Belei-  
44 digungen, Doxxing (Zusammentragen und veröffentlichen personenbezogener Daten zum berufli-  
45 chen und lebensweltlichen Schaden der Person), Verleumdung und Hasstiraden gegen Menschen  
46 wie Sarkeesian aus, die Missstände benennen.

47 Der Beginn des Gamer Gates wird häufig mit Zoë Quinn angegeben, einer Spieleentwicklerin, die  
48 als erstes unter dieser Kampagne leiden musste. Sie veröffentlichte zu dieser Zeit ein Erzählspiel  
49 über Depressionen, das von der Presse gelobt, von Teilen der online Gamer aber abgelehnt wurde,  
50 da es "zu politisch" sei und keine Gewalt beinhaltete oder "Skill" benötige. In dieser Kampagne  
51 gegen sie spielte ihr Ex-Freund eine wichtige Rolle, gleichzeitig traten viele der Antagonisten des  
52 Gamer Gate später in Alt-Right Kreisen auf. Darüber hinaus beteiligten sich aber viele anonyme  
53 online Gamer daran. Die Spieleentwicklerin wurde fortwährend auf Social Media, in Foren, privat  
54 und anderen Wegen bedroht und beschimpft. Persönliche Bilder und Daten wurden veröffentlicht,  
55 um ihr zu schaden. Von Zoë Quinn ausgehend wurden alle, die feministische, progressive oder  
56 nicht weiße, nicht heterosexuelle Inhalte produzierten, mit dieser Kampagne überzogen. So auch  
57 Sarkeesian, als sie das erste Video ihrer Reihe "Tropes vs. Women" veröffentlichte.

58 Die Methoden und Kampagnen erinnern stark an die Online Strategien der Rechten im Netz und  
59 es ist insofern kein Zufall, dass es dort Überschneidungspunkte gibt und diese Kampagnen als  
60 Rekrutierungszentren verwendet wurden. Zwar ist das Zentrum des Gamer Gate abgeebbt, aber  
61 Teile davon existieren bis heute, wenn Hass und Hetze gegenüber Entwickler\*innen von Video-  
62 spielen mit Progressiven Inhalten verbreitet wird.

63 Darüber hinaus besteht ein enormes Problem, wie es auch für Social Media bekannt ist, innerhalb  
64 der Spiele und der eigenen Kommunikation via Chat oder ähnlichem. Frauen, Queere Personen  
65 und People of Color erfahren häufig Diskriminierung in Spielen durch andere Spieler\*innen. In  
66 der Regel sind ingame Chats nicht moderiert, haben keinen Filter für entsprechende Beleidigun-  
67 gen und ermöglichen auch keine konsequente Sanktionierung von Rassismus, Sexismus oder  
68 Queerfeindlichkeit. Im Gegenteil: Diese Diskriminierungen sind an der Tagesordnung in Online  
69 Games. Einige Multiplikator\*innen wie Streamer\*innen tragen ebenfalls negativ zu diesem Pro-  
70 blem bei, indem sie dieses Verhalten vorleben. Ein besonders verstörendes Beispiel ist, dass im  
71 Online Modus von Red Dead Redemption 2 Spieler\*innen sich als Ku-Klux-Klan verkleideten und  
72 entsprechend rassistisch handelten und Sklaverei betrieben. Vielen der beliebtesten Online Spie-  
73 len fehlen funktionierende und durchsetzungsstarke Sanktionierungsmaßnahmen.

74 Deshalb fordern wir

- 75 • Eine Förderung von Kampagnen und Initiativen gegen Rechts. Dabei sollen auch die Über-  
76 schneidungen von Rechtsradikalen im Netz und der Gaming Community oder Incel Kultur  
77 im Fokus stehen.
- 78 • Eine Förderung von Aufklärungskampagnen, welche die Überschneidung von Rechten im  
79 Netz und Gaming betreffen.

80 Auch Online-Vertriebsplattformen wie Steam bieten eine Plattform für Sexismus, Rassismus, An-  
81 tisemitismus, Queerfeindlichkeit und Diskriminierung. Beispielhaft ist hier ein Spiel names "Rape  
82 Day", in welchem der\*die Spieler\*in als Serienmörder während einer Zombie-Apokalypse insbe-  
83 sondere Frauen beschimpfen, vergewaltigen und töten soll. Während die Entwickler\*innen des  
84 Spiels Rechtfertigung in ausschweifenden Erklärungen suchten und explizit "Soziopath\*innen" als  
85 Teil der Zielgruppe sehen, war das noch nicht erschienene Spiel bereit im Steam Katalog zu fin-  
86 den. Erst nach massiver Kritik seitens Nutzer\*innen wurde das Spiel aus dem Katalog entfernt.  
87 Die von der Vertriebsplattform dazu getätigte Stellungnahme in der von "unerwarteten Kosten  
88 und Risiken" zeigt jedoch nur ein geringes Problembewusstsein.

89 Deshalb fordern wir:

- 90 • Online-Vertriebsplattformen, die Gamingpresse und Spieleindustrie sollen ihrer Verantwor-  
91 tung gerecht werden und strenge Kriterien für die Prüfung der auf ihren Plattformen zu fin-  
92 denden Spielen festlegen und diese konsequent durchsetzen um antisemitischen, rassis-  
93 tischen, frauenverachtenden, queerfeindlichen und diskriminierenden Spielen keine Platt-  
94 form zu geben bzw. sollte die Presse auf solche entsprechend reagieren und die Industrie  
95 sie gar nicht erst produzieren bzw. vorbildlich handeln.

# E – Europa, Internationales und Intergalaktisches

## E1 – Keine Geschäfte auf Kosten der Uiguren

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Mittlerweile ist es zwei Jahre her, dass “China Cables”, ein Zusammenschluss zahlreicher Medien,  
2 den massiven Unterdrückungsapparat in Xinjiang gegenüber den Uiguren, aber auch Kasachen  
3 und Kirgisen aufgedeckt, bewiesen und öffentlich gemacht hat. Passiert ist seitdem nicht viel.

4 In einem Lagebericht vom Dezember 2019 schrieb das Auswärtige Amt dazu: “lückenlose digi-  
5 tale Kontrolle und Überwachungsmaßnahmen, willkürliche Verhaftungen, Sippenhaft, massive  
6 Einschränkungen der Religionsausübung, Masseninternierungen von wahrscheinlich über 1 Mio.  
7 Menschen, DNA-Erfassungen, ideologische Indoktrinierung”. Es gebe seitdem keine Verbesserun-  
8 gen und auf die deutsche Politik gegenüber der Lage in Xinjiang angesprochen heißt es, dass das  
9 Thema regelmäßig angesprochen wird, jedoch ohne weiteren Erfolg.

10 • Daher fordern wir:

11 • dass von Seiten der Bundesregierung der Druck auf die chinesische Regierung erhöht wird  
12 und es Konsequenzen geben muss, wenn sich an der Situation nichts ändert

13 • dass unabhängige internationale Beobachter\*innen Zugang zu den Lagern in Xinjiang erhal-  
14 ten

15 Unter dem Vorwand von “extremismus Bekämpfung” interniert die chinesische Regierung Uigu-  
16 ren, Kasachen und Kirgisen. In den Umerziehungslagern findet die ideologische Indoktrinierung  
17 statt, angeblich sollen die Menschen durch die sogenannten “Fortbildungen” für einen bessere Zu-  
18 kunft ausgestattet werden, so die Aussage des “Volkskongresses” in der Region Xinjiang. Geleakte  
19 Inhaftierungslisten belegen hingegen, dass es sich um willkürliche und breit gefächerte Internie-  
20 rungskriterien handelt.

21 So können Telefonate mit dem Ausland, das Besuchen bestimmter Websites, das ausüben eigent-  
22 lich legaler religiöser Praktiken oder jünger als 30 zu sein ausreichen, um automatisch als “nicht  
23 vertrauenswürdig” eingestuft zu werden und in der Folge nicht selten inhaftiert zu werden. Adrian  
24 Zenz berichtete darüber hinaus, mit Belegen aus lokalen Dokumenten, über eine Kampagne zur  
25 Zwangssterilisierung. In dessen Folge kam es zu einem Bevölkerungseinbruch, welcher in Peking  
26 in einem Bericht umschrieben wird mit der “Emanzipation” der uigurischen Frau.

27 Anlässlich des 100. Geburtstages der kommunistischen Partei im Juli erschien im März der chi-  
28 nesischen Propagandafilm “The Wings of Songs”. Er handelt davon, wie glücklich die Uiguren im  
29 vereinigten China sind. Die Provinz Xinjiang wird in ein idyllisches Paradies verwandelt. Völker-  
30 mord, Zwangsarbeit und Umerziehungslager werden hier nicht thematisiert. Chinesische Kinos  
31 sind dazu verpflichtet zwei Mal wöchentlich Propagandafilme auszustrahlen. Dabei müssen die  
32 Kinosäle gut gefüllt sein. Auf viele Chines\*innen wird daher Druck ausgeübt ins Kino zu gehen  
33 und sich diese Filme anzuschauen. Der Film kann auch auf Youtube frei angeschaut werden.

34 • Daher fordern wir:

- 35 • dass es muss eine Aufklärungskampagne geben, die über die regelmäßige Berichterstattung  
36 in Nachrichten hinausgeht und einen Gegenpol zu der chinesischen Propaganda darstellt.

37 In Xinjiang produzieren auch zahlreiche deutsche Unternehmen, wie beispielsweise Volkswagen,  
38 an denen das Land Niedersachsen große Aktienanteile besitzt. Außerdem erhalten viele inter-  
39 nationale sowie deutsche Unternehmen Produkte von Zulieferfirmen, die in Xinjiang ihre Ware  
40 herstellen. Internationalen Beobachter\*innen zufolge, ist es faktisch nicht möglich in Xinjiang zu  
41 produzieren ohne Zwangsarbeit von Uiguren zu unterstützen. Die USA, Kanada und Großbritanni-  
42 en haben bereits Importstopps oder ein "Gesetz zur Verhinderung uigurischer Zwangsarbeit auf  
43 den Weg gebracht, die EU hat 2020 eine Resolution verabschiedet, in der sie die Zwangsarbeit  
44 verurteilt.

45 • Daher fordern wir:

- 46 • dass Firmen, die in Xinjiang produzieren, ihre Produktionsstätten auf andere Standorte ver-  
47 lagern ansonsten dürfen ihre Produkte nicht mehr in Deutschland verkauft werden
- 48 • dass Firmen die weiterhin in Xinjiang produzieren explizit nachweisen müssen, dass ihre  
49 Ware nicht mit Hilfe von Zwangsarbeit hergestellt wurde, z.B. durch unabhängige Beobach-  
50 ter\*innen
- 51 • deutsche Firmen keine Ware von chinesischen Zulieferern erhalten, wenn diese im Zusam-  
52 menhang mit Zwangsarbeit von Uiguren stehen

## **Begründung**

Menschenrechte sind weder dehnbar, diskutabel noch Handelsware.



## E2 – (Feministische) Außenpolitik – eine humanitäre Außenpolitik

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Als erstes Land der Welt verfolgt Schweden seit 2014 eine feministische Außenpolitik. Darunter  
2 versteht man, dass in der gesamten außenpolitischen Agenda die Perspektive der Geschlechter-  
3 gerechtigkeit eingenommen wird.

4 Damit rücken die Folgen von Außenpolitik in den Fokus des Handelns. Somit wird berücksichtigt,  
5 dass die Konsequenzen dieses Politikbereiches für verschiedene Gruppen von Menschen unter-  
6 schiedlich ausfallen. FINTA oder ethnische Minderheiten sind von Außenpolitik anders betroffen  
7 als beispielsweise Männer. Bei Waffengewalt werden z.B. weniger FINTA direkt Opfer, aber indi-  
8 rekt sind sie am stärksten betroffen.

9 Bei einer feministischen Außenpolitik tritt die menschliche Situation in den Fokus des Handelns.  
10 Und mit der expliziten Berücksichtigung von verschiedenen Perspektiven und der Einbeziehung  
11 des Aspekts der Geschlechtergerechtigkeit kommt es zu einer Macht-, und Dominanzverschie-  
12 bung, weg von Männern, hin zu FINTA.

13 Eine feministische Außenpolitik hinterfragt und analysiert real existierende Machtstrukturen und  
14 Machtverteilungen. Sie fragt: Wer hat Macht? Wie wird sie eingesetzt und erhalten? Welche Er-  
15 fahrungen und wessen Perspektiven werden bei Entscheidungen berücksichtigt? Wer trifft die  
16 Entscheidungen?

17 Im zweiten Schritt bedeutet diese Außenpolitik, alle außenpolitischen Entscheidungen darauf aus-  
18 zurichten, die strukturellen Ungleichheiten zu beseitigen und Strukturen sowie kulturelle Nor-  
19 men, die unterdrücken und ausschließen, zu überwinden. Um dies zu erreichen, werden die Per-  
20 spektiven von marginalisierten Gruppen in den Fokus gerückt.

21 Dieses Umdenken in der Außenpolitik hin zu einer feministischen, humanitären, muss auch von  
22 der Bundesrepublik übernommen werden.

23 Deshalb fordern wir:

- 24 • Das Außenministerium soll einen Plan erstellen, ähnlich dem in Schweden, wie eine feminis-  
25 tische Außenpolitik umgesetzt werden kann. Nach der Erstellung dieses Plans soll es Gesetze  
26 bzw. Gesetzesänderungen geben, damit dieser umgesetzt werden kann.
- 27 • Im Fokus der neuen Außenpolitik sollen die Menschenrechte stehen. Am Vorbild von Schwe-  
28 den sollen beispielsweise Waffenlieferungen an Länder, in denen Menschenrechtsverlet-  
29 zungen vorliegen und in denen die Lage von FINTA prekär sind, nicht mehr genehmigt wer-  
30 den.
- 31 • Die Präsentation der BRD nach außen durch Diplom\*innen ist bisher deutlich Männer do-  
32 miniert. Nur etwa 13% der Botschafter\*innen sind nicht männlich. Das muss sich ändern. Es  
33 soll eine Quote von 50% angestrebt werden. Gerade bei der Neubesetzung von Posten ist auf  
34 diese Quote zu achten. Außerdem ist darauf zu achten, dass Posten diverser, beispielsweise  
35 mit PoC, besetzt werden.

- 36 • Deutschland soll die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats weiter voranbringen. Diese ruft  
37 Konfliktparteien dazu auf, die Rechte von FINTA zu schützen und diese gleichberechtigt in  
38 Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Die  
39 Umsetzung dieser Resolution muss weiter vorangetrieben werden und möglichst von allen  
40 Staaten unterzeichnet werden.
- 41 • Deutschland soll sich auf internationaler Ebene, beispielsweise auf EU-Ebene, dafür einsetzen,  
42 dass es zu einem Umdenken in der Außenpolitik kommt. Gemeinsam mit Schweden  
43 und anderen progressiven Ländern soll so eine Vorreiterrolle eingenommen werden und  
44 andere Staaten motiviert werden, ihre Außenpolitik ebenfalls anzupassen.

## E3 – Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Die Jusos zeigen sich solidarisch mit der Autonomieregion Rojava im Norden Syriens. Rojava stellt  
2 einen besonderen Schutzraum für einige Minderheiten da und ist ein weltweit einzigartiges ge-  
3 sellschaftliches Projekt. Auf dem Gebiet gilt ein Gesellschaftsvertrag, der die Form der Selbstver-  
4 waltung fest schreibt. Dort ist unter anderem die absolute Gleichberechtigung zwischen Männern  
5 und Frauen, die Religionsfreiheit und die Vergesellschaftung von natürlich vorkommenden Res-  
6 sourcen geregelt.

7 Dieses Projekt, das Minderheiten schützt und ohne einen Staat auskommt muss geschützt werden,  
8 denn es ist nicht nur radikal demokratisch und feministisch, sondern auch sozialistisch. Deshalb  
9 resultiert für uns aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen die Region aus  
10 unserer Sicht die Notwendigkeit der Selbstverteidigung durch Waffen.

11 Wir fordern die deutsche Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale Staa-  
12 tengemeinschaft dazu auf, sich Israel anzuschließen und die Kurd\*innen in Rojava zu unterstüt-  
13 zen. Das umfasst für uns strukturelle, diplomatische und aber auch militärische Unterstützung  
14 der kurdischen Streitkräfte YPG/YPJ. Darüber hinaus müssen die deutschen Waffenexporte ins-  
15 besondere in die Türkei dauerhaft gestoppt werden.

16 Wir fordern außerdem die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen.

17 Weiterhin fordern wir die Länder auf, die in den selbstverwalteten Gebieten sitzenden IS Kämp-  
18 fer\*innen zurück in ihre Heimatländer zu holen. Zurzeit sind dies etwa 7000 Menschen. Die Ge-  
19 fangenen üben allein durch ihre Anwesenheit schon großen Druck auf die Autonomieregion aus  
20 und es ist davon auszugehen, dass sich der IS dort weiter organisiert. Die Gefangenen deutschen IS  
21 Kämpfer\*innen, ihre Partner\*innen und Kinder müssen nach Deutschland zurückgebracht wer-  
22 den, hier angeklagt und deradikalisiert werden. Wir dürfen Rojava nicht die Bürde der Verantwor-  
23 tung auferlegen, vor allem in Zeiten, in denen die Region stark unter türkischem Druck steht und  
24 selbst Hilfe braucht.

25 Nicht zuletzt muss die geopolitische Bedeutung Rojavas für Israel bedacht werden, denn die Regi-  
26 on hat einen zunehmenden Einfluss auf die syrische Regierung in Damaskus aufgebaut. Bislang  
27 hatte der Iran, einer der größten Feinde Israels, seine geopolitischen Interessen in Syrien – bei-  
28 spielsweise in Form von Waffenlieferungen an die islamistische „Hezbollah“ auf syrischem Boden  
29 immer schwerer verfolgen können. Perspektivisch schienen Waffenlieferungen an die „Hezbol-  
30 lah“ in einem demokratischeren Syrien nicht länger möglich zu sein.

31 Durch den von Donald Trump beschlossenen Rückzug der US-Truppen ist der Einfluss der Regi-  
32 on Rojava deutlich zurückgegangen, denn dadurch wurde der völkerrechtswidrige Einmarsch der  
33 Türkei mit dem Ziel der ethnischen Säuberung möglich gemacht. Damit droht nicht nur die Ver-  
34 treibung und Völkermord der syrischen Kurd\*innen, sondern auch das Zusammenbrechen aller  
35 demokratischen Bemühungen in Syrien, die in der Folge zu einer neuen massiven Bedrohungsla-  
36 ge Israels führen würden.

<sup>37</sup> In der Konsequenz sind nicht nur die Kurd\*innen einer existenziellen Bedrohungslage ausgesetzt,  
<sup>38</sup> sondern auch für Israel hat der Kampf um Rojava eine essenzielle Bedeutung. Für uns ist klar: wir  
<sup>39</sup> stehen an der Seite von Rojava und solidarisieren uns mit diesem einzigartigen Projekt.

## E4 – Unser Blick auf die Welt: ein Aufschlag für eine jungsozialistische Friedens- und Entspannungspolitik

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 “Diese Welt zerfällt, überall Krisen oder Krieg- Die Bienen sterben, Terror in Brüssel und Paris”. Die-  
2 ses Songzitat der linken Hip-Hop Band Antilopen Gang beschreibt die aktuelle Situation weltweit  
3 sehr gut. Die Welt verändert sich in einem rasanten Tempo. Die Chancen, die damit einhergehen,  
4 werden aber von einigen Herausforderungen und Konflikten begleitet.

5 Um diesen Gegebenheiten adäquat begegnen zu können, muss die Politik neue Narrative in der  
6 Friedens- und Entspannungspolitik finden. Das Ziel einer jungsozialistischen Politik in diesem Be-  
7 reich muss eine Erzählung von Solidarität und Gemeinschaft sein.

8 Wir müssen das aktuelle System analysieren und seine Grenzen aufzeigen. Vor allem aufgrund  
9 des (Wieder) Erstarkens radikaler rechter Kräfte müssen wir eigene Analysen aufzeigen und der  
10 Panikmache dieser Kräfte etwas entgegensetzen. Die Bereiche der Friedens- und Entspannungs-  
11 politik spielen dabei eine entscheidende Rolle und durch ihre (Neu)Definierung können wir wich-  
12 tige Narrative setzen und Veränderungen erzielen.

### 13 **Definition Friedens- und Entspannungspolitik**

14 Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit (gewaltsamer) Konflikte, sondern auch die Klärung  
15 sozio-ökonomischer Konflikte. Friedenspolitik ist die Herstellung und Bewahrung der Möglichkei-  
16 ten eines guten, selbstbestimmten Lebens für alle Menschen. Sie darf nicht durch eigennützige  
17 Interessen bestimmt sein, sondern muss global gedacht werden. Sie muss im Dienst der Men-  
18 schenrechte und der Demokratie stehen und ist im besten Sinne ideologisch und parteiisch.

19 Als Leitsatz hat die Friedenspolitik inne: Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg - und zwar  
20 in genau dieser Reihenfolge.

### 21 **Instrumente der Friedenspolitik**

22 Eine zentrale Frage im Rahmen des Themas der Friedenspolitik sind deren Instrumente. Welche  
23 Mittel werden eingesetzt und wie werden diese legitimiert?

24 Dabei müssen vor allem zivile und militärische Ansätze unterschieden werden. Diplomatische  
25 Lösungsansätze haben dabei für uns immer Vorrang und militärische Interventionen sind nur als  
26 Ultima Ratio zu sehen und nur mit internationalem Mandat auszuführen. Außerdem müssen die-  
27 se immer mit humanitären Maßnahmen einhergehen. Aus dieser Forderung ergibt sich die Not-  
28 wendigkeit der Reformierung des Weltsicherheitsrates, da ein reines Einstimmigkeitsprinzip zu  
29 einer ungerechtfertigten Blockadepolitik führen kann. Deshalb fordern wir, dass ein System von  
30 Checks & Balances eingeführt wird. So wäre beispielsweise die Einführung eines Zweikammern  
31 Systems sinnvoll, in der z.B. die zweite Kammer nötigenfalls mit einer 3/4 Mehrheit den Sicher-  
32 heitsrat überstimmen kann.

33 Für uns Jusos ist außerdem klar, dass wir vor allem die Zivilgesellschaft in Krisensituationen stär-  
34 ken müssen. Zum einen mit mehr Geld, aber auch mit mehr Personal. Auch müssen Begegnungs-  
35 räume geschaffen werden, in denen sich die Menschen austauschen und Hilfe erfahren können.

36 Aus diesen Forderungen ergibt sich, dass in Zukunft Entwicklungs- und Handelspolitik immer als  
37 Bestandteil der Friedenspolitik zu sehen sind, denn nur wenn diese Faktoren mitgedacht werden,  
38 kann ein dauerhafter Frieden entstehen.

- 39 • Diplomatische/ zivile Ansätze als erstes Instrument der Friedenspolitik
- 40 • Militärische Interventionen als Ultima Ratio, nur mit internationalem Mandat, nur mit hu-  
41 manitären Maßnahmen
- 42 • Reformierung des UN-Sicherheitsrats
- 43 • Stärkung der Zivilgesellschaft
- 44 • Entwicklungs- und Handelspolitik als Teil der Friedenspolitik verstehen

#### 45 **Sanktionspolitik**

46 Auch der aktuelle Ansatz der Sanktionspolitik muss überdacht werden, denn er weist grobe Lü-  
47 cken und Fehler auf, die geschlossen und verändert werden müssen. Oftmals treffen Sanktionen  
48 die Zivilbevölkerung, die das Aktuelle ihrer Regierung nicht verschulden und bei denen völliges  
49 Unverständnis hervorgerufen wird.

50 Auch ob das Ziel der Sanktionen im aktuellen Ansatz erreicht wird, ist oft mehr als fragwürdig.  
51 Wir leben in einer globalisierten Welt und so treffen z.B. wirtschaftliche Sanktionen oftmals auch  
52 die eigene Wirtschaft und Zivilbevölkerung.

53 All dies sind Gründe, warum der Zweck und die Ziele von Sanktionen neu überdacht werden  
54 müssen und wir einen neuen Ansatz von Sanktionspolitik finden müssen, sowohl in der EU, als  
55 auch global.

56 So wäre beispielsweise die Einführung von Pfandsystemen eine gute diplomatische Lösung. Wenn  
57 internationale Verträge geschlossen werden, müssten dann z.B. alle Vertragspartner\*innen ein  
58 Pfand hinterlegen oder sich darauf einigen, was passiert, wenn es zu einer Vertragsverletzung  
59 kommt. So könnte man das oftmals schwerwiegende Argument der willkürlichen Sanktionen be-  
60 seitigen.

- 61 • Neue Ansätze der Sanktionspolitik finden

#### 62 **Europäische Armee**

63 Wir Jusos müssen uns über die Rolle der Bundeswehr in der Zukunft klar werden. Bereits im  
64 Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahr 2007 tauchte der Begriff europäische Armee auf. Wir  
65 als Jusos fordern, dass diese in einer demokratisch legitimierten und an das Parlament gebun-  
66 denen europäischen Armee aufgeht, um die richtigen Weichen zu stellen und ein gemeinsames  
67 Bewusstsein über die anzugehenden Herausforderungen zu schaffen.

68 Einer genauen Begriffsdefinition einer europäischen Armee bedarf es noch. Für uns klar erscheint,  
69 dass eine Duplizierung der Einrichtungen keinen Sinn ergibt und ein europäisches Kommando  
70 an die Stelle der nationalen Streitkräfte tritt. Es muss zu einer ständigen strukturierten Zusam-  
71 menarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik kommen. Das Sicherheitsverständnis muss  
72 gemeinsam definiert und verstanden werden "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden  
73 fördern". Ressortübergreifende Ziele, Aufgaben und Handlungsfelder werden benötigt.

74 Andere Ansätze können und müssen auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungsunion  
75 diskutiert werden.

- 76 • Beibehaltung des politischen Primats in den Streitkräften
- 77 • gemeinsames Leitbild nach dem Prinzip der inneren Führung
- 78 • Europa als Friedensprojekt
- 79 • Sicherstellung zukunftsfähiger Industriepolitik
- 80 • gemeinsame Standards (Ausstattung, Verhalten, Strukturen)
- 81 • Weiterentwicklung des Prinzips der Beruflichkeit
- 82 • Verhinderung von Dopplung von Strukturen und damit einhergehende Stärkung des euro-  
83 päischen Pfeilers in der NATO

#### 84 **Rüstungsexporte**

85 Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass die Parteispitze der SPD eine vernünftige Haltung gegenüber  
86 Waffenexporten einnimmt und diese in Kriegsgebiete und Diktaturen von vornherein unterbin-  
87 det. Auf die Frage der Parteiführung, wie ein solches Vorhaben zu erreichen ist, antworten wir  
88 mit der klaren Aussage, dass diese Gebiete leicht zu definieren sind und ein Export in jene nach  
89 erfolgreicher Identifikation auf keinen Fall stattfinden darf. Darüber hinaus fordern wir als Jusos  
90 eine Verstaatlichung der Rüstungsproduktion. Durch eine Verstaatlichung lässt sich die volle Kon-  
91 trolle über die Produktion erreichen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Rüstungsexporte nicht  
92 durch das marktwirtschaftliche Element von Angebot und Nachfrage diktiert werden und ein Ex-  
93 port in Krisengebiete somit zu einem wirtschaftlich notwendigen Faktor für die Bundesrepublik  
94 wird. Darüber hinaus lässt sich nur so das Argument der Arbeitsplatzsicherung durch Waffenex-  
95 porte und -produktion umgehen, da die Arbeitnehmer\*innen dann Angestellte des Staates sind  
96 und als solche nicht ohne weiteres entlassen werden können. Weiterhin lässt sich nur durch eine  
97 Verstaatlichung der Rüstungsbetriebe der für uns entscheidende demokratische Grundsatz reali-  
98 sieren, der besagt, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt.

#### 99 **Abrüstung**

100 Für uns Jusos ist eine Welt ohne ABC-Waffen das erklärte langfristige Ziel. Nur so lässt sich von  
101 einer nachhaltigen und erfolgreichen Friedenspolitik sprechen. Zur Umsetzung dieses globalen  
102 Zieles bedarf es einer gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung aller Staaten, die über ABC-  
103 Waffen verfügen. Diese Kontrollinstanz muss aus den Vereinten Nationen kommen. Eine refor-  
104 mierte UN muss die Bedingungen schaffen, um die Abrüstung der Staaten zu gewährleisten und  
105 partnerschaftlich zu überwachen. Die Kontrollmechanismen müssen hier klar und transparent  
106 ausgestaltet werden. Dabei müssen die einzelnen, abrüstenden Staaten als gleichwertige Partner  
107 behandelt werden. Nur so lässt sich eine nachhaltige Abrüstung im Rahmen einer modernisier-  
108 ten Friedenspolitik gewährleisten. Für eine dauerhaft nachhaltige Abrüstung ist es zudem wichtig,  
109 dass der Export und die Produktion sogenannter „Dual Use“ Güter in Kriegs- und Krisengebiete  
110 kontrolliert und im Zweifelsfall verhindert wird, um eine erneute Aufrüstung zu verhindern.

## E5 – Die Lage in der Region Xinjiang endlich außenpolitisch ernst nehmen

**Antragsteller\*innen** Jusos Hameln-Pyrmont

**Weiterleitung an** JusoBundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPDBundestagsfraktion

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern, dass außenpolitisch erreicht wird, dass unabhängige Prüfer die Lage in Xinjiang be-
- 2 werten und bis dahin sämtliche deutschen Unternehmen vor Ort nicht mehr produzieren dürfen,
- 3 sollte dies nicht erreichbar sein, so ist China zu sanktionieren.

### Begründung

Dass die chinesische Regierung seit langem über Arbeits- und Umerziehungslager verfügt, die sie selbst als Weiterbildungszentren propagiert, ist leider seit langer Zeit traurige Realität. Dies allein sollte schon Grund genug sein, gerade vor dem Hintergrund unserer deutschen Historie, die oben genannte Forderung ohne ein wenn und aber zu beschließen.

Allerdings sieht die Lage in der Region Xinjiang, laut Berichten der BBC, deutlich schlimmer aus als bereits angenommen. So berichten Frauen\* von systematischer sexueller Folter und Vergewaltigungen - die chinesische Regierung spricht von Schauspieler\*innen - und die Welt schaut zu. Um sich zu vergewissern was für schlimme Folgen eine solche Appeasement-Politik, vor allem für betroffene Minderheiten, nach sich ziehen kann, reicht ein Blick in die deutsche Geschichte und trotzdem, so scheint es, hat man nicht gelernt. Denn auch Deutschland schaut zu. Man erhebt eventuell hier und da mahnend den Finger, wenn es dann aber plötzlich darum geht Profite für deutsche Firmen zu sichern, holt man sich das größte Stück vom Kuchen und der eben noch mahnende Finger scheint komplett verschwunden.

Einige Regierungen Europas sowie die der USA benennen das Vorgehen Chinas in der Region mittlerweile klar als Genozid. Sollte sich dieser - aktuell noch - Vorwurf nun komplett erhärten so gilt es auch von deutscher Seite das Vorgehen Chinas klar als Genozid zu klassifizieren und dann auch so zu handeln. Denn das ist man gerade den Uiguren nach Jahren des weg- und zuschauen schuldig: zu Handeln.



## E6 – Solidarität mit Belarus

**Antragsteller\*innen** Jusos Lüneburg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover solidarisieren sich mit der seit dem Sommer 2020 anhaltenden
- 2 Demokratiebewegung in Belarus sowie der Arbeit der Menschen in der belarusischen Diaspora.
- 3 Im Zuge dessen fordern wir mehr Aufmerksamkeit für die Lage der Menschen Belarus, eine aktive
- 4 Unterstützung der belarusischen Demokratiebewegung hier in Deutschland sowie allgemein eine
- 5 stärkere Auseinandersetzung mit PostOst sowie postsowjetischen Themen, welche in Deutsch-
- 6 land immer noch deutlich zu wenig gehört werden. Dies kann beispielsweise in Form von Vorträ-
- 7 gen, Filmvorführungen oder Workshops geschehen.

### Begründung

Seit der dreisten Fälschung der Präsidentschaftswahl in Belarus im August 2020 setzen sich die Menschen in Belarus, sowie in der belarusischen Diaspora weltweit, für faire und freie Wahlen und Demokratie ein. Der belarusische Diktator Alexander Lukaschenko reagierte darauf mit extremer Gewalt und viel zu viele haben den Kampf für die Demokratie mit ihrem Leben bezahlen müssen. Die Menschen in Belarus werden Opfer eines willkürlichen Justizsystems und spätestens seit der Entführung eines innereuropäischen Fluges ist klar, dass Belarus\*innen auch im Exil nicht mehr sicher sind.

Wir als Jusos dürfen beim friedlichen Kampf der Menschen für Demokratie nicht wegsehen. Es ist wichtig die Aufmerksamkeit für die Lage in Belarus aufrecht zu erhalten und uns aktiv mit der belarusischen Demokratiebewegung zu solidarisieren, um so endlich die letzte Diktatur Europas zu stürzen!

## E7 – Deutsche Beteiligung an Verbrechen in Marokko aufklären

**Antragsteller\*innen** Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 1. Der Bundestag ernennt und finanziert eine unabhängige Historiker\*innen-Kommission, die  
2 die deutsche Beteiligung an dem Senfgas Einsatz spanischer Besatzer\*innen im Marokko  
3 der 1920er Jahre untersucht und aufklärt. Hintergrund: In den 1920er Jahren setzte die spa-  
4 nische Kolonialmacht Senfgas gegen die, nach Unabhängigkeit strebenden, Berber in der  
5 Rif-Region um Al-Hoceima, Marokko ein: "Tausende starben bei den Angriffen, eine unbe-  
6 stimmte Zahl an Menschen litt noch lange an den langfristigen Folgen. Es galt, stets an son-  
7 nigen, warmen und windstillen Markttagen den Souk zu bombardieren, um die Zahl ziviler  
8 Opfer zu maximieren. Das ätzende Senfgas macht einen blind, greift die Atemwege an und  
9 führt zu einem qualvollen Erstickungstod. Und das Gift gelangte in die Umwelt, die Flüsse  
10 und das Grundwasser." Deutschland lieferte die Senfgas-Granaten und baute die Chemie-  
11 waffenfabriken für Spanien. Heute ist die Region für 80% aller Lungenkrebsfälle bei Erwach-  
12 senen verantwortlich. Ein Zusammenhang wird vermutet, allerdings sperren sich Deutsch-  
13 land, Spanien, Frankreich und Marokko einer Aufklärung (die marokkanische Regierung will  
14 ihre Beziehungen zur EU nicht gefährden). Es ist höchste Zeit, dass diese Blockade aufgelöst  
15 wird, Deutschland seine historische Verantwortung ernst nimmt, und seine Beteiligung an  
16 den Kriegsverbrechen proaktiv aufklärt.
- 17 2. Die unabhängige Kommission soll im Anschluss der Untersuchung Vorschläge erbringen  
18 inwiefern Nachkommen der Opfer entschädigt werden können.

### Begründung

Deutschland rühmt sich gerne seines verantwortlichen Umgangs mit der Vergangenheit. Doch schaut man etwas genauer hin, gibt es noch zahlreiche Verbrechen, an denen Deutschland zumindest beteiligt war, und die noch viel zu langsam aufgeklärt werden. Die Genozide in Namibia gelangen nun langsam in die Öffentlichkeit und werden untersucht; die Verbrechen in der Rif-Region verdienen die gleiche Aufmerksamkeit und Untersuchung.

## E8 – Systematische Menschenrechtsverbrechen in den Internierungslager in China beenden

**Antragsteller\*innen** Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 1. Das Auswärtige Amt soll umgehend chinesischen Funktionären, die in unmittelbarem Zu-  
2 sammenhang mit den Lagern stehen, die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ver-  
3 bieten. Deutschen Firmen wird zudem verboten mit diesen Personen Geschäfte zu machen.  
4 Sofern in Deutschland vorhanden, werden Privatbesitz und Konten dieser Funktionäre be-  
5 schlagnahm. Zu dem Personenkreis gehören mindestens:
  - 6 • Chen Quanguo, Sekretär der Kommunistischen Partei in Xinjiang und Mitglied des Po-  
7 litbüros
  - 8 • Zhu Hailun, ehemaliger stellv. Sekretär der Kommunistischen Partei in Xinjiang
  - 9 • Wang Mingshan, Direktor und Sekretär des Büros für Öffentliche Sicherheit der Kom-  
10 munistischen Partei in Xinjiang
  - 11 • Huo Liujun, ehemaliger Sekretär des Büros für Öffentliche Sicherheit der Kommunisti-  
12 schen Partei in Xinjiang
- 13 2. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erklärt mit sofortiger Wirkung den  
14 chinesischen Botschafter S.E. Ken Wu zu einer unerwünschten Person in Deutschland. China  
15 wird damit signalisiert, dass ihre menschenverachtende Politik weitreichende Konsequ-  
16 zen für die bilateralen Beziehungen hat.
- 17 3. Die Einfuhr und Verarbeitung von sowie der Handel mit Produkten, die signifikante Bestand-  
18 teile von Baumwolle aus China enthalten wird in Deutschland verboten. Die Einfuhr und  
19 Verarbeitung von sowie der Handel mit Produkten aus Xinjiang wird in Deutschland verbo-  
20 ten. Der Grund: In beiden Fällen ist es nicht auszuschließen, dass Zwangsarbeiter\*innen in  
21 der Lieferkette in China beschäftigt wurden.

### Begründung

Seit mindestens 2017 werden systematisch ethnische Minderheiten in der chinesischen Provinz Xinjiang verhaftet und in Lager gesteckt. Die Gründe für die Inhaftierung sind völlig willkürlich. In den „Umerziehungslagern“ werden dann die Inhaftierten gefoltert, sterilisiert und vergewaltigt. In den letzten 3 Jahren hat die chinesische Regierung die Lager zunehmend in Arbeitslager verwandelt und die Gefangenen gezwungen Textilprodukte herzustellen. Diese Willkür trifft die dort lebenden Muslime, Uiguren, Kasachen und Kirgisen. In der Öffentlichkeit verkauft China die Internierungslager und den kulturellen Genozid als Kampf gegen den Terrorismus. Unabhängige Experten schätzen 2019, dass sich von 900,000 bis 1,8 Millionen Menschen in den Internierungslager befinden.

Enttäuschend sind dagegen die Reaktionen der Bundesregierung, der EU und den Vereinten Nationen. Das europäische Parlament hat mit einer Erklärung im Dezember 2019 nur die Faktenlage anerkannt, aber nichts verbessert. Auch die Bundesregierung hat es bisher nicht weitergeschafft

als die Lager als Umerziehungslager anzuerkennen. Damit beschönigt sie die Gewaltverbrechen und Zwangsarbeit. war zuletzt eine unabhängige UN-Beobachtungskommission.

Das deutsche Außenministerium forderte zwar eine unabhängige UN-Beobachtungskommission, aber nur zu fordern reicht nicht. Denn Verantwortung von sich zu schieben, zögerlich zu agieren und systematische Menschenrechtsverbrechen jahrelang ungestraft zu lassen, hat in der Geschichte sehr oft zu Völkermord und Krieg geführt. Gerade in Deutschland sollte man sich der historischen Verantwortung bewusst sein und dementsprechend zu handeln. Phrasen wie historische Verantwortung, Fluchtursachen bekämpfen und Zwangsarbeit verbieten bleiben heiße Luft, wenn man jetzt nichts unternimmt.

## E9 – Keine Solidarität mit dem Terror

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch eine US-amerikanische Drohne in Bagdad getö-  
2 tet. Seitdem ist eine Diskussion über die Konfliktlage im Nahen Osten entbrannt und oft wird be-  
3 hauptet, dass die Unberechenbarkeit des US-Präsidenten Donald Trump an der Eskalation schuld  
4 sei. Der Iran antwortete mit martialischen Drohungen und Attacken auf US-amerikanische Militär-  
5 basen und mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs. Das irakische Parlament  
6 fordert den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, was den iranischen Einfluss weiter  
7 stärken würde. Für uns steht jedoch fest: Krieg und Eskalation herrschen in der Region nicht erst  
8 seit der Tötung Soleimanis. Im Gegenteil: Soleimani ist einer der Hauptverantwortlichen für das  
9 Sterben im Nahen Osten.

### 10 **Qasem Soleimani und die Al Quds Brigaden: Architekten des Terrors**

11 Qasem Soleimani war bis zu seinem Tod Kommandeur der Al-Quds-Brigaden und damit direkt  
12 dem iranischen Revolutionsführer und Staatsoberhaupt Ali Chamenei unterstellt. Er wurde als  
13 zweitmächtigster Mann des Irans gehandelt. Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen Revolutions-  
14 garde, dienen offiziell dem Export der Iranischen Revolution in der Region und bilden eine Spe-  
15 zialeinheit für extraterritoriale Aktionen. Ganz konkret heißt das, dass die Quds-Einheiten pro-  
16 iranische Milizen unter anderem in Syrien, im Irak, im Libanon, im Gazastreifen (Teile der Hamas  
17 und Islamischer Dschihad) und im Jemen mit Ausbildung, Waffen und Finanzierung unterstützt.  
18 Faktisch war Qasem Soleimani der Kommandeur eines ganzen Netzwerks aus iranischen Terro-  
19 ragenten im Ausland. Diese Stärkung und Steuerung von Milizen trägt zur Destabilisierung der  
20 Region bei und verhindert beispielsweise im Irak die Wiederrichtung eines staatlichen Gewalt-  
21 monopolis. Qasem Soleimani als Architekten des Terrors zu bezeichnen, ist keine propagandisti-  
22 sche Deutung: Angriffe auf amerikanische Militärbasen, auf die US-Botschaft in Bagdad und auf  
23 Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das iranischen Expansionsstreben erzeugt. Der Iran will  
24 durch nicht-staatliche Milizen seine Nachbarländer unterwandern und eine Vormachtstellung in  
25 der Region erringen. Soleimani war der Kopf hinter dieser Strategie.

### 26 **Der schiitische Halbmond trauert? Eine Verzerrung der Wirklichkeit.**

27 Seit seiner Tötung sind Medienberichte und politische Kommentare voll mit der Behauptung, die  
28 „schiitische Welt“ trauere um Soleimani. Es werden Aufnahmen von Menschenmengen im Iran  
29 und Irak gezeigt, die „Tod Amerika“ und „Tod Israel“ fordern. Vergessen werden die vielen tau-  
30 send Menschen, die bis vor kurzem im Irak gegen den Einfluss des Iran und für die Souveränität  
31 ihres Staates demonstriert haben (unabhängig von ihrer Konfession). Vergessen werden auch die  
32 Demonstrant\*innen im Iran, die gegen ein korruptes, islamistisches Regime und die gegen ka-  
33 tastrophalen Lebensbedingungen als Folge der iranischen Machtpolitik demonstriert haben. Vor  
34 allem wird vergessen, dass diese vielen Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert  
35 haben: Iranische Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte De-  
36 monstrant\*innen, tausende wurden verletzt und verhaftet. Der Kopf hinter diesem Terror gegen  
37 die iranische und irakische Bevölkerung: Qasem Soleimani.

38 **Für uns steht fest: Wir stehen fest und solidarisch an den demokratischen Bestrebungen im**  
39 **Iran und im Irak. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht länger die Propaganda des iranischen**

40 **Regimes verbreitet wird, sondern die Perspektive der unterdrückten Zivilgesellschaften in**  
41 **den Vordergrund rückt.**

#### 42 **Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels**

43 Häufig werden die USA für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich gemacht. Kritisiert wer-  
44 den kann mit Recht, dass die Tötung Soleimanis im Irak stattfand und den Irak in den Konflikt  
45 hineingezogen hat. Dass der Iran mit seinen verbündeten Milizen diese Eskalation bereits lan-  
46 ge vorantreibt, wird jedoch von vielen Seiten ignoriert. In diesem Zug wirft die iranische Regie-  
47 rung den USA vor, gegen das Völkerrecht mit seinen Drohnenangriffen zu verstoßen. Mag dieser  
48 Vorwurf rechtlich betrachtet auch korrekt sein: Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels – sie  
49 ist die Konsequenz aus Jahren der asymmetrischen Kriegsführung, die maßgeblich vom Iran be-  
50 trieben wird. Die klassischen Regeln der Kriegsführung werden von einem Iran ausgehebelt, der  
51 über nicht-staatliche Milizen nicht-staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der seine Milizen zum  
52 Sturm auf die US-Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen Deckmantel verbündeter  
53 Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste Strategie die Grenze zwi-  
54 schen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie wurde von Qasem Soleimani perfektioniert.  
55 **Eine Glaubwürdigkeit des Völkerrechts im Nahen Osten kann nur erreicht werden, wenn**  
56 **die die verdeckte Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten endet. Die Geltung des Völ-**  
57 **kerrechts auch im Nahen Osten ist unser Ziel.**

#### 58 **Terror auch innerhalb der iranischen Grenzen**

59 Bei der Betrachtung des iranischen Vormachtstrebens darf nicht vergessen werden, dass der Iran  
60 nicht nur nach außen, sondern auch innen brutal agiert. Auch wenn sich der Iran als Islamische  
61 Republik bezeichnet, ist er faktisch ein diktatorisches Regime. Gewählt werden kann nur, wer von  
62 der Geistlichkeit zugelassen wird – wirkliche Alternativen zur amtierenden Clique stehen gar nicht  
63 erst zur Wahl. Es spricht Bände, dass Präsident Rohani in der politischen Landschaft des Iran als  
64 „gemäßigt“ gilt. Homosexualität wird im Iran mit dem Tode bestraft. Oppositionelle werden un-  
65 terdrückt. Frauen werden – beispielsweise durch den Kopftuchzwang und andere Vorschriften –  
66 massiv in ihrer Lebensführung eingeschränkt und benachteiligt. Die außenpolitischen Abenteuer  
67 des Regimes verschlucken Unsummen an Geld, während die Armut und Inflation im Land rasant  
68 ansteigen und viele Iraner\*innen unter katastrophalen Bedingungen leben. Gleichzeitig schaffen  
69 es einzelne Gruppen, sich massiv zu bereichern: Die Revolutionsgarden sind nicht nur ein ent-  
70 scheidender Bestandteil des Unterdrückungsapparats, sondern auch wirtschaftlich aktiv. Sie sind  
71 das größte Unternehmen des Landes! Sie zahlen keine Steuern, keine Zölle und werden bei staat-  
72 lichen Großaufträgen bevorzugt. **Außenpolitische Militarisierung und innenpolitische Berei-**  
73 **cherung sind im Iran zwei Seiten der gleichen Medaille, während die iranische Bevölkerung**  
74 **Not leidet.**

75 Wir kritisieren, dass seit der Tötung Soleimanis von vielen Seiten die Kritik an dem US-  
76 amerikanischen Vorgehen lauter war, als die Kritik an den iranischen Expansionsgelüsten. Bei  
77 allen berechtigten Diskussionen über die richtige Strategie stehen wir dennoch solidarisch an der  
78 Seite unserer transatlantischen Partner\*innen. Wir stehen außerdem an der Seite aller Menschen,  
79 die im Nahen Osten für Freiheit und Demokratie eintreten. Die deutsche Außenpolitik muss end-  
80 lich wieder Werte über Profite stellen. Der Wunsch nach Dialog und Verständigung darf nicht mit  
81 dem Ausverkauf der Rechte der Menschen im Nahen und Mittleren Osten, nicht auf dem Rücken  
82 der Sicherheit Israels und nicht mit Kleinbegeben gegenüber Diktaturen finanziert werden. Un-  
83 ser Ziel muss die Errichtung einer stabilen Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten auf der Basis  
84 des Völkerrechts sein. **Keine Solidarität mit dem Terror!**

## E10 – Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wir Jusos fordern, dass die Länder Lateinamerikas wieder stärker in den Fokus der deutschen und  
2 europäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für uns, dass eine engere kulturelle, bildungspoli-  
3 tische, wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit gibt. Gegenwärtig spielt Lateinamerika  
4 eine untergeordnete Rolle in der deutschen Außenpolitik. Wir fordern, dass die Bundesrepublik  
5 Deutschland und die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen Wirtschafts- und Handelsbezie-  
6 hungen eine eigenständige, strategische und wertgeleitete Politik für Lateinamerika entwickeln.

7 Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte und natürlichen Randbedingungen teilen die La-  
8 teinamerikanischen Staaten vergleichbare Entwicklungen und Erfahrungen. Daher können große  
9 politische Linien Teil eines Konzeptes für eine neue Lateinamerika-Politik sein. Dennoch muss  
10 klar sein, dass jeder Staat Lateinamerikas eine einzigartige Geschichte und Kultur hat, die in einer  
11 Außenpolitik der Bundesrepublik und der EU zu berücksichtigen sind.

12 Kultureller Austausch kann dazu beitragen das Verständnis zwischen Menschen unterschiedli-  
13 cher Herkunft zu verbessern. Daher fordern wir die kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren  
14 und zu verstärken. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Lebensrea-  
15 litäten der Menschen Lateinamerikas. Dieser Austausch kann bereits auf der lokalen Ebene statt-  
16 finden. Kontakte zwischen Vereinen vor Ort können gefördert werden um auf beiden Seiten des  
17 Atlantiks Menschen direkt zu erreichen und zu sensibilisieren. Um trotz begrenzter öffentlicher  
18 Mittel den kulturellen Austausch mit Lateinamerika zu verstärken können wie bei der Einrichtung  
19 des deutsch-französischen Kulturinstituts in Brasilien Synergien intelligent genutzt werden.

20 Während die Werte des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen für die Staa-  
21 ten Lateinamerikas eine sehr positive Tendenz aufweisen – alle Länder sind 2018 als hoch oder  
22 sehr hoch entwickelt eingestuft – prägt eine starke Ungleichheit die sozialen Verhältnisse. Ge-  
23 rade die indigene Bevölkerung, Menschen afrikanischer Herkunft und Frauen sind von starken  
24 Diskriminierungen und Ausgrenzung betroffen. Hier sollte die deutsche und europäische Zusam-  
25 menarbeit ansetzen um soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung aller Menschenrechte zu  
26 fördern. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt so zum Beispiel bereits den Friedenspro-  
27 zess in Kolumbien. Doch auch in anderen Lateinamerikanischen Staaten sind Geschichte und Ge-  
28 sellschaft von abgeschlossenen, aber nicht überwundenen Konflikten geprägt. Der Umgang der  
29 chilenischen Regierung mit den sozialen Protesten bedarf einer kritischen und gründlichen Auf-  
30 arbeitung. Europäische und deutsche Unterstützung können diese Prozesse begleiten und bera-  
31 ten.

32 Traditionell hat Deutschland seit jeher gute und langfristige Handelsbeziehungen nach Latein-  
33 amerika. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann aber noch verstärkt werden, auch um den  
34 lateinamerikanischen Staaten ein demokratisches Gegenangebot zum wirtschaftlichen Engage-  
35 ment der Volksrepublik China zu machen. Angesichts der Digitalisierung sind die Rohstoffvor-  
36 kommen Lateinamerikas von hoher Relevanz für das globale Wachstum. Bei der Förderung der  
37 Ressourcen – auch zugunsten Europas – muss sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung

38 zu großen Teilen in Lateinamerika erfolgen kann und die wirtschaftliche Entwicklung die sozia-  
39 le Spaltung des Kontinents nicht weiter verstärkt, sondern ihr entgegenwirkt. Bei allen Aktivitä-  
40 ten müssen die deutsche und europäische Wirtschafts- und Handelspolitik auf Nachhaltigkeit  
41 achten. Dies umfasst die Achtung der Menschenrechte, gute Arbeit, den Schutz der Umwelt und  
42 natürlichen Ressourcen. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch das Freihandelsabkommen mit  
43 den Mercosur-Staaten zu bewerten, anzupassen und ggf. auszusetzen. Des Weiteren hat auch das  
44 Land Niedersachsen eine besondere Verantwortung gegenüber Lateinamerika. Der Volkswagen-  
45 Konzern betreibt zur Zeit Werke in Argentinien, Brasilien und Mexiko. Wir fordern die niedersäch-  
46 sische Landesregierung auf, ihren Einfluss durch die Beteiligung bei VW auch dafür zu nutzen,  
47 um die Achtung von Menschenrechte, die Repräsentant indigener Belegschaften und den Um-  
48 weltschutz auch bei den Aktivitäten in Lateinamerika zu stärken. Die Firmenpolitik VWs darf sich  
49 nicht demokratisch fragwürdigen Regierungen anbieten.

50 Zuletzt soll der wesentlich Aspekt der Außenpolitik betrachtet werden, die diplomatischen Be-  
51 ziehungen. Lateinamerika hat, trotz vieler positiven Entwicklungen in den Jahren seit 2000, ein  
52 Roll-back erlebt. Staaten wie Venezuela versinken in Korruption, bürgerkriegsähnlichen Zustän-  
53 den und Armut. Es wurde zu einem Staat der seine eigenen Bürger\*innen leiden lässt und dabei  
54 im Namen des Sozialismus unter brutaler Herrschaft einer kleinen eingeschworenen Gruppe an  
55 Herrschenden nutzt. Die dadurch ausgehöhlte Legitimität der Regierung wurde geschickt durch  
56 eine reaktionäre und rechte Opposition genutzt, die vor allem Kapitalinteressen vertritt. Die EU  
57 und die Bundesrepublik Deutschland haben sich in diesem innerstaatlichen Konflikt sehr un-  
58 glücklich positioniert und engagiert. Die Diplomatie und Außenpolitik sollten in erster Linie dar-  
59 auf hinwirken die humanitäre Lage zu verbessern und einen rechtsstaatlich adäquaten Übergang  
60 zu unterstützen.

61 Mit großer Sorge nehmen wir ebenfalls die Entwicklungen in Bolivien wahr. Auch hier hat die am-  
62 tierende sozialistische Regierung Grundsätze der freien Wahlen und Meinungsäußerungen ver-  
63 letzt, wenngleich nicht in annähernd mit dem Zustand Venezuelas vergleichbar. Eine von weißen  
64 Evangelikalen geprägte Gegenbewegung zu Evo Morales Sozialist\*innen versucht nun die Herr-  
65 schaft zu erringen und spart dabei nicht an rassistischen Ressentiments gegen die indigene Be-  
66 völkerung. Bereits jetzt wird von massiver (Polizei)gewalt gegen Anhänger\*innen Morales und In-  
67 digene berichtet.

68 Seit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens, entwickelt sich das  
69 Land in die falsche Richtung, besonders was den Umweltschutz, die Rechte von Minderheiten und  
70 die demokratischen Institutionen betrifft. Die ohnehin schon hohe Zahl der Toten durch Polizei-  
71 einsätze in den Favelas ist rapide angestiegen und die Erfolge in der Armutsbekämpfung drohen  
72 rückgängig gemacht zu werden.

73 Deutschland und Europa müssen diesen beispielhaften Entwicklungen des letzten Jahres auf der  
74 großen politischen Bühne entgegenwirken. Man muss dort wo es geht, Organisationen fördern  
75 und schützen, die diesen teils menschenverachtenden Entwicklungen unterbinden wollen und  
76 muss den Regierenden verdeutlichen, dass Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtig-  
77 keit auch in Lateinamerika ein wichtiges Ziel sind. Wir Jusos fordern, dass ein Abweichen von  
78 diesen Prinzipien und die Bereicherung einer kleinen Klientel auf Kosten der Bevölkerung nicht  
79 ohne Folgen bleiben dürfen. Unsere Solidarität gilt den Unterdrückten, den Kämpfer\*innen für  
80 Freiheit und Gerechtigkeit und den Genoss\*innen unserer Partnerorganisationen!



## **E11 – Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager.**

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Mit den China Cables konnte das Internationale Netzwerk investigativer Journalist\*innen beweisen, was schon länger vermutet wurde: In der Volksrepublik China wird mit einem staatlichen Lagersystem gegen die Uigur\*innen und andere muslimische Minderheiten vorgangen. Menschen werden ununterbrochen in ihrem Privatleben überwacht, mit Algorithmen bewertet und bei einem negativen Ergebnis in Umerziehungslager interniert. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu eine Million Menschen in diesen Lagern festgehalten und indoktriniert werden.

7 Der chinesische Überwachungsstaat zeigt sich in den Umerziehungslagern unbestreitbar von seiner menschenverachtenden Seite. Menschen wird die Freiheit geraubt, weil sie religiös sind, weil sie Bärte tragen, weil sie zu oft die Hintertür ihres Hauses benutzen oder eine App auf ihrem Smartphone haben, die sie an Gebetszeiten erinnert. Expert\*innen kommen auf Basis der China Cables, die Geheimdokumente der chinesischen Regierung umfassen, zu einem klaren Ergebnis: Das Ziel der chinesischen Regierung ist ein kultureller Genozid. Die uigurische Kultur soll gewaltsam ausgelöscht werden. Die chinesische Politik gegen die Uigur\*innen ist jedoch nicht nur deshalb so schockierend, weil sie auf einer menschenverachtenden Homogenisierungsideologie fußt, sondern weil sie tatsächlich auch die Mittel hat, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören vor allem die technischen Mittel, die eine nahezu uneingeschränkte Überwachung ermöglichen.

### 17 **Wo ist die Weltgemeinschaft? Sie hat weggeschaut.**

18 Obwohl die Offensive Pekings gegen die uigurische Minderheit bereits immer wieder diskutiert wurde, hat erst die Veröffentlichung der China Cables eine neue Dynamik in die Debatte um den staatlichen Terror Chinas gegen seine Bevölkerung gebracht. Dabei konnte es sogar Laien gelingen, die Lagerstrukturen zu erkennen: Sie waren bei Google Maps in Satellitenaufnahmen erkennbar. Es muss also davon ausgegangen werden, dass westliche Geheimdienste absichtlich weggeschaut haben.

### 24 **Deutsche und europäische Verantwortung**

25 Auch Deutschland trägt hier Verantwortung: Die deutsche Bundesregierung hat die Internierung einer Million Menschen ignoriert. Obwohl China nicht nur ein souveräner, sondern auch ein militärisch und ökonomisch mächtiger Staat ist, ist China kein unabhängiger Kosmos, der die Meinung der Weltgemeinschaft und anderer Wirtschaftsmächte ignorieren kann. Deutschlands Politik direkt gegenüber China, in der EU und in den Vereinten Nationen hat Einfluss auf die chinesische Politik. Diesen Einfluss gilt es zu nutzen.

### 31 **Wir fordern...**

- 32 • Dass die deutsche Bundesregierung und der deutsche Bundestag den kulturellen Genozid als solchen benennen und verurteilen
- 34 • Dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine wertegebundene Handelspolitik gegenüber China einsetzt. Das heißt: Das Ende des Lagersystems fordern und diesen Forderungen notfalls auch mit Sanktionen Nachdruck verleihen!

- 37 • Die Europäische Union die Regeln für den Export von Dual-Use-Gütern, insbesondere von  
38 Informationstechnologie, die zur Überwachung verwendet werden kann, deutlich verschärft.  
39 Hierauf muss Deutschland in seiner EU-Ratspräsidentschaft 2020 hinwirken.
- 40 • Umfassende Sanktionierung von Unternehmen und Einzelpersonen, die sich an der Inter-  
41 nierung oder Überwachung beteiligen. Das gilt auch für deutsche Unternehmen.
- 42 • Eine neue Strategie im Umgang mit der chinesischen Diktatur. Das muss auch den Umgang  
43 mit chinesischen Konzernen wie beispielsweise Huawei betreffen.

44 Deutschland und Europa dürfen nicht aus ökonomischem Eigeninteresse die Augen vor dem  
45 Gulag-System verschließen, das in China herrscht!

#### 46 **Solidarität mit Tashpolat Tiyip**

47 Tashpolat Tiyip ist Geograph und war Präsident der Xingjiang-Universität in Ürümqi. Auf dem  
48 Weg nach Deutschland zu einem Treffen mit Kollaborationspartnern am Leibniz Institut für An-  
49 gewandte Geophysik in Hannover verschwand er plötzlich spurlos. Sechs Monate später wurde  
50 ihm in einem chinesischen Propaganda-Video vorgeworfen, die Köpfe der Student\*innen zu ver-  
51 giften, weil er zu viele uigurische Quellen verwendet habe. Im Video wird auch das Strafmaß ver-  
52 kündet: der Tod. Dieses Beispiel zeigt nicht nur die Absurdität und Willkür der Vorwürfe, die die  
53 chinesische Regierung erhebt. Es zeigt auch, dass die Deportationen selbst hier in Hannover noch  
54 spürbar sind. Menschen, mit denen man eben noch zusammengearbeitet hat, werden plötzlich  
55 verschleppt – für immer, wie zu befürchten steht. Wir solidarisieren uns deshalb mit Tashpolat  
56 Tiyip und anderen Wissenschaftler\*innen, die vom chinesischen Staat terrorisiert werden, weil  
57 sie nicht bereit sind die Existenz der Uigur\*innen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu leugnen!

#### 58 **Niedersächsische Verantwortung**

59 In der autonomen Region Xingjiang, in der sich die Umerziehungslager befinden, ist auch ein nie-  
60 dersächsischer Autohersteller präsent: Volkswagen unterhält in Urumqi ein Werk in erzwungener  
61 Kooperation mit einem chinesischen Hersteller. Das Werk in der abgelegenen Provinz ist wirt-  
62 schaftlich kaum rentabel, dafür aber Teil eines Deals mit der chinesischen Regierung. Das Werk  
63 in Urumqi ist der Preis für profitable Werke an der chinesischen Ostküste. Volkswagen befindet  
64 sich damit räumlich in unmittelbarer Nähe zur Verfolgung und Internierung der Uigur\*innen, hat  
65 bis vor kurzem jedoch geleugnet, Kenntnis von einer solchen Politik zu haben. Das hatte beispie-  
66 lweise der VW-Chef Heribert Diess noch im April bei der Shanghaier Automesse behauptet. Der  
67 ehemalige Konzernchef Winterkorn teilte Menschenrechtler\*innen sogar mit, dass er von solchen  
68 Vorwürfen nichts wissen wolle. Dabei sind ein Viertel der Mitarbeiter\*innen im Werk Angehörige  
69 von Minderheiten, ein Achtel sollen Uigur\*innen sein. Dabei die chinesische Politik zu übersehen,  
70 erfordert schon sehr viel Entschlossenheit. Es bleibt die bittere Erkenntnis: Menschen werden in  
71 Lager gesperrt und ein niedersächsischer Konzern verschließt davor die Augen.

72 Doch VW schaut nicht nur weg. Der Konzern ist auch eine Kooperation mit der Bewaffneten Volks-  
73 polizei eingegangen. Diese paramilitärische Organisation ist der maßgeblich durchführende Ak-  
74 teur hinter den willkürlichen Verhaftungen, den Lagern und der Zwangsarbeit. Das Abkommen  
75 sieht laut chinesischen Medienberichten militärisches Training und patriotische Erziehung für  
76 neue Werksmitarbeiter\*innen vor.

77 VW bestreitet lediglich, dass militärisches Training stattgefunden hat. Das Abkommen selbst  
78 nicht. Damit hat sich der Konzern nicht nur unwissend gestellt, sondern die Politik gegen Min-  
79 derheiten in China aktiv unterstützt. Von einem Unternehmen, das sich in seinen Verhaltens-  
80 grundsätzen gegen Menschenrechtsverletzungen stark macht, ist mehr zu erwarten. Von einem

81 Unternehmen, das eine Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit bei VW während des Nationalso-  
82 zialismus unterhält, ganz besonders.

83 VW aber ist kein Unternehmen wie jedes andere auch. VW ist durch das gleichnamige Gesetz  
84 erheblich mit dem Land Niedersachsen verflochten, das 20,2 Prozent der Aktien und damit ei-  
85 ne Sperrminorität im Aufsichtsrat hält. Ministerpräsident Stephan Weil ist qua Amt Mitglied des  
86 VW-Aufsichtsrats. VW ist einer der wenigen Fälle, wo die Politik unmittelbaren Einfluss auf das  
87 wirtschaftliche Agieren eines Großkonzerns nehmen kann.

88 **Deshalb fordern wir die niedersächsische Landesregierung und den Ministerpräsidenten**  
89 **auf, Konsequenzen aus den Enthüllungen der China Cables zu ziehen und die Beteiligung**  
90 **von Volkswagen an der menschenverachtenden chinesischen Politik nicht länger zu dulden!**  
91 **Die Vertuschung muss aufhören, die Beteiligung des Konzerns muss systematisch aufgear-**  
92 **beitet werden und die Kooperation mit der Bewaffneten Volkspolizei beendet werden! Der**  
93 **kulturelle Genozid in China muss gestoppt werden.**

## E12 – Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf!

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wir Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-  
2 desregierung auf, den Beschluss des Koalitionsvertrages mit CDU/CSU sowie die internationalen  
3 Zusagen der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Mittel für Entwicklungszusammenar-  
4 beit (auch: Official Development Assistance – ODA) einzuhalten.

5 Denn obgleich die Fortschritte der menschlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren sehr  
6 groß waren, bleiben immense Herausforderungen bestehen. Noch immer ist für signifikante Teile  
7 der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben mit ausreichend Nahrung, Wasser, Bildung,  
8 Gerechtigkeit und in Demokratie in weiter Ferne. Laut den Vereinten Nationen werden wahr-  
9 scheinlich nur zwei der 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossenen “Ziele für Nachhaltige Ent-  
10 wicklung” bis zum Jahr 2030 erreicht.

11 Der Handlungsbedarf ist also enorm und die Bundesrepublik Deutschland ist als eines der reichs-  
12 ten Länder dieser Erde in der Verantwortung zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes in  
13 der Welt beizutragen. Doch selbst den selbstgesteckten Ansprüchen für Entwicklungszusammen-  
14 arbeit wird die Bundesrepublik nicht gerecht. Zum einen versprach die Bundesrepublik Deutsch-  
15 land bereits vor fast 50 Jahren, innerhalb der folgenden fünf Jahre ihre Mittel für die Entwick-  
16 lungszusammenarbeit auf 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Dieses Ziel wurde bisher  
17 lediglich im Jahr 2016 erreicht – weil bestimmte Ausgaben für Asylsuchende auf die ODA-Quote  
18 angerechnet werden konnten. Mit den folgenden Haushalten sank der Anteil wieder und lag für  
19 2018 bei 0,6% (0,51% ohne Ausgaben für Asylsuchende).

20 Darüber hinaus haben SPD, CDU und CSU in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Mittel für  
21 “Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bun-  
22 deswehr [...] im Verhältnis 1:1 prioritär erhöht werden”. Für die bisherigen Haushalte der großen  
23 Koalition wurde dieses Ziel nicht erreicht. Aufgrund einer veränderten Berechnung verzeichnet  
24 die ODA-Mittel von 2017 nach 2018 einen leichten Rückgang, während die Ausgaben für Verteidi-  
25 gung um 4 Prozent stiegen. Laut Berechnungen des NGO-Dachverbandes VENRO stehen mit dem  
26 Haushalt 2019 einem Wachstum von 12 Prozent im Verteidigungshaushalt gestiegene ODA-Mittel  
27 in Höhe von 6% gegenüber. Die Planung für den Haushalt 2020 lässt eine deutliche geringere  
28 Abweichung vermuten – wobei auch hier der Verteidigungsetat leicht stärker wächst als die Aus-  
29 gaben für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe.

30 Es ist an der Zeit, dass die Bundesrepublik Deutschland endlich ihrer Verantwortung für eine ge-  
31 rechte Welt, der Bekämpfung von Armut und der Linderung extremer Not im Umfang ihrer Leis-  
32 tungsfähigkeit nachkommt und ihre internationalen Verpflichtungen einhält.

33 In der Corona-Krise hat das BMZ schnell mit umfangreichen Programmen zur Bekämpfung der  
34 Pandemie und Milderung der Krise reagiert. Im aktuellen Haushalt sind zu unserer Erleichterung  
35 keine Budgetkürzungen im Bereich der ODA erfolgt. Um international solidarisch aus der Krise zu  
36 kommen, sind allerdings große Kraftanstrengungen zur globalen Impfstoffverteilung notwendig.

<sup>37</sup> Wir fordern daher eine stärkere Förderung des COVAX-Programmes der internationalen Impfl-  
<sup>38</sup> lianz Gavi durch die Bundesrepublik und die EU.

# F – Feminismus

## F1 – Data2x auch in Europa

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Es gibt nicht nur einen großen Gender Pay Gap, sondern auch einen großen Gender Data Gap.  
2 Daten über Frauen werden in verschiedensten Kontexten nicht oder nur unzureichend erhoben.  
3 Von Sicherheit beim Auto über historische Ereignisse bis hin zur Medizin und Stadtplanung.  
4 Diese nicht oder nur teilweise erhobenen Daten und die damit entstehenden Datenlücken beein-  
5 flussen das Leben von FINTA jeden Tag, ob im Alltag oder im Beruf. Sie können sogar so dramatisch  
6 werden, dass sie zum Tod führen können (bspw. im Bereich der Medizin).  
7 Ca 50% der Bevölkerung ist nicht männlich. Wir dürfen diesen Teil nicht datenpolitisch ignorieren  
8 totsichweigen. Wir müssen FINTA in alle Teile der Gesellschaft gleichberechtigt einbinden, auch  
9 bei den Daten.  
10 Deshalb fordern wir:
- 11 • Eine europaweite Initiative wie Data2x in den USA. Diese wurde u.a. von Hillary Clinton ins  
12 Leben gerufen und hat das Ziel, den Gender Data Gap zu schließen.
  - 13 • Bundesweit braucht es auch solche Initiative. Die Bundesregierung muss solche Bestrebun-  
14 gen unterstützen, finanziell, personell und mit Gesetzesinitiativen. Beispielsweise soll es  
15 nicht mehr möglich sein, Medikamente auf den Markt zu bringen, die nicht auch für FINTA  
16 getestet sind. Fördergelder sollen deshalb an die Maßgabe gebunden sein, dass auch Daten  
17 von FINTA erhoben und in die Entwicklung eingebunden sind.
  - 18 • Auch das Land Niedersachsen soll sich an einer solchen Initiative des Bundes orientieren.  
19 Auch hier sollen Fördergelder so verteilt werden, dass es ohne die Einbindung von Daten  
20 über FINTA keine Ausschüttung dieser gibt.
  - 21 • Es soll aktiv darauf hingewirkt werden, dass der Gender Data Gap so schnell wie möglich  
22 geschlossen wird. Durch Anreize, Sanktionen und mehr Investitionen in entsprechende For-  
23 schung soll dies möglich gemacht werden.

## F2 – Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wenn es um die historische Bedeutung von Frauen geht, dann geht es meist um König\*innen. Wel-  
2 che Rolle Frauen aber beispielsweise in Kriegen gespielt haben, welche Bedeutung sie in der Ge-  
3 sellschaft zu unterschiedlichen Zeitpunkten hatten, wird wenig beleuchtet, weder im Geschichts-  
4 unterricht, noch in Museen.

5 Deshalb fordern wir:

- 6 • In Ausstellungen, die geschichtliche Zusammenhänge behandeln, soll die Rolle der Frau be-  
7 leuchtet werden. Es soll dargestellt werden, welche Bedeutung sie in diesem Kontext hatten.  
8 So sollen beispielsweise bedeutende Frauen aus dieser Zeit vorgestellt werden.
- 9 • Bei der Förderung von Museen mit staatlichen Mitteln soll darauf geachtet werden, dass die-  
10 se Richtlinie eingehalten wird.

### **Begründung**

Noch immer bekommt man den Eindruck in Museen, dass Geschichte eine rein männliche Angelegenheit war. Doch Forschungen zeigen, dass das so nicht stimmt. Beispielsweise wurden schon Skelette von Kriegerinnen aus der Wikingerzeit gefunden.

Wir müssen den Fokus darauf richten und zeigen, dass Frauen auch in längst vergangenen Jahrhunderten eine wichtige Rolle gespielt haben.

## **F3 – Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit**

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

### **1 Status ungeklärt?**

2 Single sein - eine Gegebenheit, die in unserer heutigen Gesellschaft immer häufiger vorkommt.  
3 Die Scheidungsrate liegt in Deutschland bei etwa 40% (Quelle: Statistisches Bundesamt) und Sin-  
4 gleplattformen off- wie online gibt es zahllose.

5 Die feministische Betrachtung vom Single sein und Beziehungskonzepten abseits von monoga-  
6 men Zweierbeziehungen fällt aber oftmals hinten runter und ist nicht bzw. nur kaum in der (femi-  
7 nistischen) Debatte vertreten. Frauen spielen für die Politik vor allem als Mütter und Ehefrauen  
8 eine Rolle. Diejenigen, die nicht in dieses Muster fallen, sind vor allem in der Diskussion kaum  
9 sichtbar. Das müssen wir ändern!

### **10 Single?**

11 Single sein in unserer Gesellschaft wird für Frauen ab einem gewissen Alter mit Scheitern ver-  
12 knüpft. Es ist ein Makel, der zum Teil ganz offen thematisiert wird. Frauen werden bemitleidet.  
13 Das Motiv einer erfolgreichen Junggesellin passt bei Frauen nicht. Männer hingegen können auch  
14 in fortgeschrittenem Alter unbehelligt Single sein, ohne dafür von allen schief angeguckt zu wer-  
15 den.

16 Diese Gegebenheit ist nur ein Auswuchs von vielen des Patriarchats, dennoch kein belangloser.  
17 Denn der Druck, der auf Single Frauen ausgeübt wird, sowohl im privaten als auch beruflichen  
18 Kontext, geht uns alle an! Dieser Druck ist äußerst sexistisch und veranschaulicht unsere patriar-  
19 chale Gesellschaft sehr gut: Frauen können nicht allein sein, sie brauchen einen starken Partner  
20 an ihrer Seite. Sie brauchen jemanden, um den sie sich liebevoll kümmern können.

21 Beruflich erfolgreiche Single Frauen werden dabei doppelt benachteiligt. Sie werden nicht als er-  
22 folgreich gefeiert, sondern es wird eher gefragt, ob das jetzt alles sei, wo denn Mann und Kinder  
23 seien und warum sie sich so sehr auf die Karriere konzentrierte, anstatt darauf, eine Familie zu  
24 gründen. Wieder eine zutiefst sexistische Verhaltensweise, die Frauen zu Gebärmaschinen und  
25 Ehefrauen degradiert. Ganz praktisch sichtbar wird dies auch in unserer Sprache. Während eine  
26 Frau, die sich sehr auf ihren Job fokussiert "Karrierefrau" genannt wird, gibt es das Pendant dazu  
27 für einen Mann einfach nicht.

### **28 Sexuelle Freiheit?**

29 Sexuelle Freiheit bedeutet, Sexualität ohne gesellschaftliche Normen und Zwänge ausleben zu  
30 können, soweit anderen dadurch nicht geschadet wird. Auch wenn sich in den vergangenen Jahr-  
31 zehnten schon vieles in eine positive Richtung für Frauen entwickelt hat, gibt es auch im 21. Jahr-  
32 hundert immer noch viele Normen für weibliche Sexualität, sowie einen Abgrund aus Scham und  
33 Beschämung, in den Frauen leicht abrutschen können. Denn über weibliche Sexualität wird nach  
34 wie vor hart geurteilt. Dies gilt auch für Single Frauen. Dabei ist es egal, ob eine Single Frau häufig  
35 wechselnde Sexualpartner\*innen hat, oder keine. Beides wird oft kritisch beäugt. Auch in Bezug  
36 auf Single Frauen sollte für uns gelten, was für alle Menschen gilt: Vorurteilsfreie Anerkennung



37 einer Bandbreite an sexueller Diversität, und zwar unabhängig von unseren persönlichen Vorlie-  
38 ben, Lebensphasen und -entwürfen.

### 39 **Ohne Kinder?**

40 Der Begriff der Kinderlosigkeit ist negativ konnotiert und weist auf einen Makel hin. Auch hier  
41 werden wieder sexistische Stigmen deutlich. Frauen werden ab einem bestimmten Alter, das Au-  
42 ßenstehende als Angemessen deklarieren, um Kinder zu gebären, immer wieder mit Fragen wie  
43 "Und wann planst du (endlich) Kinder zu bekommen?" gelöchert. Und das oftmals nicht nur in ei-  
44 nem privaten Kontext, sondern auch beruflich. Frauen um die 30 müssen sich oft die Fragen der  
45 Familienplanung über sich ergehen lassen. Sei es (illegaler Weise) in Bewerbungen oder anderen  
46 beruflichen Kontexten.

47 Einen besonders krassen Fall stellen dabei Frauen dar, die bewusst kinderlos sind, da diese mit  
48 völligem Unverständnis behandelt werden. Was viele nicht respektieren: Eine Frau zu sein be-  
49 deutet nicht, einen angeborenen Kinderwunsch zu haben. Deutlich wird dies auch oft im Zuge  
50 von angestrebten Sterilisationen. Hier werden Frauen häufig von Ärzt\*innen bevormundet, die  
51 den Frauen ins Gewissen reden und unterstellen, irgendwann würden sie schon Kinder wollen  
52 und diese Entscheidung bereuen.

53 Die Grenzüberschreitungen, die Frauen ohne Kinder immer wieder erfahren müssen, machen  
54 sprachlos. Es wird sich ganz konkret danach erkundigt, wann es denn endlich so weit sei und es  
55 wird darauf hingewiesen, dass man ja auch nicht unendlich viel Zeit hätte. Dieses bloße Abstellen  
56 auf die Gebärfähigkeit von Frauen und ihre Rolle als Mutter ist sexistisch und überholt.

### 57 **Im Alter allein?**

58 Eine weitere Grenzüberschreitung die Single Frauen widerfährt, ist die Frage, ob nicht die Angst  
59 bestehen würde, im Alter allein zu sein. Das Fehlen partner\*innenschaftlicher Beziehungen im Al-  
60 ter wird mit Einsamkeit verknüpft. Dem zugrunde liegt oftmals die irrige Vorstellung, dass Frauen  
61 nur innerhalb einer Partnerschaft mit leiblichen Kindern Glück, Erfüllung grundlegender sozia-  
62 le Bedürfnisse und Liebe erfahren können. Die gesellschaftliche Vorstellung scheint zu sein, dass  
63 schlussendlich auch eine toxische Beziehung besser sei, als im Alter alleine zu sein. Hinzu kommt  
64 die Vorstellung, dass insbesondere eigene Kinder eine "Versicherung" gegenüber Einsamkeit im  
65 Alter darstellen würden.

66 Dabei sollte klar sein, dass Lebensmodelle auch im Alter vielfältig sind. Ob selbst gewähltes sozia-  
67 les Netzwerk, Partner\*innen, Freund\*innen oder anderes - kein Lebensmodell ist dem anderen  
68 überlegen. Partner\*innenlosigkeit und Kinderlosigkeit ist nie - auch im Alter - ein Makel.

69 Klar ist auch, dass Einsamkeit im Alter jede\*n betreffen kann. Hier muss eine gesellschaftliche  
70 Diskursverschiebung stattfinden. Anstatt Frauen durch gesellschaftliche Zwänge in (toxische) Part-  
71 ner\*innenschaften zu drängen, sollten wir uns fragen, wie wir mit möglicher Einsamkeit im Alter  
72 als Gesellschaft umgehen wollen.

### 73 **Und jetzt?**

74 Wir sollten endlich aufhören, unser (veraltetes) Familienbild anderen, vor allem Frauen, aufdrü-  
75 cken zu wollen. Es muss ein Umdenken geben. Single Frauen sind kein Makel.

76 Wir müssen endlich anerkennen, dass Frauen nicht gleichzeitig Mütter sind. Es gibt genug Frauen  
77 die keine Kinder haben wollen, aber auch solche, die keine bekommen können. Es muss ein Um-  
78 denken erreicht werden. Wir müssen anerkennen, dass Frauen ohne Kinder oder Partner\*innen  
79 im Alter weder unglücklich noch unvollständig sind.

## G – Gesundheit und Körperpolitik

### G1 – Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette

**Antragsteller\*innen** Jusus Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusus im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD-Fraktion im Bundestag sich dafür einset-
- 2 zen möge, die Kosten für einen Toilettengang auf maximal 0,50€ zu begrenzen.

#### **Begründung**

Der Gang zur Toilette ist ein Grundbedürfnis und absolut natürlich, sowie nicht verhinderbar. Da zur Erfüllung der menschlichen Notdurft dringen ein Abort besucht werden muss (Erfüllung außerhalb des Aborts in der Öffentlichkeit ist strafbar), sollte dieser Besuch maximal 0,50€ kosten. Dies ist der maximale Preis, welcher an jedem Abort bedingungslos gelten sollte. Eine Diskussion über die angebliche Wirtschaftlichkeit, darf in diesem Punkt nicht zugelassen werden.

## G2 – Stealthing ist Vergewaltigung

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Stealthing bezeichnet die Handlung, wenn einer der Sexualpartner\*innen ohne vorherige Einwil-  
2 ligung seine\*r Partner\*in während des Geschlechtsverkehrs das Kondom entfernt.
- 3 Häufig geschieht Stealthing unbemerkt, sodass Betroffenen erst nach dem Sex auffällt, dass das  
4 Kondom abgezogen wurde. Die Zeit danach ist mit der großen Angst vor Geschlechtskrankheiten  
5 oder einer Schwangerschaft verbunden. Viele Frauen mussten aufgrund des Stealthings bereits  
6 die „Pille danach“ nehmen oder eine Abtreibung durchführen lassen. Die psychische Belastung  
7 von Betroffenen ist sehr groß. Hinzu kommt die Angst, dass zukünftige Sexualpartner\*innen ähn-  
8 lich handeln könnten.
- 9 Sobald Stealthing geschieht, liegt keine Einwilligung mehr für den Sex vor und er ist somit nicht  
10 mehr einvernehmlich.
- 11 Deshalb fordern wir:
- 12 • dass Stealthing in Zukunft als Vergewaltigung geahndet wird. Dies sollte unabhängig davon  
13 sein, ob es zu einer Ejakulation gekommen ist oder nicht

### G3 – Menstruationsprodukte für alle zugänglich machen!

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Für einen sehr großen Teil unserer Gesellschaft sind Menstruationsprodukte ein sehr wichtiger  
2 Bestandteil des täglichen Lebens. Genau aus diesem Grund müssen diese Produkte auch als das  
3 angesehen werden, was sie sind - essenzielle Hygieneartikel. Erst Anfang 2020 wurden Menstrua-  
4 tionsprodukten von der so genannten "Luxussteuer" befreit und sind nur noch mit 7% im Gegen-  
5 satz zu 19% besteuert. Dies war ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber definitiv  
6 noch nicht genug. Denn viele Menstruierenden können sich auch mit geringerer Besteuerung die  
7 Produkte kaum leisten. Speziell für Obdachlose, Familien und Student\*innen mit geringem Ein-  
8 kommen stellt die Anschaffung trotz geringem Steuersatz eine finanzielle Herausforderung dar.

9 In Anbetracht der Gleichstellung der Geschlechter, sowie genereller Gleichberechtigung, sollte  
10 niemand aufgrund einer natürlichen Körperfunktion finanziell belastet werden und jederzeit die  
11 Möglichkeit haben, kostenfrei auf unabdingbare Menstruationsprodukte zurückgreifen zu kön-  
12 nen.

13 Ein öffentlicher Zugang zu Menstruationsprodukten könnte außerdem dazu beitragen, die Mens-  
14 truation zu enttabuisieren und auch dadurch zusätzlich zur Gleichstellung der Geschlechter bei-  
15 tragen.

16 • Wir fordern, dass Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen, Bildungseinrich-  
17 tungen und Verwaltungseinrichtungen kostenfrei den Bürger\*innen zur Verfügung gestellt  
18 werden, um allen Menstruierenden den Zugang zu diesen essenziellen Hygieneartikeln zu  
19 ermöglichen und somit zur Gleichstellung der Geschlechter beizutragen.

## G4 – Hebammenversorgung sichern

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Hebammen und Entbindungspfleger\*innen sind ausgebildete Fachkräfte, die Gebärende wäh-  
2 rend der Schwangerschaft, der Geburt und des Wochenbetts betreuen. Sie sind dabei entschei-  
3 dend für die Sicherheit und Selbstbestimmtheit der Gebärenden - vor allem bei der Geburt. Gleich-  
4 zeitig sichern Hebammen und Entbindungspfleger\*innen die im Sozialgesetzbuch verankerte frei  
5 Wahl der Geburt - sei es Krankenhaus, Geburtshaus oder Zuhause. Auch bei der Vor- und Nach-  
6 sorge übernehmen sie bedeutende Aufgaben.

7 Untersuchungen zeigen, dass eine gute Hebammenbetreuung zu weniger Frühgeburten, weni-  
8 ger medizinischen Eingriffen während der Geburt, zu kürzeren Krankenhausaufenthalten führen  
9 kann.<sup>1</sup>

10 Gleichzeitig sind die Arbeits- und Beschäftigungssituationen für Hebammen und Entbindungs-  
11 pfleger\*innen prekär. Bei fast der Hälfte aller Geburten betreut eine Hebamme bzw. ein\*e Ent-  
12 bindungspfleger\*in zwei Gebärende gleichzeitig. Zu Stoßzeiten oder bei Personalknappheit steht  
13 eine Hebamme bis zu fünf Gebärenden parallel bei. Die Folge ist, dass Hebammen in Deutschland  
14 inzwischen dauerhaft mehr als doppelt so viele Gebärende betreuen wie Hebammen in anderen  
15 europäischen Ländern. Immenser Druck, mögliche medizinische Komplikationen oder Traumata  
16 oder strukturbedingte Gewalt sind dabei sowohl für Gebärende als auch für Hebammen Alltag.  
17 So sind nicht immer Gebärende und Kind im Mittelpunkt der Geburtshilfe, sondern der medizi-  
18 nische Aspekt der Risiken und die Abläufe in den Kliniken und finanzielle Fragen. Dabei ist ins-  
19 besondere für Erstgebärende ist eine intensive Eins-zu-Eins Betreuung enorm wichtig, damit die  
20 Geburt reibungslos verläuft und damit bei Komplikationen schnell eingegriffen werden kann. Die  
21 derzeitige Situation ist somit sowohl für die Gebärenden als auch für die Hebammen und Entbin-  
22 dungspfleger\*innen untragbar. Hinzu kommt, dass Hebammen im Klinikalltag viele fachfremde  
23 Tätigkeiten wie Assistenz Tätigkeiten, Materialbeschaffung und Putzdienste übernehmen müssen.  
24 Dies schränkt in erheblichem Maß die Zeit für die originäre Geburtshilfe und die Betreuung der  
25 Gebärender und ihrer Kinder ein und wird bei 63% der Hebammen als Grund dafür angegeben,  
26 ihre Tätigkeit in der Klinik reduzieren oder sogar aufgeben zu wollen.<sup>2</sup> Diese Situation führt dazu,  
27 dass Schwangere Personen sowohl im ländlichen Raum als auch in Ballungszentren nur schwer  
28 eine Hebamme bzw. ein\*e Entbindungspfleger\*in finden.

29 Wir fordern daher:

- 30 • Die Sicherstellung einer Eins-zu-Eins Betreuung in allen Kliniken und der damit verbunden  
31 Entlastung der Hebammen und Entbindungspfleger\*innen. Neue Hebammenstellen sowie  
32 Stellenaufstockungen in geburtshilflichen Abteilungen sollen dabei aus einem Sonderpro-  
33 gramm refinanziert werden.

---

<sup>1</sup><https://www.hebammenverband.de/beruf-hebamme/was-machen-hebammen/>

<sup>2</sup>Eckpunkte der Stellungnahme zum Geburtshilfe-Stärkungsgesetz: Hebammenverband: [www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx\\_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=fileadmin/user\\_upload/pdf/Stellungnahmen/20200212\\_Eckpunkte\\_Geburtshilfe-Staerkungsgesetz\\_Hebammenverband\\_final.pdf](http://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=fileadmin/user_upload/pdf/Stellungnahmen/20200212_Eckpunkte_Geburtshilfe-Staerkungsgesetz_Hebammenverband_final.pdf)

34 • Die Auflösung der starren hierarchischen Strukturen in Kliniken, um eine gewaltfreie Geburt  
35 und Geburtshilfe zu ermöglichen.

36 • Hebammen in der klinischen Geburtshilfe konsequent von fachfremden Tätigkeiten zu  
37 befreien und in ihren Kernkompetenzen für die direkte Betreuung der Gebärenden und  
38 Neugeborenen einzusetzen. In jeder geburtshilflichen Abteilung sollen zudem Hebammen-  
39 geleitete Kreißsäle geschaffen werden. Ebenso sollen Hebammen deutlich stärker in die Lei-  
40 tung und Organisation der geburtshilflichen Abteilungen eingebunden werden.

41 Auch finanziell ist die Ausübung des Hebammenberufs keineswegs unproblematisch. Dies fängt  
42 bereits in der schlecht vergüteten Ausbildung an. Besonders beispielhaft ist dafür aber auch,  
43 die Problematik der Haftpflichtversicherung. Denn alle von Hebammen und Entbindungspfle-  
44 ger\*innen ausgeführten Behandlungen müssen versichert sein. Durch Nachhaftung, welche noch  
45 30 Jahre nach der Geburt greifen kann, muss der Versicherungsschutz von Entbindungspfle-  
46 ger\*innen und Hebammen dies ebenfalls abdecken. Durch die lange Verjährungsfrist kann es  
47 sein, dass ein solcher Versicherungsfall erst im Rentenalter eintritt. Dadurch entsteht eine unkal-  
48 kulierbare Kostensituation.

49 Für die Versicherungen sind die Kosten, um geburtshilflichen Schäden zu regulieren, in den letz-  
50 ten Jahren drastisch angestiegen. Die entstandenen Kosten werden auf Hebammen und Entbin-  
51 dungspfleger\*innen übertragen. Vor zehn Jahren musste eine freiberufliche Hebamme bzw. ein\*e  
52 freiberufliche\*r Entbindungspfleger\*in in der Geburtshilfe knapp 450 Euro im Jahr für die Versi-  
53 cherung zahlen. Diese Prämie hat sich über die Jahre fast verzehnfacht. Ursache sind dabei aber  
54 nicht vermehrte Schadensfälle, sondern die Schadenshöhe im Einzelfall. Besonders betroffen sind  
55 freiberufliche Hebammen und Entbindungspfleger\*innen. Auch der zuletzt beschlossene Sicher-  
56 stellungszuschlag, ändert an dieser Situation wenig. Hebammen und Entbindungspfleger\*innen  
57 bekommen den Zuschlag nur dann, wenn sie eine Mindestanzahl an geforderten geburtshilflichen  
58 Leistung innerhalb eines festgelegten Zeitraumes erbringen. Alle Hebammen bzw. Entbindungs-  
59 pfleger\*innen haben dabei fest definierte Abzüge von den Gesamtprämien, welche nicht erstattet  
60 werden und nicht durch mehr erbrachte geburtshilfliche Leistungen auszugleichen sind. Hinzu  
61 kommt, dass die Abzüge mit steigenden Haftpflichtkosten prozentual ansteigen. Hebammen bzw.  
62 Entbindungspfleger\*innen, die sehr wenige geburtshilfliche Leistungen mit den Krankenkassen  
63 abrechnen können, bekommen nun überhaupt keinen Ausgleich mehr, da der Anspruch für die-  
64 sen Sicherstellungszuschlag an die Bedingung geknüpft ist, dass mindestens eine geburtshilfliche  
65 Leistung pro Quartal abgerechnet werden kann.

66 Wir fordern daher:

67 • Einen Haftpflicht Fonds, wie vom Deutschen Hebammenverband gefordert.

## G5 – „Homöopathie, beweis doch erstmal, dass du wirkst!“

Antragsteller\*innen Jusos Göttingen

Weiterleitung an

Abstimmungsergebnis  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 20 Millionen von 40 Milliarden Euro Arzneimittelausgaben werden jährlich von den gesetzlichen  
2 Krankenkassen für homöopathische Behandlungen bezahlt. Dieses Geld stammt von der Solidar-  
3 gemeinschaft.

4 Die Wirksamkeit von homöopathischen Behandlungen ist nicht wissenschaftlich erwiesen. Ei-  
5 nige Studien berichten zwar von der Wirksamkeit der Homöopathie, doch sind diese zum Teil  
6 im Studiendesign fraglich<sup>3</sup>. Der wissenschaftliche Konsens ist jedoch, dass die Wirksamkeit von  
7 Homöopathie nicht über den Placeboeffekt hinaus geht<sup>4</sup>. Jedes Medikament muss vor seiner Zu-  
8 lassung langwierige Zulassungsverfahren bestehen, in diesen wird durch multizentrische dop-  
9 pelverblindete randomisierte kontrollierte Studien die Wirksamkeit belegt. Diese Praxis gibt es,  
10 um Patient\*innen zu schützen und um das Geld der Solidargemeinschaft sinnvoll einzusetzen.  
11 Homöopathische Mittel haben ihre Wirksamkeit nie eindeutig in solchen Studien belegt.

12 • Deswegen fordern wir, dass homöopathische Behandlungen nicht mehr von den gesetzli-  
13 chen Krankenkassen bezahlt werden, bis die gleichen Zulassungskriterien, die auch andere  
14 Medikamente erfüllen müssen, erfüllt sind.

15 • Desweiteren fordern wir, dass das so eingesparte Geld in die Versorgung der Patient\*innen  
16 reinvestiert wird.

17 Ein Großteil der Effekte von homöopathischen Behandlungen beruht auf der menschlichen Zu-  
18 wendung, die Patient\*innen durch die Behandler\*innen erfahren und auf der Erwartungshaltung  
19 der Behandler\*innen. Dieser Benefit soll nicht nur finanziell besser gestellten Patient\*innen zu-  
20 teilwerden, sondern allen Menschen. Das reinvestierte Geld soll helfen, Gesprächen und mensch-  
21 licher Zuwendung im medizinischen Sektor wieder einen größeren Stellenwert einzuräumen.

---

<sup>3</sup>Hahn, R. G. (2013). Homeopathy: Meta-Analyses of Pooled Clinical Data. *Complement Med Res* 20, 376–381.

<sup>4</sup>Teixeira, M. Z., Guedes, C. H. F. F., Barreto, P. V. & Martins, M.A. (2010). The placebo effect and homeopathy. *Homeopathy* 99, 119–129.

## G6 – Infektprävention

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Etwa 5% der Bevölkerung stehen Impfungen ablehnend gegenüber. Dabei sind Impfungen die si-  
2 cherste Methode, Krankheitsausbrüche von anderweitig nicht behandelbaren Erkrankungen zu  
3 verhindern und somit die Geimpften und das Umfeld vor diesen Erkrankungen zu schützen. Im-  
4 mungeschwächte und chronisch Kranke können gegen einige Erkrankungen selbst nicht geimpft  
5 werden, sie können deshalb nur durch eine ausreichend hohe Impfquote der umgebenden Be-  
6 völkerung effektiv vor einer Infektion geschützt werden (sog. Herdenimmunität).
- 7 Wir fordern daher eine umfassende öffentliche Aufklärungskampagne sowie verpflichtende Auf-  
8 klärungen der Erziehungsberechtigten über Impfungen bei den U-Untersuchungen. Diese Aufklä-  
9 rung soll gezielt auch das Vorgehen gegen Fehlinformationen und die Folgen von impfpräventiven  
10 Erkrankungen enthalten.
- 11 Wer seinem Kind notwendige medizinische Behandlungen vorenthält, vernachlässigt das Kind  
12 und gefährdet das Wohlergehen des Kindes. Ebenso sollte es sich mit Präventionsmaßnahmen  
13 wie Impfungen verhalten, denn auch sie sind die einzige Behandlung von vielen Infektionskrank-  
14 heiten. Das Unterlassen von empfohlenen Impfungen gefährdet also wissentlich die Gesundheit  
15 und das Leben der Schutzbefohlenen und des persönlichen Umfeldes. Die persönliche Entfal-  
16 tungsrechte der Erziehungsberechtigten enden, wo die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder  
17 gefährdet wird. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Impfpflicht für Minderjährige für alle von  
18 der STIKO (Ständige Impfkommision am Robert-Koch-Institut) empfohlenen Impfungen.

### Begründung

Aktuell liegt die Impfquote (Anteil der Geimpften an der Allgemeinbevölkerung) für die erste Masern-Impfung bei 97% der Schulanfänger\*innen, für die zweite Impfung aber nur bei 93%. Der Großteil der Bevölkerung lässt seine Kinder also impfen, für eine ausreichende „Herdenimmunität“ ist allerdings ein Anteil von mindestens 95% notwendig. 4% der Schulanfänger\*innen sind dementsprechend nicht wegen fehlenden Willens, sondern wegen Versäumnissen nicht ausreichend geschützt.<sup>5</sup> Diese Menschen (sowie ihr Umfeld) könnten mit einer gesetzlichen Pflicht erreicht werden. Außerdem müssen wir – strategisch gedacht – durch die Forderung nach einer Impfpflicht keine große Ablehnung befürchten, weil die Zustimmung zu einer Impfpflicht bei rund 77% liegt.

In der Debatte um mögliche „Impfschäden“ wird meistens eine manipulierte britische Studie von 1998 von Wakefield zitiert.<sup>6</sup> Darin wurde ein Zusammenhang zwischen der MMR-Impfung (Masern, Mumps, Röteln) und der angeblich erhöhten Inzidenz von Autismus-Spektrum-Störungen

---

<sup>5</sup>Robert-Koch-Institut (2019): Impfquoten bei der Schuleingangsuntersuchung in Deutschland 2017.

<sup>6</sup>Wakefield AJ, Murch SH, Anthony A, Linnell J, Casson DM, Malik M, Berelowitz M, Dhillon AP, Thomson MA, Harvey P, et al. (1998): Ileal-lymphoid-nodular hyperplasia, non-specific colitis, and pervasive developmental disorder in children. *Lancet Lond Engl* 351, 637–641



hergestellt. Die Studie wurde mehrfach wiederlegt und unethische Forschungsmethoden des Autors nachgewiesen.<sup>7</sup> In der laufenden Debatte werden vor diesem Hintergrund aber autistische Störungen dämonisiert. Impfgegner\*innen werfen Autismus als „entmenschlichende Geisteserkrankung“ in die Waagschale gegenüber den statistischen Erfolgen von Impfungen. Diese Abwertung von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen, die von Impfgegner\*innen vorgenommen wird, verurteilen wir scharf!

Impfstoffe sind die sichersten Arzneimittel, die auf dem europäischen Markt vorhanden sind. Sie unterliegen weit strengeren Zulassungskriterien als andere Arzneimittel. Auch wenn Impfungen zugelassen sind, werden sie erst nach gründlicher epidemiologischer Prüfung und Abwägung gegenüber nachgewiesenen unerwünschten Wirkungen empfohlen. Für diese aufwändig erarbeitete Empfehlung setzt das Bundesgesundheitsministerium zusammen mit den obersten Landesgesundheitsbehörden die STIKO ein, deren Mitglieder dreijährig neu berufen werden und Expert\*innen auf ihrem jeweiligen Gebiet sind. Dabei wird besonders auf die Unbefangenheit der Kommissionsmitglieder geachtet. Die Zusammensetzung ist stets öffentlich transparent und alle Entscheidungen müssen umfassend wissenschaftlich belegt sein. Daher entspricht eine Impfempfehlung durch die STIKO einer umfassenden wissenschaftlichen Beratung an die politisch Verantwortlichen.

---

<sup>7</sup>Taylor B, Miller E, Farrington CP, Petropoulos MC, Favot-Mayaud I, Li J, Waight PA (1999): Autism and measles, mumps, and rubella vaccine: no epidemiological evidence for a causal association. *Lancet Lond Engl* 353, 2026–2029

## G7 – Ausgespielt – Spielsucht keine Chance geben

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Pathologisches Spielen oder zwanghaftes Spielen, umgangssprachlich auch als Spielsucht be-  
2 zeichnet ist eine Verhaltenssucht die vom zwanghaften Drang, Glücksspiele zu spielen (Spielau-  
3 tomaten Kasinos, Wettbüro, Online), trotz negativer Folgen (Schulden, zerstörte Sozialkontakte,  
4 Jobverlust) gekennzeichnet ist.

5 In Deutschland sind schätzungsweise 500.000 Menschen pathologische bzw. “problematische”  
6 Glücksspieler\*innen (Quelle: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung). Möglicherweise  
7 gibt es aber eine hohe Dunkelziffer: Betroffene werden meist erst dann erfasst, wenn sie Hilfe  
8 suchen. Die Auswirkungen der Spielsucht dabei umso erschreckender. Die Suizidrate ist unter  
9 Spieler\*innen besonders hoch - höher als bei anderen Suchterkrankungen.

10 Eine Möglichkeit für Hilfe sind Suchtberatungsstellen. Dort kann eine Beratung stattfinden und  
11 weitere Maßnahmen getroffen werden. Ein Problem ist jedoch, dass es nur sehr wenige Suchtbe-  
12 ratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund und wenigen Deutschkenntnissen gibt.  
13 Dies muss sich ändern, denn die Nachfrage ist hoch.

14 • Wir fordern einen Ausbau von internationalen und interkulturellen Beratungsstellen mit  
15 Therapeut\*innen und Berater\*innen die auch Menschen, die nicht gut deutsch sprechen,  
16 unterstützen können.

17 Eine Möglichkeit für Betroffene gegen die Spielsucht vorzugehen ist die “Selbst- oder Fremdsper-  
18 re”. Diese Sperre verhindert den Zugang zu allen Glücksspielen, die in den staatlichen Spielbanken  
19 angeboten werden, z.B. Roulette, Glücksspielautomaten, Kartenspiele wie Poker, Black-Jack etc.  
20 Eine Selbstsperre gilt bundesweit und ist unbefristet, läuft aber mindestens ein Jahr. Der Antrag  
21 ist persönlich bei einer Lotto-Annahmestelle, der Rezeption einer Spielbank oder einer Zentrale  
22 der Lottogesellschaften zu stellen. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Angehöri-  
23 ge und andere eine so genannte Fremdsperre beantragen. Zu den Voraussetzungen gehören z.B.  
24 das Vorliegen einer Glücksspielsucht oder Überschuldung mit existenziellen Auswirkungen auf  
25 die Familie. Spielstätte sind in der Pflicht, Spieler\*innen auf eine Sperre hin zu überprüfen. Dies  
26 geschieht jedoch nicht zuverlässig.

27 • Wir fordern, Spielstättenbetreiber\*innen in die Pflicht zu nehmen und bei nicht hinreichen-  
28 der Kontrolle das Recht für Erkrankte ihre Verluste zurückzubekommen.

29 Ob On- oder Offline von Spielsucht Betroffen sind überall im Alltag mit Werbung für Glücksspiele,  
30 Sportwetten, Online-Casinos betroffen. Auch werden so immer neue Personen angesprochen und  
31 können so an einer Glücksspielsucht erkranken. Dies gilt es zu verhindern.

32 In den vergangenen Jahren scheiterte ein gemeinsamer Glücksspielstaatsvertrag der Länder im-  
33 mer wieder an den Egotrips einzelner Bundesländer. So verhinderten zum Beispiel NRW und  
34 Schleswig-Holstein 2017 die endgültige Ratifizierung des zweiten Glücksspieländerungsstaatsver-  
35 trags.

36 • Wir fordern, dass im Bereich Spielsuchtprävention endlich an einem Strang gezogen wird  
37 und Bundesländer ihre finanziellen Interessen an der Glücksspielbranche in den Hinter-  
38 grund stellen. Hierzu gehört auch eine Einigung beim Werbeverbot für Glücksspiel und die  
39 Durchsetzung eines solchen in öffentlich-rechtlichen Medien, im öffentlichen Raum sowie  
40 in allen Medien. Gleiches soll für Apps im Bereich des Online-Glücksspiels einschließlich in  
41 App-Werbung, sowie insgesamt den Bereich der Wettportale gelten.

42 Aktuell gibt es eine Ungleichbehandlung von Illegalen Online-Anbietern (z.B. Online-  
43 Casinospiele) und legalen Lotteriebetrieben (z.B. der Fernsehlotterie). Letztere zahlen Lotterie-  
44 steuer, müssen Abgaben für gemeinnützige Zweck bezahlen und anderes. Illegale Onlineanbieter  
45 zahlen keine vergleichbaren Steuer oder nur die Umsatzsteuer auf den Bruttospielertrag. Die  
46 steuerliche Ungleichbehandlung muss abgeschafft werden.

47 • Deshalb fordern wir im Rennwett- und Lotterieweggesetz einen Steuertatbestand für illegale  
48 Glücksspiele. Die Steuer- und Abgabenlast für Online-Casinospiele und für andere illegale  
49 Glücksspiele wie schwarze Lotterien nicht geringer ausfällt als bei einem vergleichbaren  
50 legalen Angebot.

51 Ein weiteres Problem ist, dass das Angebot illegaler Glücksspiele im Strafgesetzbuch unter Stra-  
52 fe gestellt, jedoch das Online-Angebot von ausländischen Glücksspielanbietern nicht abgedeckt  
53 wird. Hier ist die Rechtslage aufgrund der Weite des Internets kompliziert. Es könnten jedoch Lö-  
54 sungen gefunden werden, z.B. in dem gegen Angebote in deutscher Sprache oder Internetseite,  
55 die auf .de enden, vorgegangen wird.

56 • Wir fordern eine Prüfung und Änderung des Strafgesetzbuches, um auch ein strafrechtliches  
57 Vorgehen gegen illegale Online-Anbieter zu ermöglichen.

58 Wissenschaftlich Forschung zu Glücksspielen und ihrer Prävention ist entscheidend um sinnvolle  
59 neue Gesetze und Präventionsprogramme zu entwickeln. Deshalb ist unerlässlich, dass die Finan-  
60 zierung dieser Forschung gewährleistet ist.

61 • Wir fordern, dass die wissenschaftliche Forschung zu Glücksspiel sichergestellt wird, um  
62 Suchtgefahren zu vermeiden und abzuwehren.

63 Schon früh sind bereits Jugendliche mit Online-Casinos und Glücksspiel konfrontiert. Bekannte  
64 Gesichter, wie beispielsweise Oliver Kahn, machen Werbung für Sportwetten. Prominente und  
65 Influencer\*innen bewerben mobile Games wie Coin Master, welches einen simulierten einarmi-  
66 gen Banditen enthält, bei welchem mit Echtgeld weitere Versuche erkaufte werden können. Auch  
67 finanzielle Involviertheit von bereits in der Glücksspielbranche aktiven Personen war und ist bei  
68 dieser Art von Spiele Apps vorhanden.

69 • Wir fordern daher die Aufklärung über Spielsucht und -behandlung ist in Schulen verpflich-  
70 tend einzuführen und das Angebot von Beratungsgesprächen auszubauen und zu verbes-  
71 sern.

72 • Die Erweiterung des Jugendschutzgesetzes in Bezug auf mobile Games auf die Interaktion  
73 bezüglich exzessiver Nutzung sowie finanzieller Schädigungen von Minderjährigen durch  
74 diese Art von mobile Games.

75 • Die Überprüfung von mobile Games wie Coin Master durch die Bundesprüfstelle für jugend-  
76 gefährdende Medien unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher Forschung zum The-  
77 ma Glücksspiel.

78 Alles in allem stellen wir fest, dass es endlich eine einheitliche Gesetzgebung geben muss, welche  
79 von allen Ländern gleichermaßen durchgesetzt wird. Dabei muss die Prävention im Vordergrund  
80 stehen. Des Weiteren muss auch bei der Behandlung darauf geachtet werden, dass alle Menschen  
81 die gleiche Unterstützung bei der Bekämpfung ihrer Sucht erfahren und ein breit ausgebautes  
82 Netz an Beratungsstellen gewährleistet wird.

## G8 – Blut ist Blut – unabhängig von Geschlecht oder Sexualität“

**Antragsteller\*innen** Jusos Lüneburg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass die Diskriminierung durch
- 2 die Hämotherapie-Richtlinie beendet wird. Sie soll dahingehend geändert werden, dass Spen-
- 3 der\*innen nur auf Grund ihres individuellen Risikoverhalten, nicht aber auf Grund ihres Ge-
- 4 schlechts oder ihrer Sexualität von der Blutspende ausgeschlossen werden können. Hierbei ist
- 5 entscheidend, dass nicht nur eine medizinisch sinnvollere Lösung gefunden wird, sondern auch
- 6 respektvolle und diskriminierungsfreie Formulierungen verwendet werden.

### Begründung

Trotz der gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte gibt es immer noch Bereiche, in denen transgeschlechtliche genauso wie homosexuelle Menschen mittelbar oder unmittelbar diskriminiert werden. Hierzu gehört auch die Blutspende. Gemäß der „Richtlinie zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen sowie zur Anwendung von Blutprodukten“ (Richtlinie Hämotherapie) aus 2017 dürfen Männer, die Sex mit Männern haben (MSM) ihr Blut nicht spenden, falls sie in den letzten 12 Monaten Geschlechtsverkehr hatten. Sofern die betroffenen Menschen nicht abstinent leben, werden sie daher praktisch trotz fehlender Sachgrundlage von der Blutspende ausgeschlossen. Für ein erhöhtes HIV-Risiko ist nämlich nicht die Sexualität entscheidend, sondern das individuelle Sexualverhalten. Eine ganze Bevölkerungsgruppe auf Grund von Stigmatisierung unter Generalverdacht zu stellen, ist eine offene Diskriminierung und sollte gesellschaftlich nicht mehr geduldet werden. Darüber hinaus ist die aktuelle Regelung an einer weiteren Stelle unsinnig: Wieso sollten Menschen erst 12 Monate nach einem „Risikokontakt“ spenden dürfen, obwohl jede Blutspende im Labour getestet wird und das HI-Virus nach sechs bis 12 Wochen sehr zuverlässig nachweisbar ist? Es ist Konsens, dass eine Blutspende sicher für Spender\*innen und Empfänger\*innen sein muss, jedoch basiert die aktuelle Richtlinie nicht auf einer Sachgrundlage, sondern auf Vorurteilen. Dies wird auch deutlich an Formulierungen wie „Transsexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten“, welche Transsexualität direkt mit einem erhöhten HIV-Risiko in Verbindung setzt, wobei doch eigentlich klar sein sollte, dass die persönliche Geschlechtsidentität genauso wenig wie die individuelle Sexualität für oder gegen ein erhöhtes Risiko für eine HIV-Infektion spricht. Auch besteht kein Zusammenhang zwischen einer Transidentität und (risikoreichem) Sexualverhalten, da die Geschlechtsidentität von der Sexualität abzugrenzen ist, so auch in diesem Zusammenhang.

## G9 – Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung

Antragsteller\*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an

Abstimmungsergebnis  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 In Deutschland war fast jede siebte Frau\* schon einmal von sexueller bzw. sexualisierter Gewalt  
2 betroffen. 13% der in Deutschland lebenden Frauen\* haben seit ihrem 16. Lebensjahr strafrecht-  
3 lich relevante Formen sexueller Gewalt erlebt. Dennoch werden nur 5% aller Sexualstraftaten  
4 angezeigt und nur 13 von 100 Anzeigen enden mit einer Verurteilung. Wir leben in einer soge-  
5 nannten „Rape Culture“, also einer Gesellschaft, in der Vergewaltigungen abgewiegelt, toleriert  
6 und totgeschwiegen werden. Viel zu oft werden Betroffene zu Sexualobjekten degradiert oder es  
7 wird ihnen sogar die Verantwortung übertragen (man denke nur an den Satz: „Wer so einen kur-  
8 zen Rock trägt, legt es schließlich darauf an.“). Dieser gesellschaftliche Umgang mit Vergewaltigung  
9 macht es für Betroffene noch schwerer, das ohnehin häufig traumatisierende Erlebnis zu verar-  
10 beiten. Vielen fehlt in der oftmals extrem vulnerablen Anfangsphase die nötige Unterstützung, ein  
11 Gang zur Polizei (der sicher nicht für alle der richtige Weg sein muss!) kostet Kraft, die so einfach  
12 nicht aufgebracht werden kann. Daher braucht es einen Wandel im Umgang mit Betroffenen von  
13 Vergewaltigung, es braucht mehr Hilfsangebote, eine funktionierende Infrastruktur und kompet-  
14 ente Unterstützung.

### 15 **Bessere Ausbildung von Fachpersonal**

16 Vergewaltigte Personen haben oft als erstes Kontakt zu Rechtsmediziner\*innen, Frauen-  
17 ärzt\*Innen oder Polizist\*innen. Leider gibt es viele Berichte von Betroffenen, die diese Begeg-  
18 nungen als erniedrigend, traumatisierend und extrem einschüchternd beschreiben. Fragen, die  
19 gestellt und Untersuchungen, die ohne Erklärung durchgeführt werden, führen dazu, dass sich Be-  
20 troffene noch schlechter oder im schlimmsten Falle sogar mitschuldig am Erlebten fühlen. Daraus  
21 folgt häufig, dass weitere Hilfsangebote nicht wahrgenommen werden aus Angst, wieder verletzt  
22 zu werden. Der unsensible Umgang mit Vergewaltigten durch Fachpersonal ist in erster Linie auf  
23 die marginale Beschäftigung mit dieser Thematik während der Ausbildung in den einzelnen Be-  
24 rufungsgruppen zurückzuführen. Daher fordern wir eine deutlich ausgebaute Implementierung des  
25 Themas Vergewaltigung in der Ausbildung sensibler Berufsgruppen. Dies gilt insbesondere für  
26 Jurist\*innen, Mediziner\*innen und Polizist\*innen.

### 27 **Ausbau der Hilfsangebote**

28 Vor allem in Großstädten gibt es Vereine, die sich auf die längerfristige Betreuung und Beratung  
29 von Betroffenen von Vergewaltigung spezialisieren und eine engmaschige Unterstützung gewähr-  
30 leisten können. So helfen sie unter anderem bei der Vermittlung von Therapieplätzen, bieten  
31 Gruppengespräche an oder begleiten Betroffene beim Gang zur Polizei oder zu Anwäl\*innen.  
32 Diese Art der Unterstützung ist extrem wichtig und für viele durch nichts zu ersetzen. Leider gibt  
33 es solche Angebote in kleineren Städten oder gar auf dem Land so gut wie gar nicht. Das bedeu-  
34 tet, dass vergewaltigte Personen dort entweder einen unter Umständen sehr weiten Weg bis zur  
35 nächsten Beratungsstelle zurücklegen müssen, oder schlichtweg von solchen Unterstützungsan-  
36 geboten abgeschnitten sind. Dieser Zustand ist untragbar! Alle Betroffenen sollten einen Zugang  
37 zu professioneller Unterstützung haben, unabhängig vom Wohnort.

38 Daher fordern wir einen deutlichen flächendeckenden Ausbau von Beratungs- und Hilfestellen  
39 für von Vergewaltigung Betroffene.

#### 40 **Schluss mit „Familiendramen“**

41 Um endlich einen angemessenen Umgang mit Vergewaltigung zu etablieren, müssen wir auch  
42 sensibler in unserer Sprache werden. Wenn Medien von „Familiendrama“ schreiben, wenn ein  
43 Ehemann seine Frau und Kinder jahrelang misshandelt hat, führt das zu einer Verharmlosung des  
44 Themas. Ein Drama findet auf der Bühne statt, eine Vergewaltigung ist real. Ebenso muss Schluss  
45 damit sein, zuallererst die Ankläger\*innen dazu aufzufordern, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen.  
46 Bei der öffentlichen Behandlung von (prominenten) Fällen wird statt einem Interesse an echter  
47 Aufklärung häufig zuerst die Glaubwürdigkeit der Betroffenen in Zweifel gezogen. Betroffene von  
48 Vergewaltigung sind häufig emotional instabil, es ist extrem wichtig für sie, Unterstützung zu er-  
49 fahren. Das letzte, was sie brauchen ist ein Kampf um die eigene Glaubwürdigkeit. Dazu fehlt oft  
50 die Kraft.

51 Daher fordern wir eine Ergänzung des Pressekodex, wonach Vergewaltigungen und andere Ge-  
52 waltverbrechen innerhalb von Familien nicht verharmlost und die Aussagen Betroffener nicht  
53 zuallererst in Zweifel gezogen werden.

## **G10 – Abschaffung der Kostenübernahme homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen**

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern, homöopathische Behandlungen jeglicher Art aus dem Leistungskatalog der gesetzli-  
2 chen Krankenkassen zu streichen. Gesetzliche Krankenkassen werden von Arbeitnehmer\*innen  
3 und -geber\*innen, sowie zusätzlich durch staatliche Steuereinnahmen finanziert, es gilt hier al-  
4 so das Solidarprinzip. Zu einem verantwortlichen und gerechten Umgang mit diesen Geldern  
5 gehört auch, ausschließlich solche Gesundheitsleistungen finanziell zu fördern, denen ein Wir-  
6 kungsnachweis zugrunde liegt. Da dieser für Homöopathika sowie homöopathische Behandlun-  
7 gen jeglicher Art explizit nicht gilt, ist eine Förderung dieser Behandlungen durch den öffentlichen  
8 Gesundheitsfonds nicht zu rechtfertigen.
- 9 Wir fordern daher den für den Leistungskatalog verantwortlichen G-BA (Gemeinsamer Bundes-  
10 ausschuss) auf, homöopathische Leistungen zu streichen. Darüber hinaus fordern wir einen Stopp  
11 für die Neuzulassung von Homöopathika, indem wir die gesetzliche Lage, welche diese von ihrem  
12 Wirksamkeitsnachweis befreit, ablehnen.

### **Begründung**

Homöopathische Arzneimittel sind umstrittene Medikamente, deren Wirkung über einen Placeboeffekt hinaus nicht durch wissenschaftliche Studien belegt werden kann. Ein Placebo ist ein Scheinmedikament, das bei Nutzer\*innen zwar zu einer messbaren Verbesserung physischer oder psychischer Befindlichkeiten führen kann, aber keine pharmakologisch wirksamen Inhaltsstoffe enthält. Jedem Menschen ist es selbstverständlich selbst überlassen, das Angebot homöopathischer Mittel durch private Finanzierung anzunehmen oder nicht, jedoch sollten Behandlungen, deren Wirksamkeit bis heute nicht durch Studien bewiesen werden konnten, auch nicht durch das ohnehin chronisch unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssystem bezahlt werden. Insbesondere im Zuge des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahrzehnten enorme Mehrkosten auf das deutsche Gesundheitssystem im Allgemeinen und damit auch auf die GKVEn zukommen, sodass die Finanzierung von teuren Placebos nicht vertretbar ist. Es muss zuallererst sichergestellt sein, dass jene ärztlichen und medikamentösen Behandlungen durch den Leistungskatalog der GKVEn abgedeckt werden, die auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.



## G11 – Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** SPD-Bezirksparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wir fordern:

- 2 1. Die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur künstlichen Befruchtung durch  
3 die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für medizinisch notwendig erachtet werden.
- 4 2. Den uneingeschränkten Zugang eines gebärfähigen Menschen zu allen Behandlungsschrit-  
5 ten der künstlichen Befruchtung, unabhängig von Beziehungsstatus oder Familienstand.

### Begründung

Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

# I – Inneres und Antifaschismus

## I1 – Containern legalisieren

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD-Fraktion im Bundestag sich dafür ein-
- 2 setzen soll, Containern zu legalisieren. Dazu sollen die Paragraphen 123 (Hausfriedensbruch) und
- 3 242 ff. (Diebstahl) StGB entsprechend angepasst werden.

### **Begründung**

Noch essbare Nahrung zu entsorgen ist sinnfrei. Es wurden nicht nur Ressourcen und Arbeitskraft aufgebracht, um diese Nahrung herzustellen, sondern durch die Produktion auch CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt. Durch diese Gesetzesänderung könnten Geschäfte auch dazu gebracht werden, ihre Produkte zu rabattieren oder an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Auch ein Verkauf an Landwirte und Landwirtinnen als Futtermittel oder als Grundstoff zur Energieerzeugung ist denkbar. In vielen Ländern stellt das Containern keine Straftat dar, wie z.B. in Österreich, der Schweiz, Frankreich und Kanada (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Containern>)

## I2 – Beziehungstat? Femizide!

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 "Familiendrama", "Beziehungstat" oder "Eifersuchtstat". So werden Morde an Frauen in den Medien  
2 oftmals genannt. Diese Begriffe erwecken den Eindruck, dass die Frauen eine Mitschuld an dem  
3 hätten, was mit ihnen passiert. Diese Verharmlosung ist zutiefst sexistisch und spiegelt in keinsten  
4 Weise die Realität wider. Alle drei Tage wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-) Partner  
5 getötet.

6 Die Verharmlosung dieser Taten passiert aber nicht nur in den Medien, sondern auch im sich  
7 anschließenden Verfahren. "Trennungstötungen", wie diese Verbrechen genannt werden, werden  
8 zumeist nicht als Mord gewertet, sondern als Totschlag, da keine niedrigen Beweggründe vorlägen.  
9 Der Bundesgerichtshof hat erst 2019 diese Rechtspraxis zementiert und entschied dazu: "Wenn die  
10 Trennung von dem Tatopfer ausgeht und sich daher der Angeklagte durch die Tat gerade dessen  
11 selbst beraubt, was er eigentlich nicht verlieren will".

12 Durch dieses Urteil manifestiert sich der patriarchale Besitzanspruch. Frauen bekommen damit  
13 eine Mitschuld, weil sie diesen Besitzanspruch verletzt haben. Mit solchen Urteilen wird das Bild  
14 des Mannes als "Eigentümer", "Besitzer" und "Herrscher" über die Frau festgeschrieben. In dieser  
15 Logik eignet sich der Mann den Besitz an der Frau durch den Mord wieder an. Der Mann nimmt  
16 sich nur das, was ihm zusteht.

17 Dabei ist es ganz anders: Es ist der Frauenhass des Mannes, der zum Mord führt, nicht die Ent-  
18 scheidungen der Frau. Deshalb sollten wir diese Taten nennen, was sie sind. Es sind Femizide.  
19 Deshalb fordern wir:

- 20 • Femizide müssen in den polizeilichen Statistiken als Hassverbrechen erfasst werden
- 21 • Trennungstötungen müssen als Femizide gewertet werden
- 22 • Femizide müssen als solche benannt werden
- 23 • Femizide müssen in der juristischen Praxis als solche anerkannt werden, daher muss dieser  
24 Tatbestand in die juristische Ausbildung aufgenommen werden und Richter\*innen müssen  
25 zu diesem Thema geschult werden

### I3 – Hufeisen im Reitstall lassen

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Im Zuge verschiedener aktueller Ereignisse, beispielsweise nach dem Anschlag von Hanau, bei  
2 denen rechtsextreme Taten verübt wurden, geschieht ein wiederkehrendes Muster. Anstatt die-  
3 se rechten Taten zu verurteilen und nach Ursachen und Lösungen für das Problem zu suchen,  
4 werden Debatten aufgemacht, die nach dem Motto "Jeder Extremist ist Mist" am eigentlichen The-  
5 ma vorbeigehen. Dabei werden in diesen Diskussionen links- und rechtsextremes Gedankengut  
6 gleichgesetzt. Über nahezu alle Parteien hinweg schaffen Politiker\*innen es nicht, diese Gewalt-  
7 taten zu verurteilen, ohne gleichzeitig auch auf "die Gefahr von Links" hinzuweisen.

8 Ein grober Irrtum. Wie schon das Känguru richtig erkannt hat: „Es gibt einen Unterschied. Die  
9 einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos anzünden ist schlimmer. Denn es hät-  
10 te mein Auto sein können. Ausländer besitze ich keine.“ [1]. Was das Känguru beziehungswei-  
11 se Marc-Uwe Kling hier polemisch ausdrückt ist, dass es einen Unterschied zwischen Links- und  
12 Rechtsextremismus gibt, der sich ideologisch manifestiert. Diese Unterscheidung wird von Vertre-  
13 ter\*innen der sogenannten Extremismustheorie, auch Hufeisentheorie genannt, verleugnet.

14 Weit verbreitet unter Verfechter\*innen der Extremismustheorie ist die Annahme, beide "Ränder"  
15 stellen gleichermaßen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Es sind jedoch im Gegenteil oft  
16 gerade diese als "linksextremistisch" abgestempelten Gruppen und Initiativen, die die Werte un-  
17 serer Demokratie und des Grundgesetzes schützen. Sie treten ein für Menschenwürde, Gleichbe-  
18 rechtigung und gegen jegliche Diskriminierung. Sie retten Menschenleben auf dem Mittelmeer,  
19 unterstützen Geflüchtete vor Ort und stellen sich Nazis auf der Straße entgegen. Vielen linken Be-  
20 wegungen geht es zudem sogar um mehr demokratische Mitbestimmung, wohingegen das Ziel  
21 von Rechtsextremist\*innen die Zerstörung derselben ist [2].

22 Doch nicht nur die verharmlosende Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus ist pro-  
23 blematisch an dieser Theorie. Denn Teil dieser Darstellung sind nicht nur die "extremistischen  
24 Ränder", sondern auch eine sogenannte "gemäßigte Mitte". Was jedoch eine Partei oder politische  
25 Strömung zum Teil der "Mitte" macht, bleibt dabei relativ unkonkret. Es ist deshalb kein Zufall,  
26 dass sich rechte bis faschistische Parteien selbst zur bürgerlichen Mitte erklären und damit eine  
27 Verschiebung des ganzen politischen Diskurses bewirken. Zudem ignoriert die Theorie komplett  
28 die rassistischen und antisemitischen Tendenzen, die auch in der sogenannten "bürgerlichen Mit-  
29 te" Anschluss finden [3]. Auch hier findet wieder eine Verharmlosung statt, menschenfeindliche  
30 Einstellungen werden ignoriert.

31 Mittlerweile ist die Extremismustheorie auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung stark kri-  
32 tisiert und widerlegt worden. Dabei wird vor allem der Fokus auf die Vereinfachung und Eindim-  
33 ensionalität der Theorie gelegt. So betont Prof. Dr. Stöss, Politikprofessor an der FU Berlin, dass  
34 sich die politische Realität wie im Extremismus Konzept nicht auf einer einzigen Achse (Rechts -  
35 Mitte - Links) abbilden lasse und für die wissenschaftliche Analyse viel zu unterkomplex sei.

36 Auch Prof. Dr. Salzborn, ebenfalls Politologe, lehnt die Extremismustheorie ab [4]. Sie verharmlose  
37 den Rechtsextremismus. Eine dynamische, komplexere Theorie sei notwendig, um die Dimensio-  
38 nen richtig darstellen zu können.

39 Viele Expert\*innen halten die derzeit gängige Extremismustheorie für unterkomplex und falsch,  
40 trotzdem argumentieren Jusos und vor allem Parteistrukturen trotzdem noch immer mit ihr. Sie  
41 veröffentlichen Stellungnahmen, die diese unterstützen und handeln zum Teil aufgrund der Ana-  
42 lysen dieser. Das muss endlich aufhören. Wir müssen endlich in der kompletten Partei mit all  
43 ihren Gliederungen am Puls der Wissenschaft ankommen und die Extremismustheorie ableh-  
44 nen.

45 Deshalb fordern wir:

- 46 • die Jusos und die SPD müssen sich von der Extremismustheorie distanzieren
- 47 • keine öffentlichen Stellungnahmen, wie zum Beispiel Pressemitteilungen, die sich dieser  
48 Theorie bedienen
- 49 • klare Statements gegen Rechts, ohne die Einbeziehung von "Linksextremismus", besonders  
50 wenn dieser mit dem aktuellen Vorfall nichts zu tun hat
- 51 • die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die Extremismustheorie aus der politischen Analy-  
52 se verdrängt wird und durch aktuelle wissenschaftliche Theorien ersetzt wird. Dazu gehört  
53 auch das Einsetzen für mehr Forschungsmittel.
- 54 • bei Vorfällen, bei denen sich andere Parteien der Extremismustheorie bedienen, soll die SPD  
55 auf die Mängel dieser hinweisen

## I4 – Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus!

Antragsteller\*innen      Jusos Göttingen

Weiterleitung an

Abstimmungsergebnis     Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an:

---

1 Antisemitismus ist nicht erst seit dem Anschlag in Halle ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Es  
2 reicht nicht, nur im Zuge solcher Gräueltaten über das Vorgehen gegen Antisemitismus zu spre-  
3 chen. Wir müssen endlich handeln und uns diesem großen Problem stellen.

4 Deshalb fordern wir:

- 5     • Um Antisemitismus, auch wirksam, bekämpfen zu können, muss die Wurzel dieses Gedan-  
6 kenguts erfasst werden. Deshalb muss es ein Umdenken in den in Deutschland vermittel-  
7 ten Geschichtsbildern geben. Beispielsweise das verklärte Bild des christlichen Abendlandes  
8 muss zurechtgerückt werden. Mit ihr geht die allumfassende Verurteilung des Judentums  
9 einher. Ein Umdenken dieses Geschichtsbildes muss Einzug in die Bildung erhalten. Nicht  
10 nur in Schulen, sondern durch in Medien wie dem Fernsehen und dem Internet muss dieser  
11 Wandel verstärkt in den Fokus genommen werden.
- 12     • Mit Hinblick auf den Geschichtsunterricht und die Behandlung der Shoa muss der  
13 Jüd\*innenhass stärker in den Fokus rücken. Es muss betont werden, dass Jüd\*innen nicht  
14 erst zwischen 1933 und 1945 Opfer eines rassistischen und fanatischen Gewalt Regimes wur-  
15 den. Es muss erklärt werden, warum es so weit kommen konnte. Nur so wird fassbar, dass  
16 Jüd\*innen nicht als Jüd\*innen verantwortlich für Feindschaft und Ressentiments waren, son-  
17 dern ein komplexer historischer Prozess dahinterstand.
- 18     • Es muss endlich ein Ende der Floskelkultur geben. Statt nur Sonntagsreden zu halten, muss  
19 endlich gehandelt werden. Es darf keine Toleranz gegenüber allen Manifestationen von  
20 Jüd\*innenfeindschaft geben. Dazu gehört auch die Benennung von muslimisch- antisemiti-  
21 schen Antisemitismus, der bisher in unserer Gesellschaft kaum thematisiert wird. Aber auch  
22 die obsessive und surreale Hass- und Feindbildrhetorik von Linken im israelbezogenen An-  
23 tisemitismus muss kritisiert und thematisiert werden. Um Jüd\*innenhass effektiv begegnen  
24 zu können, muss der vorherrschende anti-israelische Antisemitismus in den Fokus genom-  
25 men und bekämpft werden. Doppelstandards in Bezug auf die Verurteilung von Antisemi-  
26 tismus müssen beendet werden. Diese sind einer der Gründe, warum es bisher keine flä-  
27 chendeckenden Maßnahmen gibt. Um Jüd\*innenhass effektiv zu bekämpfen, muss rechter,  
28 linker sowie muslimischer Antisemitismus gleichbehandelt werden.
- 29     • Um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen, sind Antisemitismus-Beauftragte notwendig,  
30 nicht nur auf den Länderebenen, sondern auch im Bund. Ein\*e ständige\*r hauptamtlicher  
31 Beauftragte\*r auf Bundesebene und in jedem Land sind deshalb unerlässlich. Diese Perso-  
32 nen brauchen außerdem eine adäquate Ausstattung mit Ressourcen. Sowohl Handlungsbe-  
33 fugnisse, finanzielle Mittel und Mitarbeiter\*innen gehören dazu. Bei der Besetzung dieser  
34 Stellen ist unbedingt darauf zu achten, dass Personen mit jüdischem Hintergrund eingestellt  
35 werden.
- 36     • Jüd\*innenhass muss international bekämpft werden. Führende Politiker\*innen, die den jü-  
37 dischen Staat als "Kolonial- und Unrechtsstaat" bezeichnen, oder EU Parlamentarier\*innen,

38 die applaudieren, wenn im Parlament bekannte judeophobe Stereotype artikuliert wer-  
39 den, müssen mit aller Entschlossenheit darauf aufmerksam gemacht werden, dass dieses  
40 Verhalten nicht geduldet wird. Es reicht nicht, wenn Neonazis, Islamist\*innen und BDS-  
41 Aktivist\*innen kritisiert werden. Wir müssen auch einen Blick auf die Bühne der internatio-  
42 nalen Politik werden und auch dort eingreifen. Wer aus diplomatischer Zurückhaltung und  
43 realpolitischen Überlegungen heraus schweigt, trägt passiv zur Erstarkung und Tolerierung  
44 von Jüd\*innenhass bei. Wir fordern deshalb die Bundes- und Landesregierung dazu auf, sich  
45 aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus, auch auf politischer Ebene, zu engagieren und  
46 diesem Verhalten Einhalt zu gebieten.

- 47 • Es muss eine konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straf-  
48 taten geben, nur so kann effektiv gegen Antisemitismus vorgegangen werden.
- 49 • Auch die Antisemitismusforschung muss ausgebaut und besser finanziert werden. Deshalb  
50 sind langfristig angelegte Forschungsförderungen wichtig, um die Hintergründe und Mecha-  
51 nismen von Antisemitismus zu untersuchen und zu analysieren.
- 52 • Im Hinblick auf die Prävention von Antisemitismus ist ebenfalls eine dauerhafte Förderung  
53 notwendig

## 15 – Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Die sogenannte Identitäre Bewegung (im Folgenden IB oder „Identitäre“) ist eine stramm rechte,  
2 gut vernetzte und gefährliche Organisation, die in vielen europäischen Staaten agiert und seit  
3 Mitte der 2010er Jahre auch in Deutschland zunehmend Präsenz zeigt. Als vermeintlich „junge  
4 Patriot\*innen“, „Verteidiger\*innen Europas“ und Anhänger\*innen einer Ideologie, die sie als Eth-  
5 nopluralismus bezeichnen, tritt die IB – vor allem im Internet – in Erscheinung. Im Folgenden soll  
6 es darum gehen, dieses Phänomen als Teil der Neuen Rechten einordnen zu können und auf-  
7 zuzeigen, warum es sich bei dieser Gruppe um alles andere als eine ungefährliche Bewegung  
8 handelt.

### 9 **Womit haben wir es zu tun?**

10 „Identitäre“ wissen um die Wirkmacht des Internets auf junge Menschen. Nicht zuletzt deshalb  
11 sind weniger die öffentlichen Auftritte mobilisierend, sondern die mediale Vermarktung hinter-  
12 her. So geschehen im Kommunalwahlkampf in Hamburg 2020. Gemeinsam mit einem Bruder im  
13 Geiste drangen Identitäre mit einer Fahne in das Ernst-Thälmann-Museum ein, um kurz darauf  
14 von den Verantwortlichen verwiesen zu werden und zu verschwinden. Im Internet dagegen: Stol-  
15 zes Posieren im Museum, die Fahne hochhaltend und einen konfusen Duktus aus der Querfront-  
16 Richtung in den Beitrag schreibend. Die Reichweite entfaltet sich weniger durch das Auftreten an  
17 realen Orten, sondern vielmehr in der digitalen Sphäre – was die IB auch so gefährlich macht.  
18 Dennoch ist auch die Präsenz vor Ort nicht zu vernachlässigen: Aktive Ortsgruppen wie in Göttin-  
19 gen und einigen weiteren Studierendenstädten treten in den letzten Monaten wieder häufiger in  
20 Erscheinung. Sie beflyern Cafeterien, Studierendenwohnheime und Wohngebiete.

21 Die Ideologie der IB ist perfide, denn sie verpackt alte Terminologie in Neue: Aus „Ausländer Raus!“  
22 wird „Erhalt der christlichen Tradition in Europa“, aus Rassismus wird „Ethnopluralismus“. Ganz im  
23 Geiste der Vordenker der Neuen Rechten distanzieren sich die meisten Kamerad\*innen öffentlich  
24 vom Nationalsozialismus – verpacken aber zentrale ideologische Bestandteile mit neuen Begriffen  
25 in ihre Art zu denken: Alter Wein in neuen Schläuchen! Der Rechtsextremismusforscher Samuel  
26 Salzborn hat diese Ambitionen treffend zusammengefasst: „Das Ziel des (neu)rechten Kampfes  
27 um kulturelle Hegemonie ist, die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen und die politische Kultur  
28 der Bundesrepublik auf diese Weise schleichend nach rechts zu verschieben.“<sup>8</sup> Die IB nimmt in  
29 dieser Struktur einen aktionistischen Part ein.

30 Auch, wenn die IB bislang nicht aktiv an Wahlen partizipiert, sind die natürlichen Partner\*innen  
31 die Rechtspopulist\*innen und rechtsradikalen Parteien in Europa. In Österreich, dem Hotspot der  
32 IB, sind enge inhaltliche wie personelle Verflechtungen mit der rechten FPÖ längst offengelegt.  
33 Und in Deutschland gilt zwischen IB und AfD zwar ein Unvereinbarkeitsbeschluss, allerdings ist  
34 dieser unlängst verwässert und wiederholt ignoriert worden. In Halle (Saale) gab es bis vor Kurzem  
35 in einem Gebäude, der nun ehemaligen Deutschlandzentrale der IB, mehrere Abgeordnetenbüros  
36 der AfD. In vielen (teil-)öffentlichen Veranstaltungen treten Funktionär\*innen der rechtsradikalen

---

<sup>8</sup>Salzborn, S. (2018). Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda. In Wis-  
sen Schafft Demokratie 03/2018 (S. 159-167).



37 Partei gemeinsam mit sog. „Identitären“ auf oder beziehen sich in Wortbeiträgen wohlwollend  
38 aufeinander. Identitäre arbeiten für AfD-Abgeordnete und sind selbst Mitglieder der Partei.

### 39 **Was heißt das für uns als Antifaschist\*innen?**

40 Die Folge für uns scheint zunächst klar: Keinen Fußbreit den sogenannten „Identitären“. Doch wie  
41 wirkt sich das auf unsere Arbeit vor Ort aus? Neben klaren Abgrenzungen und einem wachen Au-  
42 ge müssen wir den rechten Aktivitäten aktiv entgegenzutreten: Auf Gegendemonstrationen, beim  
43 täglichen Gang über den Campus, dem Einkauf in der Innenstadt oder auf dem Wochenmarkt am  
44 Dorfplatz. Wo auch immer die IB ihre krude und rassistische Weltanschauung verbreitet, muss  
45 klargemacht werden, dass kein Platz in unserer Gesellschaft eingeräumt bleiben darf. Die Diskurs-  
46 verschiebung nach rechts hat dieser Ideologie bereits viel zu viel Raum zur Entfaltung gegeben.  
47 Als Antifaschist\*innen ist es hier zentral, diesem Trend Einhalt zu gebieten!

48 Politisch müssen wir uns dessen klar sein, dass die Verflechtungen zur AfD und dem vom Ver-  
49 fassungsschutz beobachteten „Flügel“ groß sind. Auch müssen uns die engen Verflechtungen zu  
50 weiteren Akteur\*innen der Neuen Rechten, seien es der Verleger Götz Kubitschek mit seiner rech-  
51 ten Kaderschmiede in Schnellroda oder der Verein Ein Prozent, der sich um Mobilisierung und  
52 Finanzierung von Aktionen bemüht, allen klar sein.<sup>9</sup> Es reicht nicht mehr, Akteur\*innen aus dem  
53 rechten Spektrum isoliert zu betrachten. Für uns kann daher die Antwort nur lauten: Der AfD,  
54 der IB und damit dem Netzwerk der Neuen Rechten kein Podium mehr auf Diskussionsabenden,  
55 Wahlkampfaktionen oder ähnlichem geben. Dem Trugschluss, Funktionär\*innen argumentativ  
56 im öffentlichen Raum schlagen zu können, wenn diese doch mit unlauteren Mitteln, Lügen und  
57 weiteren Agitationstechniken manipulieren, muss Einhalt geboten werden!

58 Die Strategien der IB im digitalen Raum orientieren sich stark an denen der sogenannten Internet-  
59 Trolle. Online-Kommentare von Anhänger\*innen der IB, die unter Youtube-Videos und Facebook-  
60 Kommentarspalten gezielt Stimmung für oder gegen etwas machen, sind noch lange nicht ge-  
61 samtgesellschaftlich relevant. Vor allem das „Umweltsau“-Beispiel und die desaströse Reaktion  
62 des WDR-Intendanten Tom Buhrow haben gezeigt, wie die Online-Strategie der IB funktioniert –  
63 und wie man nicht darauf reagieren sollte. Die Kurzform: Ein Haufen Kommentare unter einem  
64 Beitrag sind noch lange kein Shitstorm, wie der Kolumnist und Youtuber Rezo es feststellt.<sup>10</sup> Solche  
65 Online-Aktionen, die von IB-Aktivist\*innen in internen Kanälen geplant und ausgeführt werden,  
66 sollten schlichtweg als Kommentarhaufen und nicht direkt als gesellschaftlicher Aufschrei wahr-  
67 genommen werden.

68 Viele Menschen kennen die Hintergründe und die Vorgehensweise der sogenannten Identitären  
69 nicht. Unsere ständige Aufgabe wird es sein, die rechten neonazistischen Kamerad\*innen als sol-  
70 che zu entlarven und ihren Rassismus sowie ihre perfiden Methoden klar zu benennen und zu  
71 kritisieren.

---

<sup>9</sup>Vgl. Fuchs, C. & Middelhoff, P. (2019). Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Rowohlt Polaris.

<sup>10</sup>Rezo (03.01.2020). Die Umweltsau im Twitter-Dorf. Eine Kolumne von Rezo. ZEIT-ONLINE. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/kultur/2020-01/wdr-oma-umweltsau-lied-social-media-youtube-twitter>

## I6 – Name it: Es ist Rassismus!

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Nach Anschlägen wie in Hanau wird in den Medien schnell von Fremdenfeindlichkeit geredet.
- 2 Dieser Begriff verschleiern aber das wahre Problem und suggeriert Dinge, die so nicht stimmen.
- 3 Täter\*innen wie dem in Hanau geht es nicht darum, ob die Opfer einen deutschen Pass haben
- 4 oder nicht. Es geht Ihnen darum, dass die Personen eine andere Hautfarbe haben oder einer an-
- 5 deren Religion angehören. Man sollte diesen Rassismus auch so nennen. Man sollte sagen, dass
- 6 es Rassismus oder ggf. Antisemitismus ist.
- 7 Der Begriff Fremdenfeindlichkeit suggeriert außerdem, dass es sich bei den Opfern um Fremde
- 8 handelt. Das ist keineswegs der Fall. Es handelt sich eigentlich immer um Menschen, die wir ken-
- 9 nen, die in Deutschland leben, hier arbeiten. Es sind Nachbar\*innen, Kolleg\*innen, Freund\*innen,
- 10 keine Fremden! Sie sind Teil unserer Gesellschaft, unserer Leben.
- 11 Wir sollten diese Taten endlich richtig benennen: es sind rassistische Taten. Und dagegen müssen
- 12 wir als Gesellschaft vorgehen. Rassismus hat keinen Platz bei uns.

## 17 – Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Im Zuge von Terrorermittlungen gegen Bundeswehrsoldat\*innen im Jahr 2017 wurde das so-  
2 genannte rechtsradikale "Hannibal"-Netzwerk entdeckt, welches Ende 2018 durch Medienberichte  
3 bekannt wurde. Das "Hannibal"-Netzwerk stellt dabei einen Zusammenschluss von aktiven und  
4 ehemaligen (Elite)-Soldat\*innen, Polizist\*innen und Mitarbeiter\*innen des Verfassungsschutzes,  
5 welche sich als "Prepper" verstehen und sich in auf einen sogenannten "Tag X" vorbereiten, an wel-  
6 chem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen würde. Dafür wurden öffentliche Feindeslisten  
7 von politischen Gegner\*innen erstellt, Waffen und Munition in großem Maße besorgt, Leichensä-  
8 cke und Ätzkalk bestellt. Laut Chatprotokollen, Bestelllisten und Eigenaussagen einiger Prepper  
9 wollten sie einen bewaffneten Umsturz und Massentötungen politischer Gegner vorbereiten.

10 Hauptagitatoren des Netzwerks waren zum einen der ehemalige KSK-Soldat André S. alias „Han-  
11 nibal“, welcher den Verein Uniter e.V gründete und zum anderen der Bundeswehroffizier Franco  
12 A. Franco. A, der bereits in seiner Masterarbeit rassistische, antisemitische und rechtsradikale An-  
13 sichten vertrat und trotz dessen in der Bundeswehr aufgenommen wurde, legte sich dabei eine  
14 falsche Identität als syrischer Geflüchteter vor und plante Terroranschläge in Berlin und weiteren  
15 Orten. In dem von S. gegründeten Verein und den Chatgruppen, die unter dem Sammelbegriff  
16 "Nordkreuz" bekannt wurden, organisierten sich die Prepper. Im Hannibal-Netzwerk waren auch  
17 weitere Gruppen unter dem Namen Westkreuz und Südkreuz vernetzt. Es ist davon auszugehen,  
18 dass weitere Netzwerke in die AfD, vor allem zu Björn (Bernd?!) Höcke und seinem Flügel, zum  
19 rechtsradikalen "Thule-Seminar", zu den Identitären und zum sogenannten "Institut für Staatsfor-  
20 schung" bestanden. Auch der Verfassungsschutz soll bereits Ende 2016 Kenntnis von den Rechten  
21 Strukturen bzw. dem "Nordkreuz" gehabt haben.

22 Das Bekanntwerden des Hannibal-Netzwerks zeigt, wie weit Rechtsradikale schon mit den Sicher-  
23 heitsbehörden wie Polizei und Bundeswehr vernetzt sind. Die bekanntesten Agitatoren des Netz-  
24 werks wie André S. und Franco A. waren fast alle Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden, ein Teil  
25 der Prepper nutze die Berufliche Stellung dazu Munition und Waffen zu entwenden und zu hor-  
26 ten. Hinzu kommt, dass die Mitglieder des Netzwerks über die durchgeführten Razzien im Vorfeld  
27 durch Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes informiert wurden und so große Teile des  
28 Beweismaterials weggeschafft wurde.

29 Die Folgen, die durch die Entdeckung des Netzwerks entstanden, waren bzw. sind dabei gering. Es  
30 folgte wenig gesellschaftlicher Diskurs und die auf den Todeslisten benannten Personen wurden  
31 teilweise erst mit einer Verzögerung von fast 2 Jahren informiert und blieben so unwissend und  
32 ungeschützt.

33 Der sogenannte "NSU 2.0" ist nur ein weiteres Beispiel für rechtsradikale Netzwerke, Strukturen  
34 und/oder womöglich Gewaltbereiten im öffentlichen Dienst. Aufgetauchte Schreiben mit der Un-  
35 terschrift "NSU 2.0" konnten mit der Polizei Hessens in Verbindung gebracht werden. Im August  
36 2018 erhielt Seda Basay-Yildiz, eine Rechtsanwältin, die die Angehörigen eins Opfers des NSU ver-  
37 tritt, ein solches Drohschreiben. Das zeigt uns, dass trotz bekanntwerden der oben erwähnten  
38 Netzwerke, die Dunkelziffer groß bleibt und die Aufklärungen und Vorfälle nicht mit der Energie  
39 verfolgt werden (wollen), wie sie angemessen wäre.

40 Wir fordern daher:

- 41 • Eine lückenlose Aufklärung dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen inner-  
42 halb der Bundeswehr und Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und allen Mitgliedern  
43 aus der Zivilgesellschaft durch einen Untersuchungsausschuss im Bund sowie in den Land-  
44 tagen der betroffenen Bundesländer mit entsprechenden Konsequenzen.
- 45 • Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle des Militärischen Abschirmdienstes sowie des  
46 Verfassungsschutzes und etwaigen Verbindungen zum Hannibal Netzwerk.
- 47 • Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk aktiven Personen aus den Sicherheitsbehör-  
48 den.
- 49 • Präventivmaßnahmen in Form von verstärkten Schulungen und Gesprächen für die Bundes-  
50 wehr, die Polizei und weitere Dienste, unabhängig vom Rang, in Bezug auf den Nationalsozia-  
51 lismus, Rechte Strukturen und Pflichten und Rechte gegenüber oben genannten Straftaten.  
52 Wir verlangen ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus von allen in den Sicherheitsbe-  
53 hörden aktiven Personen.
- 54 • Das umfassende und sofortige Informieren der auf den "Feindeslisten" genannten Personen  
55 und die nötige Unterstützung dieser.

56 Der Fall des Patrick J. zeigt weiterhin, dass Teile der Bundeswehr und des militärischen Abschirm-  
57 dienstes kein Interesse an Aufklärung und Arbeit gegen Rechte Netzwerke und Strukturen haben.  
58 Der Soldat wies auf eine Vielzahl rechtsextremer Vorfälle, Fotos und Aktionen hin und wurde da-  
59 für mit einer fadenscheinigen Begründung aus dem Dienst entlassen, nicht die Beschuldigten. Wir  
60 verurteilen ein solches Verhalten aufs schärfste. Er schickte dem militärischen Abschirmdienst  
61 ein Dossier mit den gesammelten Informationen aus Chatgruppen u.ä., nur sehr vereinzelt wur-  
62 de den von J. erhobenen Vorwürfen nachgegangen. So schrieb ein Hauptgefreiter, dass er „gegen  
63 die komplette Selbstaufgabe der weißen Nationen“ kämpfe. oder ein Oberstabsgefreiten, der – ei-  
64 nem Reichsbürger gleich – schrieb, sie alle seien nur „dumme Arbeiter, die einer großen GmbH  
65 angehören“. Statt weiteren Hinweisen nachzugehen, wies in vielen Fällen, bevor er sich an den  
66 Abschirmdienst wandte, das Personalamt der Bundeswehr viele Hinweise von J. als völlig über-  
67 trieben und haltlos zurück und zog stattdessen seine Eignung als Soldat in Zweifel.

68 Wir fordern daher:

- 69 • Solidarität mit Whistleblowern und Schutz der Person, die auf Massive Missstände, trotz der  
70 Gefahr für ihre Person, hinweist.
- 71 • Das konsequente Verfolgen, Aufklären und ziehen von Konsequenzen in solchen Fällen und  
72 Kritik am Gedanken der\*s "Nestbeschmutzer\*in" und der Bundeswehr oder anderen "Einhei-  
73 ten", wie der Polizei, als "Schicksalsgemeinschaft".

## **I8 – „Catcalling“ strafbar machen!**

**Antragsteller\*innen** Jusos Hameln-Pyrmont

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern, dass „Catcalling“, also verbale sexuelle Belästigung, einen eigenen strafrechtlichen
- 2 Tatbestand bekommt.

### **Begründung**

Laut einer Studie wurden bereits mehr als 2/3 aller Frauen verbal sexuell belästigt. Dies fängt mit einem Anpfeifen an und hört mit objektifizierenden und beleidigenden Aufforderungen zum Geschlechtsverkehr auf. Das im Jahr 2021 damit Schluss sein sollte, ist Konsens und trotzdem kommen die Täter oftmals unbestraft davon, was zu großem Teil auch am Fehlen eines Tatbestandes liegt. So stellen alle Straftatbestände zum Thema sexuelle Belästigung im Strafgesetzbuch auf ein Anfassen ab, allerdings beginnt sexuelle Belästigung nicht erst bei einer Hand auf dem Bein, sondern schon bei eben diesen Aufforderungen oder Bemerkungen. Weiter denken wir, dass ein solcher Tatbestand eine präventive Wirkung hätte, da Täter dadurch wüssten, dass sie sich nicht mehr in einem rechtlichen Graubereich bewegen, sondern eindeutig im Abseits stehen. Auch ist uns bewusst, dass ein solcher Tatbestand keines falls das Grundproblem des Sexismus oder das der sexuellen verbalen Gewalt löst, jedoch halten wir einen solchen Tatbestand für einen Schritt in die richtige Richtung sowohl für den Schutz der Betroffenen, als auch um zu zeigen, dass man sich diesem Problem als Gesellschaft annehmen möchte und es nicht klein redet oder verharmlost.

## **I9 – Schutz vor Gewalt an Frauen ausfinanzieren!**

**Antragsteller\*innen** Jusos Lüneburg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Angesichts der mangelnden Finanzierung von Frauenhäusern in Niedersachsen sowie der noch  
2 verschärften Lage durch die Corona-Pandemie fordern wir:

3 Für strukturelle Veränderungen auf Landes- und Bundesebene:

- 4 1. die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag sowie im Bundestag auf, sich auf Bundes-  
5 und Landesebene dafür einzusetzen, dass eine Neuregelung der Finanzierung von Frauen-  
6 häusern verabschiedet wird, welche unabhängig von jährlichen Haushaltsbeschlüssen sein  
7 muss, um Planbarkeit und Verlässlichkeit zu ermöglichen. Nicht jede Kommune kann es sich  
8 finanziell leisten, die derzeitige hauptsächliche Finanzierung durch Landesmittel so aufzu-  
9 stocken, dass genug Plätze in Frauenhäusern bestehen. Eine flächendeckende und ausrei-  
10 chende Versorgung kann nur durch eine vereinfachte und gesteigerte Finanzierung durch  
11 Land und Bund ermöglicht werden
- 12 2. für Niedersachsen zu prüfen, ob, wie im Bundesland Schleswig-Holstein, der Eigenbeitrag  
13 der Frauen durch andere Mittel ersetzt werden kann.

### **Begründung**

Bundesweit ist die Lage der Frauenhäuser seit langem prekär- immer wieder gibt es Berichte über zu geringe und komplexe Finanzierungen und chronisch überbelegten Aufnahmestellen. Laut der Zentralen Informationsstelle autonomer Frauenhäuser fehlen aktuell immerhin 3.180 Betten bundesweit.

Auch im Kreis Lüneburg herrschen solche Zustände. So konnten die Lüneburger Frauenhäuser im letzten Jahr 126 Frauen mit 180 Kindern nicht aufnehmen, weil kein Platz mehr zur Verfügung stand.

Hierfür gibt es konkret mehrere Gründe. Zum einen will, aber kann sich das Frauenhaus Lüneburg nicht vergrößern, weil kein geeigneter Wohnraum in Lüneburg zur Verfügung steht. Die Ansiedlung in einer Nachbargemeinde ist unterdessen ausgeschlossen, weil sich die betroffenen Frauen auch gegenseitig eine wichtige Stütze sind und die Bedürfnisse der Frauen an Betreuung im Zweifel so nicht erfüllt werden können. Natürlich ist aber auch die Finanzierung verantwortlich für den Platzmangel in Lüneburg. Die hier ansässigen Frauenhäuser werden finanziert durch Landesmittel in Abhängigkeit von der Platzanzahl, von den Frauen bezahlten Tagessätzen, Spenden und einen freiwilligen Beitrag von Stadt und Landkreis. Die Summe an Geldern reicht nicht, um eine qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Versorgung von Frauen (und Kindern) in Not zu gewährleisten. Zudem kann die Zahlung des erwähnten Tagessatzes, welcher in Lüneburg aktuell bei 15€ liegt, extrem belastend sein; dieser wird lediglich von Jobcenter übernommen, wenn die jeweilige Frau Grundsicherung bezieht. Außerdem trägt zum Platzmangel bei, dass Frauen häufig lange im Frauenhaus bleiben, bis sie bereits sind, eigenständig zu leben und sie dann meist Schwierigkeiten haben, eine neue bezahlbare Wohnung in Lüneburg zu finden.

Besonders in Zeiten der Pandemie, in welcher ein Rückzug z.B. zu Verwandten oder in eine Ferienwohnung unmöglich ist, ist die unzureichende Versorgung fatal. Durch die aktuell notwendige Zurückgezogenheit in die eigenen vier Wände steigt durch die schwindende Öffentlichkeit das Potenzial unbeobachteten Missbrauchs, insbesondere an Frauen und Kindern.

## I10 – Gegen jede Form von Antisemitismus

**Antragsteller\*innen** Jusos Lüneburg

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir solidarisieren uns mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, die in den letzten Tagen
- 2 und Wochen wieder vermehrt Opfer antisemitischer Parolen und Übergriffe wurde.
- 3 Um eine in Bezug auf den modernen Antisemitismus sensibilisierte Gesellschaft zu stärken, sollte
- 4 der Bezirksvorstand einen Workshop organisieren, der sich diesem Thema widmet. Dazu sollen
- 5 Expert\*innen aus der Antisemitismusforschung und entsprechende Persönlichkeiten aus Politik
- 6 und Gesellschaft eingeladen werden.

### **Begründung**

Die in Deutschland in den letzten Tagen stattfindenden antisemitischen Übergriffe sind aufs Schärfste zu verurteilen. Von Deutschland aus eine Bewertung des hochkomplexen Konfliktes vorzunehmen ist schwierig. Dennoch ist für uns klar:

Die Ereignisse der letzten Tage sind kein Vorwand für Angriffe gegenüber der jüdischen Gemeinschaft. Jüdinnen und Juden für israelische Siedlungspolitik verantwortlich zu machen bedient antisemitische Stereotype. Die Lage in Israel und den Palästinensischen Gebieten ist in den letzten Tagen massiv eskaliert. Diese Eskalation legt einer friedlichen Beilegung des Konflikts weitere Steine in den Weg und leidtragend ist wieder einmal die Zivilbevölkerung vor Ort.

Die Raketenangriffe der Terrororganisation Hamas aus dem Gazastreifen auf den einzigen jüdischen Schutzraum in dieser Welt und die Nutzung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen als Schutzschild, die keine Möglichkeit zur Flucht hat, ist perfide und verachtenswert. Wir verurteilen den anhaltenden Beschuss ziviler Gebiete und Einrichtungen in Israel durch die Hamas aufs Schärfste. Leidtragend sind die Zivilbevölkerungen auf beiden Seiten.

Wir stehen an der Seite derer, die eine friedliche Lösung des Konflikts anstreben und klar für das Existenzrecht Israels.

Antisemitismus beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körperlich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am sogenannten Stammtisch in der Kneipe oder unter Arbeitskolleg\*innen. Auch das Internet bildet diese gesellschaftlichen Verhältnisse in der virtuellen Welt ab. Diesen Verhältnissen müssen wir argumentativ und praktisch entgegentreten und sie gemeinsam bekämpfen.

In unserer antirassistischen und antikolonialen Arbeit und Aufklärung müssen wir uns bewusst machen, dass insbesondere antikoloniale Bemühungen für Antizionismus und Antisemitismus missbraucht werden können. Dem muss durch Aufklärungsarbeit entgegengewirkt werden!



## I11 – Politik nicht zum Karrieresprungbrett machen

**Antragsteller\*innen** Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 1. Kanzler\*in, Minister\*innen, Staatsminister\*innen, parlamentarische und beamtete Staats-  
2 sekretär\*innen dürfen innerhalb der 3 Jahre nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt keine  
3 Lobbyarbeit ausüben, um Interessenkonflikte zu verringern. Um dies auch praktisch über-  
4 prüfen zu können, führt der Bundestag ein verpflichtendes Lobbyregister ein, in das sich  
5 Interessenvertreter\*innen eintragen müssen.
- 6 2. Das Verhandeln über Folgebeschäftigung noch während der Amtszeit wird verboten, eben-  
7 falls um Interessenkonflikte zu verringern.
- 8 3. Die Wahl in ein hohes politisches Amt ist ein Privileg für die Gewählten. Dieses Privileg darf  
9 nicht ausgenutzt werden, um sich eine anschließende, unverhältnismäßig dotierte Stelle zu  
10 sichern und sich monetär zu bereichern. Warum?
- 11 a) Jeder Karrieresprung von der Politik in die exorbitant bezahlte Vorstandsetage ist ein  
12 Schlag ins Gesicht von Wähler\*innen und integren Politiker\*innen, die sich durch jah-  
13 relange harte Arbeit langsam hocharbeiten müssen.
- 14 b) Außerdem setzten Vorfälle dieser Art völlig falsche Anreize für Nachfolgenerationen:  
15 Junge Menschen sollen in die Politik streben, weil sie etwas verändern wollen, nicht weil  
16 sie sich bereichern wollen.
- 17 c) Und: Der aktuelle Spielraum führt dazu, dass die Expertise von ehemaligen Spitzenpo-  
18 litiker\*innen zu den am besten zahlenden Unternehmen geht, und nicht an Vereine,  
19 Menschenrechtsorganisationen, Schulen und Universitäten, die mit den Gehältern von  
20 Vorstandsetagen nicht mithalten können.
- 21 Aus diesen Gründen dürfen Kanzler\*in und Minister\*innen nach ihrer Amtszeit keine unverhält-  
22 nismäßigen Gehälter annehmen. Als unverhältnismäßige Gehälter seien Gehälter definiert, die  
23 über dem Gehalt liegen, welches ihnen zustehen würde, wenn sie den Beruf vor der Wahl in ein  
24 politisches Amt über die Jahre weitergeführt hätten. Beispiel: War jemand vorher Professor\*in  
25 und wurde für vier Jahre gewählt, kann er/sie nach deinem Ausscheiden nur maximal das Ge-  
26 halt bekommen, das ihm/ihr als Professorin inklusive vier Jahren Gehaltserhöhungen zustehen  
27 würde. Das ist gerecht.

### Begründung

Kurz: Gerechtigkeit.

Langversion: Es ist gegenüber hart arbeitenden Wähler\*innen absolut ungerecht, wenn Spitzenpolitiker\*innen sich durch ihr politisches Amt in hoch dotierte Stellen manövrieren. Stellen wir uns die zahlreichen, aktuell hart arbeitenden Lehrer\*innen vor, die die enorme Verantwortung tragen, die junge Generation auf die Welt von morgen vorzubereiten - und das inmitten der Corona-Pandemie. Sie erhalten für ihre harte, extrem wichtige Arbeit (im besten Fall) graduelle

Gehaltserhöhungen und (im besten Fall, und nach vielen Jahren) eine Beförderung. Stellen wir uns nun vor, einer dieser Lehrer\*innen engagiert sich nun jahrelang in einer Partei, in der Kommunalpolitik und im Wahlkreis. Schließlich zahlt sich dies darin aus, dass er/sie aufgestellt und gewählt wird und ein Bundestagsmandat erhält. Hier stehen Leistung und Lohn noch in einem gerechten Verhältnis. Würde diese Person allerdings nun aber anschließend vom Bundestag in die Vorstandsetage eines DAX-Konzerns wechseln, ist das eine Ausnutzung der privilegierten, politischen Position, den hart arbeitenden Kolleg\*innen gegenüber nicht erklärbar und ungerecht. Mit der Umsetzung der o.g. Forderung könnte die Person immer noch in den Vorstand eines DAX-Konzerns wechseln. Eine Verhandlung über die künftige Position noch während der Amtszeit, Lobbyarbeit in der Karenzzeit, sowie eine monetäre Bereicherung durch den Berufswechsel wären allerdings ausgeschlossen. Tatsächlich gäbe es einen finanziellen Anreiz, dass der/die Lehrer\*innen aus dem genannten Beispiel an die Schule zurückkehrt und dort die Erfahrungen, Expertise und Netzwerk aus der Zeit als Bundestagsabgeordneter einbringt.

## I12 – Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht in Halle ein rechtsradikaler Attentäter  
2 die Synagoge zu stürmen, um Jüd\*innen zu töten. Der Versuch scheitert an der Tür der Synagoge,  
3 später tötet der rechtsradikale Attentäter eine Passantin und den Gast eines Döner-Imbisses. Nicht  
4 zuletzt dieser erschreckende Höhepunkt antisemitischer Gewalt – in diesem Fall ausgehend von  
5 militanten, vernetzten, rechten Strukturen in Deutschland – legt klar dar, was Jüd\*innen schon lan-  
6 ge in Richtung Sicherheitsbehörden, aber auch in die Politik kommunizieren: Antisemitismus ist  
7 keine abstrakte Bedrohung, sondern nimmt ganz konkret gewaltvolle Formen an, die eine Bedro-  
8 hung für jüdisches Leben darstellen. Antisemitismusbeauftragte, die für die Gefahrenlage sensi-  
9 bilisieren und sich auch gegen latenten Antisemitismus einsetzen, sind daher unerlässlich. Da die  
10 Aufgaben von Antisemitismusbeauftragten oft Bereiche umfassen, die auch die Länder in ihren  
11 Aufgaben, u.a. in der Bildungspolitik, betreffen, müssen in allen Bundesländern entsprechende  
12 Stellen eingerichtet werden. Antisemitismusbeauftragte fehlen derzeit in Bremen, Hamburg und  
13 Schleswig-Holstein. Hier müssen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Es sollte außerdem  
14 ein enger Austausch zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Länder und dem Antisemi-  
15 tismusbeauftragten des Bundes stattfinden. Um die politische Wichtigkeit der Antisemitismusbe-  
16 auftragten zu unterstreichen und einen gewissen Handlungsspielraum einzuräumen, sollte eine  
17 Aufwertung vom Ehrenamt zum Hauptamt erfolgen. Die Antisemitismusbeauftragten sollten ei-  
18 ne Vergütung sowie eine entsprechende strukturelle Ausstattung erhalten. Dabei denken wir an  
19 Mitarbeitende und ein angemessenes Arbeitsumfeld sowie eigene finanzielle Budgets. Die An-  
20 tisemitismusbeauftragten der Länder und im Bund sollten nicht im Bereich Inneres angesiedelt  
21 sein. Verständlicherweise bestehen nach wie vor Berührungsängste gegenüber deutschen Sicher-  
22 heitsbehörden innerhalb jüdischer Gemeinden. Das ist vor allem auch auf die Aufdeckung rech-  
23 ter Strukturen, beispielsweise mit Blick auf den NSU, innerhalb der Polizei zurückzuführen. Von  
24 Antisemitismus Betroffenen nehmen die Sicherheitsbehörden oft nicht als schützende Exekuti-  
25 ve wahr. Da Arbeit gegen Antisemitismus vor allem auch Arbeit im Bereich der politischen und  
26 schulischen Bildung ist, erscheint uns daher eine Ansiedlung im Bereich Kultus wünschenswert.  
27 Abschließend wünschen wir uns eine höhere Sichtbarkeit von jüdischen Personen im öffentli-  
28 chen Leben. Wir wollen aktiv jüdische Stimmen zu Wort kommen lassen, da diese am besten er-  
29 fassen können, was es bedeutet antisemitischen Vorurteilen und Drohungen ausgesetzt zu sein.  
30 Wir fordern die politisch Verantwortlichen daher auf, die Stellen der Antisemitismusbeauftragten  
31 bevorzugt mit Menschen mit jüdischem Hintergrund zu besetzen.

32 Was wir konkret fordern:

- 33 • Mindestens eine\*n ständigen Antisemitismusbeauftragte\*n auf Bundesebene
- 34 • Die Verankerung von mindestens einer\*einem Antisemitismusbeauftrag-  
35 ten\*Antisemitismusbeauftragtem in allen Bundesländern
- 36 • Die Antisemitismusbeauftragten sollen nach Möglichkeit im Bereich Kultus angesiedelt sein

- 37 • Die Überführung dieser Ämter vom Ehrenamt zum Hauptamt mit einer entsprechenden Ver-  
38 gütung und einer angemessenen strukturellen Ausstattung
- 39 • Die bevorzugte Einstellung von Menschen mit jüdischem Hintergrund im Rahmen von Neu-  
40 besetzungen oder Neueinrichtungen von Stellen der Antisemitismusbeauftragten

## I13 – Errichtung einer\*s Beauftragte\*n gegen Rechtsextremismus

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen, die noch  
2 immer in verschiedensten Milieus Deutschlandweit zu finden sind. Aussteiger\*innenprogramme  
3 und Präventionsprogramme richten sich meist an sozialökonomisch schwache und randständige  
4 Personen. Rechtsextremismus ist jedoch ein weitverbreitetes Phänomen, welches in allen gesell-  
5 schaftlichen Schichten anzutreffen ist. Das Programm der SPD „Wir gegen rechts – Demokratische  
6 Ordnung stärken und verteidigen“ ist ein guter Anfang, verharrt aber im Allgemeinen. Konkret um-  
7 gesetzt werden soll deshalb die Errichtung eine\*r Beauftragte\*n gegen Rechtsextremismus in al-  
8 len staatlichen Institutionen. Diese Stelle soll von Angehörigen der Institution besetzt werden und  
9 dazu dienen, dass keine rechtsextremistischen Aussagen oder Handlungen länger toleriert wer-  
10 den. Es geht darum, dass es Ansprechpartner\*innen gibt, an die Mann\*Frau sich wenden kann,  
11 wenn rechtsextremistische Aussagen oder Handlungen innerhalb einer Institution auffallen.

## I14 – Einsetzen eines NSU-Untersuchungsausschusses auf Landesebene

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern die Landesregierung Niedersachsen dazu auf, einen Untersuchungsausschuss zum
- 2 NSU einzusetzen.

### **Begründung**

Zusammen mit Hamburg ist Niedersachsen das einzige Bundesland, in dem nach den Aufdeckungen rund um den NSU und dem anschließenden Prozess kein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Angesichts der nach wie vor aktuellen Bedrohungslage durch rechte Netzwerke ist eine Aufarbeitung der Verbindungen von rechtsradikalen Netzwerken zum NSU sowie der in Niedersachsen eingesetzten V-Männer und -Frauen unerlässlich.

## I15 – “Catcalling” strafbar machen

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern, dass „Catcalling“, also verbale sexuelle Belästigung, einen eigenen strafrechtlichen
- 2 Tatbestand bekommt.

### **Begründung**

Laut einer Studie wurden bereits mehr als 2/3 aller Frauen verbal sexuell belästigt. Dies fängt mit einem Anpfeifen an und hört mit objektifizierenden und beleidigenden Aufforderungen zum Geschlechtsverkehr auf. Das im Jahr 2020 damit Schluss sein sollte, ist Konsens und trotzdem kommen die Täter oftmals straffrei davon, was zu großem Teil auch am Fehlen eines Tatbestandes liegt. So stellen alle Straftatbestände zum Thema sexuelle Belästigung im Strafgesetzbuch auf ein Anfassen ab, allerdings beginnt sexuelle Belästigung nicht erst bei einer Hand auf dem Bein, sondern schon bei eben diesen Aufforderungen oder Hinterherrufen. Weiter denken wir, dass ein solcher Tatbestand eine präventive Wirkung hätte, da Täter dadurch wüssten, dass sie sich nicht mehr in einem rechtlichen Graubereich bewegen, sondern eindeutig im Abseits stehen. Auch ist uns bewusst, dass ein solcher Tatbestand keines Falls das Grundproblem des Sexismus und der sexuellen verbalen Gewalt löst, jedoch halten wir einen solchen Tatbestand für einen Schritt in die richtige Richtung allein für den Schutz der Betroffenen.

## K – Kommunen und ländliche Räume

### K1 – Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen statt Verbote und Verdrängung zu befeuern

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern SPD-Mandatsträger\*innen aller Ebenen dazu auf, sich bei öffentlichen Bauvorhaben  
2 und Quartiersentwicklungen für eine beteiligungsorientierte Schaffung von Wohlfühlräumen ein-  
3 zusetzen. Im öffentlichen Raum muss für alle Menschen Sicherheit bestehen – aber dies nicht  
4 nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken, sondern es muss auch für alle  
5 Wohlbefinden im Sinne von Awareness subjektiv empfunden werden. Öffentliche Wohlfühlräu-  
6 me werden diesem Anspruch gerecht.
- 7 Ihr Gegenteil – Angst- und Gewalträume – ist ein weit verbreitetes Problem im öffentlichen Raum.  
8 Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht gerecht. Auch  
9 die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von Videoüberwachung im öffentli-  
10 chen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig zu lösen.

#### **Begründung**

Wohlfühlräume stehen zum einen für weitgehend konfliktfreie und barrierefreie öffentliche Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger\*innen innerhalb einer Nachbar\*innenschaft gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belegung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner\*innen.

Leider liegt in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte viel zu oft der Fokus darauf, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. Beispiele sind hierfür Alkoholkonsumverbote im Nah- und Fernverkehr oder auch die Verdrängungsdebatten um – vor allem bei jungen Menschen – beliebte Orte. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist einer der zentralen Aufgaben unserer Kommunalpolitik, aber bezahlbarer Wohnraum nutzt nicht viel, wenn er in keinem lebens- und lebenswerten Quartier entsteht bzw. wenn im Kontext neuer Wohnviertel nicht solche Quartiere entstehen.

Vor allem in der Stadt Hannover haben wir mit den Stadtbezirksräten politisch legitimierte Gremien, die sich durch die Nähe zu den Quartieren und Nachbar\*innenschaften sehr für diese notwendigen Beteiligungen eignen. Daher liegt auch eine besondere Verantwortung für die Umsetzung unserer Forderungen bei den Orts- und Stadtbezirksräten.



## S – Sonstiges

### S1 – Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!

Antragsteller\*innen Jusus Göttingen

Weiterleitung an

Abstimmungsergebnis  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Rund 48 000 Menschen in Deutschland leben auf der Straße, insgesamt sind rund 650 000 Men-  
2 schen wohnungslos. Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind vielfältig, aber zu sagen: „Niemand  
3 muss in Deutschland auf der Straße leben“ ist naiv, gefährlich und nahezu menschenverachtend.  
4 An der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zeigt sich, wie gut der Sozialstaat wirklich ist.

5 In den letzten Jahren ist ein beängstigender Trend festzustellen. Immer mehr Kommunen und  
6 Firmen versuchen durch eine Reihe „kreativer“ Maßnahmen, Obdachlose aus dem öffentlichen  
7 Straßenbild zu vertreiben und ihnen den Aufenthalt an öffentlichen Orten unmöglich zu machen.  
8 Riesige Steine werden unter Brücken abgelegt, U-Bahnhöfe mit klassischer Musik beschallt, Sitz-  
9 bänke mit mehreren Lehnen ausgestattet und spitze Zacken vor Schaufenstern installiert. Die-  
10 se Praxis verurteilen wir aufs Schärfste! Sie soll Menschen, die als unangenehm wahrgenommen  
11 werden, vertreiben. Man will „das Problem“ nicht vor Augen haben, kümmert sich aber auch nicht  
12 um ihr Schicksal. Ganz nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

13 Wir fordern daher ein sofortiges Ende dieser Praktiken, die gegen Obdachlose im öffentlichen  
14 Raum gerichtet sind. Insbesondere fordern wir alle SPD-Fraktionen in den Kommunen auf, gegen  
15 diese Maßnahmen vorzugehen und sich für ihr Ende einzusetzen!

16 Stattdessen brauchen wir einen neuen Ansatz in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Der Fo-  
17 kus auf die „Verantwortung des Einzelnen“, der sich doch nur kümmern und bemühen müsse,  
18 ist vollkommen gescheitert. Obdachlose befinden sich in aller Regel in einem Teufelskreis: ohne  
19 Wohnung kein Job, ohne Job keine Wohnung. Wir brauchen radikale neue Lösungen.

20 Ein Ansatz könnte das „Housing first“-Konzept nach finnischem Vorbild sein: Obdachlose bekom-  
21 men ohne Bedingungen eine eigene Wohnung vom Staat, um dann nach und nach wieder in ein  
22 „normales“ Leben zurückzukehren. Die Y-Foundation, eine NGO aus Finnland, erklärt das Prinzip  
23 so: „Wir haben das Prinzip umgedreht: Normalerweise müssen Obdachlose erst ihr Leben auf  
24 die Reihe kriegen, um wieder eine eigene Wohnung zu bekommen. Wir machen das andersher-  
25 um. Wir geben ihnen eine dauerhafte Wohnung, damit sie ihr übriges Leben wieder in den Griff  
26 kriegen können. Seit 2008 gibt es das Housing-First-Programm in den zehn größten Städten in  
27 Finnland. Wir sprechen Obdachlose auf der Straße an, in den Heimen, bei Treffen mit Sozialarbei-  
28 tern.“<sup>11</sup>

29 Finnland ist mit diesem Ansatz überaus erfolgreich. Die Straßenobdachlosigkeit konnte effektiv  
30 verringert werden und am Ende ist es für den Staat sogar günstiger, als sich um viele Obdachlose  
31 zu kümmern.

32 Wir fordern daher, in der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Deutschland neue Wege zu gehen.  
33 Statt den Einzelnen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, muss der Staat Geld in die Hand

---

<sup>11</sup><https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/finnland-soziale-gerechtigkeit-grundwohnen-juha-kaakinen-interview/komplettansicht>

<sup>34</sup> nehmen, um wirklich etwas für die Menschen auf der Straße zu tun. Das wäre dann ein wirklich  
<sup>35</sup> guter Sozialstaat.

## S2 – Vielfalt sichtbar machen! Diversität in Kunst bezuschussen

**Antragsteller\*innen** Jusos Hameln-Pyrmont

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern, dass bei der Vergabe von Förderungssummen im Kulturbereich verstärkt darauf ge-
- 2 achtet wird Diversität inhaltlich und oder während der Produktion abzubilden. Hierzu sind neue
- 3 Geldtöpfe zu schaffen welche mit Auflagen oder Vergabekriterien versehen werden. Darüber hin-
- 4 aus soll auch bei öffentlich-rechtlichen Inhalten wie Talkshows verstärkt darauf geachtet werden
- 5 die Diversität der Lebensrealität abzubilden.

### Begründung

Die Me-Too-Debatte hat gezeigt, dass die Filmindustrie einen ziemlich großen und dunklen Schatten wirft. So wurden Missbrauchsfälle systematisch vertuscht und Branchenvertreter deckten sich gegenseitig. Um zu realisieren, dass es sich hierbei nicht bloß um Einzelfälle handelt muss man nicht über den Atlantik nach Hollywood schauen, es reicht ein Blick ins eigene Land. Denn auch in Deutschland ist Sexismus sowie die Marginalisierung von Minderheiten in der Filmbranche ein großes wenn auch klein gehaltenes Problem.

Lösungsansätze bietet hier im Ansatz die für die Oscarvergabe bestimmte Academy. Sie knüpft ab 2022 die Vergabe des Besten Films an gewisse Auflagen. So sollen beispielsweise vor allem Frauen, sowie ethnische Minderheiten in der Produktion und bei der Vergabe von Rollen berücksichtigt werden. Aber auch mit gewissen Inhalten kann gepunktet werden, so lässt sich die Auflage ebenfalls damit erfüllen, dass man Themen wie Flucht und Vertreibung oder Queeres Leben thematisiert. Gerade letzteres ist unheimlich wichtig. Denn so schafft man es jungen queeren Personen eine Identifikationsfigur zu geben und ihnen somit zu zeigen: Du bist normal. Denn die Wirkung von Filmen auf Kinder und Jugendliche ist unbeschreiblich groß.

Keines falls soll der Antrag dazu führen, dass ausschließlich politische Inhalte mit einem gesellschaftlichen Mehrwert im Fernsehen laufen beziehungsweise gefördert werden, jedoch halten wir es für sehr wichtig mehr in diese Richtung zu tun und deshalb gerade solche Projekte zu fördern und ins Rampenlicht zu stellen.

### S3 – Ausnahmeregelungen für den Paintballsport

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Hiermit fordern wir eine Ausnahmeregelung für den Paintballsport, durch Änderung des § 12
- 2 Abs. 4 Nr. 1 WaffG. Zukünftig soll die Mündungsgeschwindigkeit der Paintballs beim Verlassen
- 3 des Laufs auf das Internationale Standardmaß (rund 300 FPS (Fuß pro Sekunde) somit mehr als
- 4 7,5 Joule) angehoben wird.

#### **Begründung**

Paintball ist ein unfassbar schöner Team- und Laufsport und zurzeit beliebt wie nie. Leider legt das Waffengesetz in Deutschland diesem Sport viele Fesseln an sowohl beim Transport der Ausrüstung als auch bei der Handhabung und der Schussgeschwindigkeit. In Deutschland dürfen Paintballs („Paint“, die Munition) beim Verlassen des Laufes maximal 214 FPS bzw. 234 km/h haben. Bei dieser geringen Geschwindigkeit funktionieren aber leider viele Markierer nicht richtig und die „Paint“ fliegt nur auf kurzen Distanzen genauer. Das sorgt im Sport für viel Frust und Resignation, weil im Ausland (Beispiel: Niederlande, Polen, Österreich, Schweiz und Tschechien) mit bis zu 300 FPS bzw. 329 km/h gespielt werden darf. Natürlich sind Sicherheitsregeln und Gesetze im Paintball Sport mehr als wichtig damit keine Gefährdung entsteht, wenn man aber bedenkt, dass jeder ab 18 Jahre völlig Legal eine Armbrust oder einen Bogen mit der dazugehörigen Munition kaufen und besitzen darf und selbst im Fußball mehr Unfälle passieren als im internationalen Paintballsport zusammen wirft das die Frage des Sinns solcher Beschränkungen auf. Eine Sonderregelung für den Paintballsport würde sowohl dem Sport helfen die Funktion der Markierer sicherstellen als auch Deutschland für diesen internationalen Sport interessanter machen und dass ohne signifikante Erhöhung des Verletzungsrisikos.

# U – Umwelt und Verbraucher\*innenschutz

## U1 – Hersteller\*innen zu automatischem Standby verpflichtet

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD-Fraktion im Bundestag sich dafür ein-
- 2 setzen möge, dass in Deutschland verkaufte elektronische Geräte, welche üblicherweise ausge-
- 3 schaltet werden können, bei Nichtbenutzung, nach einiger Zeit im Leerlauf automatisch in den
- 4 Standby-Modus schalten.

### Begründung

Um den Stromverbrauch in Deutschland zu senken, sollen Geräte, welche nicht benutzt werden und üblicherweise abgeschaltet werden (z.B. PC, Konsolen, Fernseher) nach einiger Zeit im Leerlauf (keine Aufgaben) automatisch in dem Standby schalten. Die Gründe dafür sind, dass hin und wieder schlichtweg vergessen wird die Geräte abzuschalten oder auch, dass einige Menschen die Geräte aus Bequemlichkeitsgründen durchweg laufen lassen, obwohl sie im Leerlauf keinen Nutzen bringen. Durch die Senkung des Stromverbrauchs werden nicht nur Kosten bei den Verbraucher\*innen gesenkt, sondern auch die Umwelt geschont, da weniger Energie erzeugt werden muss. Außerdem senkt sich durch den Dauerbetrieb die zu erwartende Haltbarkeit der Geräte.

## U2 – Pflicht für abnehmbare Kabel

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass sich die SPD-Fraktionen im Bundestag dafür ein-
- 2 setzen möge, dass in Deutschland nur noch elektronische Geräte mit abnehmbarem Kabel, statt
- 3 fest angebrachter, verkauft werden dürfen.

### Begründung

Viele elektronische Geräte sind per Kabel an den Strom oder andere Geräte und Quellen angeschlossen. In einigen Fällen sind diese Kabel auch abnehmbar, sprich sie lassen sich ein und ausstecken am Gerät selbst. Es gibt allerdings auch Geräte, an denen dies nicht möglich ist. Sollte es hier zu einem defekt am Kabel kommen (z.B. Kabelbruch) muss somit das gesamte Gerät entsorgt werden, obwohl nur ein geringer Teil beschädigt ist. Dies stellt eine absolut sinnlose Verschwendung von Ressourcen dar. Wenn das Gerät jedoch über ein abnehmbares Kabel verfügt, so muss nur ein neues Kabel gekauft werden, was Kosten spart und der Umwelt guttut. Ggf. sollte auch eine EU-weite Regelung angestrebt werden.

## U3 – Rufnummernportierung

**Antragsteller\*innen** Jusus Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusus im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD-Fraktion im Bundestag sich dafür einset-
- 2 zen möge, dass alle Mobilfunkunternehmen zusätzlich zur bisherigen Rufnummernportierung zu
- 3 anderen Anbietern auch die Rufnummernportierung in den eigenen Unternehmen zulassen.

### Begründung

Begründung: Bei der Rufnummernmitnahme (oder -portierung) wird die Rufnummer von einem Anbieter zum anderen mitgenommen. Dies ist nach § 46 TKG gesetzlich so vorgeschrieben. Leider regelt das Gesetz nur die Mitnahme zu anderen Anbietern und nicht die Rufnummernmitnahme innerhalb eines Anbieters. So prüft Telefonica derzeit ob sie die Portierung innerhalb ihrer Unternehmensgruppe (o2, Blau, Al Yildiz) einschränkt.

Quelle:<https://www.teltarif.de/telefonica-interne-portierung-o2-blau-ay-yildizeingeschraenkt/news/79618.html>

## U4 – Für eine sozial gerechte Flugsteuer, die effektiv zum Umweltschutz beiträgt

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Bei den Überlegungen, wie man den CO<sup>2</sup> Ausstoß reduzieren kann, steht vor allem der Flugverkehr  
2 im Fokus der Öffentlichkeit, verdeutlicht durch die Popularisierung des Begriffes „Flugscham“.  
3 Dies ist durchaus nachvollziehbar, ist doch das Flugzeug, abgesehen von der Schifffahrt, das um-  
4 weltlichste Transportmittel.

5 Bei den Versuchen, dem entgegenzuwirken wird aber oft gefordert, einfach pauschal die be-  
6 stehende Luftverkehrabgabe zu erhöhen. Dies kann aber nicht das richtige Mittel zum Zweck sein,  
7 vor allem, da es relativ betrachtet eher die Gruppen belastet, die nicht die Hauptnutzer\*innen  
8 des Flugverkehrs sind. Zahlen aus Großbritannien zeigen dies anschaulich. Laut einer Studie,  
9 die von der britischen Regierung in Auftrag gegeben wurde, wurden im Jahr 2014 70% der Flüge,  
10 die in Großbritannien starten oder enden, von nur 15% der Flugreisenden unternommen. Ent-  
11 sprechende Zahlen aus Deutschland gibt es noch nicht, man kann aber davon ausgehen, dass die  
12 Verhältnisse ähnlich sind.

13 Für mehr als die Hälfte des CO<sup>2</sup>, das durch Flugreisen verursacht wird, ist also eine kleine Min-  
14 derheit von Reisenden verantwortlich, ob es wohlhabende Leute sind, die sich viele Urlaube im  
15 Jahr leisten können, oder eben vor allem Geschäftsreisende. Der Großteil der Bevölkerung, leistet  
16 sich höchstens einen Flug im Jahr, um Urlaubsreisen unternehmen zu können, wenn überhaupt.  
17 Eine pauschale Flugsteuer trifft aber genau letztere Gruppe schwerer als die anderen, da für diese  
18 Gruppe selbst nur ein Flug bereits eine hohe finanzielle Belastung darstellen kann. Geschäftsrei-  
19 sende aber spüren diese Kosten kaum, da diese von der Firma übernommen werden. So sieht  
20 kein fairer, sozialdemokratischer Umweltschutz aus.

21 Zudem adressiert eine solche Steuer nicht das Hauptproblem, da es Vielfliegerei nicht explizit be-  
22 straft. Das derzeitige Modell der Luftverkehrsteuer ist also nicht nur nicht sozial gerecht, sondern  
23 auch nicht wirklich dafür geeignet, zum Umweltschutz beizutragen. Deutlich effektiver und ge-  
24 rechter wäre es, wenn die Steuer zunächst mit einem relativ geringen Betrag beginnt, dann aber  
25 mit jedem weiteren Flug innerhalb eines Jahres steigt. Dies könnte Menschen mit niedrigerem  
26 Einkommen entlasten und wirksam dazu beitragen, dass die Zahl an Flügen im Jahr abnimmt. Fir-  
27 men werden einen Anreiz bekommen, wenn möglich digitale Kommunikationswege zu nutzen,  
28 anstelle von Geschäftsreisen.

29 Um das Ausmaß der Zusatzkosten pro Flug festzulegen kann man sich an der bereits bestehenden  
30 Staffelung der Luftverkehrsteuer orientieren. Dadurch, dass bei Flugreisen bereits die Personali-  
31 en, sowie die Passnummer der Reisenden erfasst werden, sollte es keine Herausforderung sein,  
32 festzustellen, wie oft eine Person bereits in einem gegebenen Jahr geflogen ist.

33 Daher fordern wir, dass die Machbarkeit einer solchen Maßnahme geprüft und dass ihre Umset-  
34 zung für zukünftige Umweltprojekte in den Blick gefasst wird.



## U5 – Energiewende in öffentliche Hand

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wir fordern eine öffentliche Investitionsstrategie in und den öffentlichen Betrieb von Offshore-  
2 Windenergieanlagen!

3 Die Klimakatastrophe ist nicht nur ein Problem unseres auf fossilen Brennstoffen basieren-  
4 den technischen Fortschritts, sondern eine wesentliche Folge der kapitalistischen Wirtschafts-  
5 ordnung. Die notwendige Dekarbonisierung besonders im Bereich der Energiewirtschaft muss  
6 deshalb mit einer wesentlichen Veränderung der Eigentumsstrukturen einhergehen. Privatwirt-  
7 schaftlich organisierte Energieunternehmen werden den Ausbau der erneuerbaren Energien nur  
8 unter großer öffentlich finanzierter Förderung vorantreiben und die produzierte Energie (insb.  
9 Strom) nur zu hohen Preisen an die Verbraucher\*innen abgeben, um ihren Gewinn damit zu si-  
10 chern. Beides belastet die öffentlichen Haushalte und die Verbraucher\*innen und bremst den  
11 dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die problematische Situation ver-  
12 schärft sich dadurch, dass der Energieproduktionssektor durch wenige Konzerne dominiert wird.  
13 Der Versuch, durch Verteuerung der konventionellen Stromerzeugung (CO<sub>2</sub>-Preis) und Förderung  
14 der nachhaltigen Stromerzeugung (EEG-Umlage) im Rahmen der privatwirtschaftlichen Organisa-  
15 tion der Stromproduktion eine Energiewende zu erreichen, hat bisher wenig Erfolge verzeichnet  
16 und zu einer Verteuerung des Stroms beigetragen, die vor allem Geringverdiener\*innen trifft.

17 Große wirtschaftliche Transformationen wie die Energiewende bedürfen daher einer aktiven Rol-  
18 le des Staates, da nur so ausreichende Investitionen in einen schnellen Ausbau getätigt werden  
19 können. Es sollen besonders die nachhaltigen Technologien gefördert werden, von denen eine  
20 möglichst konstante Energieproduktion und minimale negative Auswirkungen auf Umwelt und  
21 Bevölkerung anzunehmen ist. Wir fordern deshalb:

- 22 • Die Gründung einer staatlichen Energiegesellschaft. Neben dem Bund sollen die Länder und  
23 Kommunen Miteigentümer\*in sein.
- 24 • Den massiven Ausbau der Offshore-Windenergie durch diese staatliche Energiegesellschaft.
- 25 • Förderung von Forschung und Entwicklung zu vielfältigen, nachhaltigen Energieprodukti-  
26 onsmethoden.
- 27 • Den sukzessiven Aufkauf des Stromnetzes durch die staatliche Energiegesellschaft, um die  
28 Netzdominanz von wenigen Energiekonzernen zu brechen.
- 29 • Eine kostendeckende, aber unterhalb des Marktpreises liegende Abgabe von Ökostrom  
30 durch die staatliche Energiegesellschaft, um so den Marktanteil privater Energiekonzerne  
31 stückweise zu reduzieren und damit gleichzeitig die Strompreise niedrig zu halten.
- 32 • Die öffentliche Förderung durch Kredite und Fördergelder von genossenschaftlich organi-  
33 sierter nachhaltiger Stromproduktion.

## U6 – Das kommt uns nicht in die Tüte!

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Unser Planet erstickt im Plastikmüll. Das Aufkommen von Kunststoffverpackungen ist zwischen  
2 2000 und 2016 um 74% gestiegen. In Deutschland werden insgesamt 12 Millionen Tonnen Kunst-  
3 stoffe pro Jahr verbraucht, wovon nicht einmal die Hälfte recycelt wird, um wieder aufbereitet und  
4 neu genutzt zu werden.

5 Ob in Flüssen und Meeren, im Gebirge oder in den Wüsten – selbst an den abgelegensten Orten  
6 dieser Welt lässt sich Plastik finden. Plastik ist schon längst in die Organismen von Menschen  
7 und Tieren übergegangen. Plastik braucht Jahrhunderte, um abgebaut zu werden und ist eine  
8 Bedrohung für Menschen und unser Ökosystem geworden. Die Plastik Vermüllung des Planeten  
9 ist eine der existenziellen Fragen unserer Zeit.

10 Nationale Parlamente, aber auch beispielsweise das EU-Parlament beginnen, die Probleme der  
11 Plastiknutzung auf die politische Tagesordnung zu setzen. So wird in der gesamten EU eine Reihe  
12 von Einwegprodukten aus Plastik ab 2021 verboten sein. Doch das darf nur der erste Schritt sein,  
13 diese Maßnahme muss der Beginn einer langen Kette sein.

14 Wir haben keine Lust auf einen Plastic Planet und sagen dem Plastik den Kampf an. Denn die Zeit  
15 tickt!

### 16 **Unser Plastik im globalen Süden? Nicht mit uns!**

17 Während die Bundesregierung mit immer neuen Kampagnen zur Mülltrennung den Eindruck er-  
18 weckt, Deutschland sei Recycling-Weltmeister, spricht die Realität eine andere Sprache: Deutscher  
19 und europäischer Plastikmüll landen oftmals im globalen Süden und führen dazu, dass dort Bo-  
20 den und Gewässer verschmutzt werden. Statt sich selbst um den eigenen Müll zu kümmern, be-  
21 handelt Deutschland den globalen Süden wie eine Mülldeponie. Dabei wollen wir nicht länger  
22 zusehen!

23 Dass unser Plastikkonsum nicht nur Deutschland und Europa betrifft, sondern auch die Lebens-  
24 qualität der Menschen, sowie die Ökosysteme in anderen Teilen der Welt beeinträchtigt, wird hier  
25 deutlich klar.

26 Gerade die Staaten des globalen Nordens als Spitzenkonsument\*innen von Plastik müssen sich  
27 für einen fairen und nachhaltigen Umgang mit ihrem Müll einsetzen. Unser Plastikmüll darf nicht  
28 denen zur Last fallen, die ihn gar nicht produziert haben. Und wir dürfen nicht wegsehen, wenn  
29 unser Müll in Staaten landet, die unverantwortliche Deponien betreiben und damit die Gesund-  
30 heit ihrer Bürger\*innen gefährden.

31 Deshalb fordern wir:

- 32 • den sofortigen Exportstopp von deutschem und europäischen Plastikmüll auf den Weltmarkt
- 33 • das Durchsetzen eines internationalen Plastikabkommens, welches die Umsetzung einer
- 34 Plastikwende und ambitioniertes Recycling in allen Ländern finanziell ermöglicht

- 35 • eine europäische Recycling-Strategie: Wir wollen, dass sämtlicher Plastikmüll, welcher in  
36 der EU anfällt, auch im Gebiet der EU recycelt wird und fordern deshalb eine entsprechende  
37 Strategie auf den Weg zu bringen!

### 38 **Plastik Steuer – Abgabe für den Naturschutz**

39 Die EU-Plastik Strategie, welche die Europäische Kommission 2018 vorgelegt hat, ist mit dem Ziel,  
40 dass bis zum Jahr 2030 weniger Kunststoffe in der Umwelt landen, zunächst zu begrüßen. Diese  
41 Strategie richtet sich an alle, die mit Kunststoff zu tun haben: von den Produzent\*innen über die  
42 Verbraucher\*innen bis hin zur Abfallentsorgung.

43 Ob diese Strategie Realität wird, hängt jedoch von der praktischen Umsetzung ab und hier fehlen  
44 bis heute an vielen Stellen konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Zu einer dieser  
45 dringend nötigen Maßnahmen zählt für uns auch eine Plastiksteuer, welche in erster Linie auf  
46 Plastikverpackungen erhoben werden soll. Diese soll nicht auf die Konsument\*innen zurückfal-  
47 len, sondern die Industrie zur Kasse bitten. Auf der einen Seite soll diese Steuer den Anreiz dafür  
48 schaffen, die Herstellung von Plastikprodukten zu reduzieren. Auf der anderen Seite soll sie die  
49 Industrie dazu bringen, langfristig auf plastikfreie Alternativen umzusteigen.

50 Für uns steht fest, dass eine Umstellung nur dann gelingt, wenn es sich für Produzent\*innen lohnt,  
51 Plastik zu vermeiden. Für uns ist daher eine Steuer auf Plastikprodukte eine rein logische Kon-  
52 sequenz. Diese Steuer soll seine Steuerungswirkung durch eine verlässliche jährliche Steigerung  
53 entfalten, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion umzustellen. Um Verbrau-  
54 cher\*innen nicht ungerecht zu belasten, fordern wir eine Rück Ausschüttung in Form eines Bür-  
55 ger\*innengeldes, welches sich aus den Einnahmen der Plastik Steuer finanziert. Denn die Ver-  
56 antwortung, Plastikmüll zu vermeiden, liegt in erster Linie in der Produktion und nicht bei den  
57 Endkonsument\*innen.

58 Wir sehen aber nicht nur die Produzent\*innen der Plastikverpackungen in der Verantwortung,  
59 sondern auch die deutsche Bundesregierung, die sich dafür einsetzen muss, dass unser Plastik zu  
60 100 Prozent recycelt wird. Dafür bedarf es preislicher Anreize um die Recyclingquote schnell zu  
61 erhöhen.

62 Deshalb fordern wir:

- 63 • eine EU-weite Steuer auf Plastikverpackungen für die Hersteller\*innen
- 64 • eine Rückausschüttung der Steuern in Form eines Bürger\*innengeldes
- 65 • eine hohe Strafe für jede Tonne Plastikmüll, welche nicht recycelt wird
- 66 • staatliche Subventionen für Produzierende, die ihre Produktion umstellen wollen

### 67 **Plastik als Gesundheitsrisiko**

68 Die Verschmutzung durch Plastik beschränkt sich nicht nur auf herkömmlichen Kunststoff oder  
69 größere Plastikprodukte, sondern entsteht auch durch Mikroplastik. Dieses Mikroplastik bildet  
70 sich entweder durch den Zerfall von Plastikprodukten oder es ist Bestandteil vieler anderer Pro-  
71 dukte, etwa Kosmetika oder Hygieneartikel. Die größte Quelle von Mikroplastik in der Umwelt in  
72 Deutschland ist der Abrieb von Autoreifen.

73 Mikroplastik ist teilweise kaum filterbar und gelangt insbesondere über das Abwasser in die Um-  
74 welt und oftmals schließlich wieder in den Menschen. Gerade für kleinere Lebewesen ist Mikro-  
75 plastik gefährlich. Zudem besteht die Gefahr, dass die kleinen Plastikpartikel mit Giftstoffen ange-  
76 reichert sind, die die Umwelt belasten können. Eine Gefahr für den Menschen bilden insbesonde-  
77 re mit Weichmachern und anderen chemischen Substanzen angereicherte Plastikprodukte, u.a.  
78 auch Kinderspielzeug oder Buntstifte.

79 Deshalb fordern wir:

- 80 • verbindliche Vorgaben und öffentlich geförderte Forschung zur Verringerung des Abriebs  
81 von Autoreifen
- 82 • ein flächendeckendes Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Hygieneprodukten
- 83 • ein Verbot aller Plastikprodukte, die gesundheitsschädliche Substanzen enthalten
- 84 • ein wirksames Verbot des vermeidbaren Einsatzes von Bisphenol A und anderen Phthalaten.

### 85 **Die Zukunft ist plastikfrei!**

86 Es steht außer Frage, dass Kunststoffe für viele Anwendungen ein sinnvoller und vielseitiger Werk-  
87 stoff ist. Es ist aber genauso widersinnig, langlebige und haltbare Kunststoffprodukte nur für weni-  
88 ge Tage oder gar Minuten einzusetzen. Bei der Aufbereitung und Wiederverwendung von Kunst-  
89 stoffverpackungen gibt es große Verluste an recyclebarem Material. Plastik kann nicht beliebig oft  
90 wiederverwendet werden und wenn doch, dann oftmals unter höheren Kosten als neues Plastik.  
91 Nur knapp über 10% des Plastiks auf dem Markt ist recyceltes Plastik.

92 Nicht nur im Verkehrs- oder Energiesektor, sondern auch in der Plastikindustrie wird eine gan-  
93 ze Menge an Treibhausgasen freigesetzt. Dort werden fossile Rohstoffe gewonnen, raffiniert und  
94 weiterverarbeitet. Allein bei der Herstellung einer einzelnen Plastiktüte fallen 120 Gramm CO<sub>2</sub>  
95 an.

96 Auch in der Entsorgung von Plastik wird eine große Menge an Treibhausgasen freigesetzt, da der  
97 Großteil unseres Plastikmülls in Müllverbrennungsanlagen landet. Ginge unsere Plastikprodukti-  
98 on ungebremst weiter, würden allein durch Kunststoffe bis 2050 ca. 52,2 Gigatonnen CO<sub>2</sub>- Emis-  
99 sionen erzeugt. Damit gingen zwischen 10 und 13 Prozent des verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets für das  
100 1,5 Grad-Ziel auf das Konto von Kunststoffen. Laut Schätzungen des Center for International En-  
101 vironmental Law soll sich die Plastikherstellung zukünftig jedoch nicht verringern, sondern sogar  
102 bis 2050 vervierfachen.

103 Die angestrebte Minderung von 40 Prozent der Treibhausgase von 1990 bis 2020 wird durch die  
104 Untätigkeit von Bundes- und Landesregierung voraussichtlich klar verfehlt. Um die globale Erder-  
105 wärmung doch noch auf unter 1,5 Grad begrenzen zu können, bedarf es einem radikalen Klima-  
106 schutz, der auch die Plastikproduktion und -verbrennung nicht außer Acht lassen darf.

107 Aktuell wird das ökologisch abbaubare und aus Maisstärke gewonnene „Bio-Plastik“ als eine Al-  
108 ternative zu herkömmlichem Plastik vorgestellt. Doch das sog. „Bio-Plastik“ kann nicht unsere  
109 Alternative sein. Der zur Herstellung benötigte Mais wird in der Regel in großen Monokulturen  
110 angebaut und ist damit selbst ökologisch kaum tragbar.

111 Deshalb fordern wir:

- 112 • die Förderung von Forschung im Bereich von ökologischen Plastikalternativen
- 113 • eine radikale Beschränkung für neu herzustellendes Plastik

- 114 • kurz- und mittelfristig umgesetzt: Eine Kreislaufwirtschaft, bei der neue Plastikprodukte aus  
115 altem, recyceltem Plastik gewonnen werden. Recycling muss Priorität vor der Verbrennung  
116 haben!
- 117 • Langfristig: Den kompletten Verzicht auf Plastikprodukte und der konsequente Gebrauch  
118 von anderen, ökologischen Materialien

## U7 – Wasser ist ein Menschenrecht!

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Der Zugang zu Wasser muss für alle Menschen dieser Erde gewährleistet sein. Der Zugang zu  
2 Wasser ist ein Menschenrecht! Wir fordern deshalb die Einführung des Wassercent als Aus-  
3 gleichszahlung für einen hohen Wasserverbrauch an die betroffenen Staaten sowie das Ende der  
4 Privatisierung von Wasserquellen. Des Weiteren fordern wir, dass die Förderung von Wasser unter  
5 Betrachtung der Belastung der Biotope geschieht und dass es eine Erhöhung des Anteils der  
6 weltweiten Aufbereitung des Abwassers gibt.

### 7 **Nutzungskonkurrenz um Wasser vermeiden**

8 Wasser ist die wohl wichtigste Ressource. Bereits 2015 warnte das Wirtschaftsforum in Genf davor,  
9 dass Wasserknappheit die größte humanitäre Krise des Jahrzehnts auslösen könne. Heute haben  
10 2,2 Milliarden Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Wasser-  
11 krise ist gegenwärtig schon Migrationsursache Nummer eins und ein zunehmend wachsender  
12 Auslöser für Konflikte. Die Nutzungskonkurrenz um die Ressource Wasser wird auch im Zuge des  
13 Klimawandels immer weiter ansteigen.

14 Wir fordern, dass die deutsche und europäische Politik sich dieser Problematik annimmt und  
15 Konzepte erarbeitet, die zur Durchsetzung des Menschenrechtes auf Trinkwasser für Alle führen.  
16 Des Weiteren verurteilen wir die Vermarktung von Wasser. Wasser darf nicht selbst oder Teil von  
17 Gewinnmaximierung für Unternehmen sein!

### 18 **Trinkwasser für Alle**

19 71% der Erde wird von Wasser bedeckt. Davon sind 97% Salzwasser und 3% Süßwasser. Davon lie-  
20 gen wiederum 2,1% in Eis und Schnee vor. Doch diese Wasserreserven sind durch die Klimakrise  
21 bedroht. Besonders bedroht ist das Schmelzwasser, welches ein Drittel der Weltbevölkerung als  
22 Trinkwasser dient. Auch die Nutzungskonkurrenz um die Ressource Wasser steigt aufgrund der  
23 Wasserkrise immer weiter an. Expert\*innen halten eine Wasserkrise für vermeidbar. Das Süß-  
24 wasser reiche für über 9 Milliarden Menschen. Es handele sich um ein Verteilungsproblem.

### 25 **Virtuellen Wasserverbrauch senken**

26 Der tägliche Wasserverbrauch pro Person liegt in Deutschland liegt bei circa 121 Litern. Doch  
27 dieser bildet nicht unseren realen (virtuellen) Wasserverbrauch ab. Bei dem virtuellen Wasser-  
28 verbrauch handelt sich um das Wasser, welches zur Herstellung von Produkten benötigt wird.  
29 So werden beispielsweise für die Herstellung von einem Kilogramm Avocados 1000 Liter Wasser  
30 oder eines T-Shirts 2000 Liter Wasser benötigt. Durch Handel entziehen wir anderen Regionen  
31 Wasser, indem wir anderthalb Mal so viel virtuelles Wasser importieren, wie wir exportieren. In  
32 Deutschland gibt es einen gesamten Wasserverbrauch von 117 Milliarden Kubikmetern Wasser  
33 pro Jahr. Mehr als die Hälfte dieses virtuellen Wasserverbrauchs fällt nicht in Deutschland an.  
34 Dadurch importieren wir rund 34,2 Milliarden Kubikmeter Wasser im Jahr auf Kosten anderer.  
35 Deshalb sehen wir die weltweit drittgrößte Importnation in der Pflicht, sich für einen internatio-  
36 nalen virtuellen Wasserhandel ein- und auseinanderzusetzen, da eine symptomatische Bekämp-  
37 fung kurzweilig, aber nicht längerfristig von Erfolg gekrönt ist.

38 Heute leiden bereits 1,8 bis 2,9 Milliarden Menschen 4 bis 6 Monate im Jahr und ca. 500 Millionen  
39 Menschen ganzjährig unter Wasserknappheit. Des Weiteren hat jede zweite Großstadt weltweit  
40 mit Versorgungsengpässen durch den hohen Wasserbedarf der Ballungsräume zu kämpfen. Die  
41 Situation wird verschlimmert, indem 80% des vom Menschen verwendeten Wassers ungeklärt,  
42 also verunreinigt, in die Natur zurückgegeben wird, aus welcher das Wasser, häufig ungereinigt,  
43 später wieder entnommen wird. Dies hat die Folge, dass Infektionskrankheiten die häufigste To-  
44 desursache in ärmeren Ländern sind. Seit 2010 gilt das UN54 Menschenrechtsabkommen „Recht  
45 auf Zugang zu sauberem Wasser“. Um dies zu ermöglichen sind jährlich 10 Milliarden US-Dollar  
46 Investitionen von Nöten.

47 Diese Wasserkrise wird von Großkonzernen in stark betroffenen Gebieten ausgenutzt, indem sie  
48 die Privatisierung von Wasserquellen als Lösung des Wasserproblems anpreisen. Leider hat das  
49 in den betroffenen Ländern, besonders in Ländern des globalen Südens, die Folge, dass es zur  
50 Spaltung der Gesellschaft kommt. So kann sich auf der einen Seite nur ein Teil der Gesellschaft  
51 dieses saubere Wasser leisten. Der andere Teil der Gesellschaft hat nur die Möglichkeit, unkon-  
52 trollierte Wasserquellen zu verwenden. Des Weiteren führt die exzessive Wasserförderung durch  
53 Großkonzerne zu einer Verringerung der Wasserkapazität der natürlichen Wasserreserven und  
54 schafft nebenbei durch die Plastikverpackung noch ein Müllproblem. Durch die Wasserflaschen-  
55 industrie wird Wasser bewusst zu einem Luxusgut und die öffentliche Versorgung mit sauberem,  
56 kontrolliertem Trinkwasser wird in vielen Ländern nicht mehr verfolgt. Wasser ist ein Menschen-  
57 recht und sollte jedem/jeder zur Verfügung stehen. Um dies in Zukunft gewährleisten zu können,  
58 ist eine radikale Weichenstellung nötig.

59 Wir fordern deshalb:

- 60 • die Einführung des Wassercents für den deutschen Handel. Dieser soll einen Ausgleich  
61 schaffen, um in den stark betroffenen Regionen die Wasserreinigung und -versorgung zu för-  
62 dern. Die Höhe soll bei einem Cent je virtuellem Kubikmeter verbrauchtem Wasser liegen.
- 63 • die Anerkennung von Wasser als Allgemeingut und damit verbunden das Stoppen der pri-  
64 vaten Wasserindustrie. Mit Allgemeingütern darf kein Profit gemacht werden!
- 65 • Die Einrichtung von kostenlosen Trinkwasserstellen und sanitären Einrichtungen im gesam-  
66 ten Bundesland, sowie in öffentlichen Gebäuden
- 67 • einen Fördervorbehalt. Die Wasserförderung darf nur unter Betrachtung der Belastung der  
68 Biotope geschehen.
- 69 • die Erhöhung des Anteils der weltweiten Aufbereitung des Abwassers.

70 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass mehr sogenannte Blue Communities entstehen. In  
71 diesen verpflichten sich die Kommunen sich für folgende Grundsätze einzusetzen:

- 72 • Anerkennung von Wasser und sanitärer Grundversorgung als Menschenrecht
- 73 • Erhalt des Wassers als öffentliches Gut
- 74 • Qualitativ hochwertiges Leitungswasser statt Flaschenwasser
- 75 • Schutz der Qualität des städtischen Trinkwassers sowie der lokalen Flüsse und Seen
- 76 • Pflege von internationalen Partnerschaften, betreffend die obengenannten Ziele

## U8 – Gebt das Hanföl frei!

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir Jusos fordern, dass die EU-Kommission ihre Pläne, natürliches CBD als Betäubungsmittel
- 2 zu behandeln, umgehend einstellt. Stattdessen sollte eine Regulierung von CBD-Produkten an-
- 3 gestrebt werden, die den Schutz der Verbraucher\*Innen und ihrer Gesundheit sicherstellt, ohne
- 4 ihnen den Zugang zu dem pflanzlichen Produkt zu erschweren.

### Begründung

Bei natürlichem CBD (Cannabidiol) handelt es sich um einen Wirkstoff, der aus Blüten der Hanfpflanze gewonnen wird, aber im Gegensatz zu THC keine psychoaktive Wirkung hat. Allerdings kann CBD zur Linderung von Schmerzen, Nervenleiden und zu kosmetischen Zwecken eingesetzt werden.

Zur Zeit wird eine bunte Reihe an CBD-haltigen Produkten vertrieben, deren Zulassungsstatus zum Teil ungeklärt ist. Bestrebungen der Hersteller, ihre Produkte bei der EU zuzulassen, verliefen bisher im Sande. Die rechtliche Handhabung in Deutschland wird von den Bundesländern sehr uneinheitlich vorgenommen, hier treibt der Föderalismus wieder einmal seltsame Blüten. Einige Drogeriemärkte und Apotheken führten eine zeitlang CBD-Produkte, nunmehr findet man sie vor allem im Online-Handel und speziellen Hanfgeschäften.

Die EU-Kommission vertritt momentan die Ansicht, "dass CBD, welches aus den Blüten und Fruchständen der Cannabis Pflanze (*Cannabis sativa* L.) gewonnen wird, als Betäubungsmittel gemäß des Einheitsabkommens über die Betäubungsmittel der Vereinten Nationen von 1961 behandelt werden sollten." Künstlich hergestelltes CBD wäre demnach unproblematisch.

Die aktuelle Position der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist jedoch, dass CBD nicht als Betäubungsmittel einzustufen sei, da es kein Missbrauchs- oder Abhängigkeitspotenzial zeigt und der geistige Zustand nach einer Einnahme nicht verändert wird.

Für uns Jusos ist klar: in Bezug auf das medizinisch nützliche CBD ist Prohibition ein noch größerer Irrweg als bei wirklichen Rauschmitteln. Wir fordern die SPD auf, sich für eine Regelung mit Augenmaß im Sinne der Verbraucher\*innen einzusetzen.



## U9 – Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern mehr staatliche Beschränkungen für die Verwendung von nicht recycelbaren Kunst-
- 2 stoffen. Als ersten Zwischenschritt sollte der freie Gebrauch von schwarzen Kunststoffen verboten
- 3 werden, da dieser aktuell nicht vollständig recycelbar ist.
- 4 Gleichzeitig befürworten wir eine größere Unterstützung von der Forschung an technologischen
- 5 Verbesserungen im Recyclingprozess.

### Begründung

Im Jahr 2019 wurden in Deutschland nur 42% der Kunststoffabfälle recycelt und wieder im Sinne der Kreislaufwirtschaft verwertet. Einen nicht zu ignorierender Anteil daran haben Kunststoffe der Farbe schwarz. Diese Verpackungen können aufgrund der bisher fehlenden technischen Möglichkeiten nicht von anders farbigen Kunststoffen getrennt werden und landen dann meist in der thermischen Verwertung. Somit haben sie keine Chance ressourcentechnisch wiederverwertet zu werden. Da Kunststoff in der Produktion viele Wertstoffe benötigt, bei denen die Grundlage zumeist verarbeiteter Erdöl ist. Also nicht sehr nachhaltig. Da zudem der Energieaufwand der Produktion enorm ist, sollte gerade hier auf eine sinnlose Entsorgung verzichtet werden. Da die schwarzen Kunststoffverpackungen in der Supermarktpalette vor allem aus Design und Werbegründen benutzt werden, müssen hier die Erzeuger in die Pflicht genommen werden, diese aus dem Sortiment zu nehmen und bis eine bessere Trennung möglich ist auf schwarzen Kunststoff verzichten. Es gibt zwar schon Technologien, die eine Trennung ermöglichen. Jedoch befinden sich diese noch im Entwicklungsstadium und werden bei abgeschlossener Entwicklung erst nach und nach herkömmliche Trennanlagen ersetzen. Dies wird noch Jahre benötigen.

Um bis dahin nicht noch mehr Kunststoffe unnötig der Kreislaufwirtschaft zu entziehen und damit Ressourcen zu verschwenden, fordern wir, dass Verpackungen und Einmalprodukte mit schwarzen Kunststoffanteilen, bei denen die schwarze Farbgebung nicht nachweisbar eine Notwendigkeit besitzt, verboten werden.

## U10 – Bepflanzung von Flachdächern

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Landesregierung wird beauftragt, die Begrünung der Dächer von Bushaltestellen und Bahnan-
- 2 lagen sowie weiterer geeigneter Dachflächen des Landes Niedersachsen zu planen und durchzu-
- 3 führen beziehungsweise auszuschreiben. Falls es notwendig ist, soll das Land dabei den Kontakt
- 4 zur Deutschen Bahn sowie anderen Betreibern und Betreiberinnen beziehungsweise Inhabern
- 5 und Inhaberinnen aufsuchen.

### **Begründung**

Im Zuge des Klimawandels und den damit in Verbindung stehenden Folgen, wie beispielsweise dem Bienensterben, sind nachhaltige und gut durchsetzbare Lösungen dringend gefordert. Vor allem in vielen deutschen Großstädten fehlt es an Grünflächen, da die Erschließung eben dieser durch den Mangel an freien Plätzen massiv erschwert wird. Allerdings zeichnet sich ein ähnliches Problem auch in kleineren Städten ab. So weichen grüne und verschieden bepflanzte Gärten immer mehr modernen Steingärten. Wieso also nicht den Platz nutzen, den man sowieso schon, in Form von Bushaltestellendächern hat und einfach fürs Klima nutzen. In Hannover existieren bereits einige wenige Bushaltestellen, deren Dächer als Blühstreifen genutzt werden. Ein weiteres positives Beispiel wäre die Stadt Utrecht in den Niederlanden. Hier wurden insgesamt 300 Bushaltestellendächer mit großer Zufriedenheit der Bürger bepflanzt, da es neben den Umweltaspekten auch das Stadtbild verschönert hat. Dieses Konzept sollte somit in jedem Fall in ganz Niedersachsen etabliert, wenn nicht sogar noch verbessert werden, in dem man nicht nur Bushaltestellen, sondern auch andere Dächer sucht, auf denen man solche Blühstreifen installieren könnte. Denkbar wären beispielsweise Schulen oder Sporthallen, welche noch über ein Flachdach verfügen.

## U11 – Sozial gerechte CO2-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel

**Antragsteller\*innen** Jusos Region Hannover

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

1 Wir fordern die umgehende Einführung eines nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreises von 40€/t, der min-  
2 destens die derzeit im Rahmen des EU-Emissionshandels (EU-ETS) erfassten Unternehmen der  
3 Energiewirtschaft (Kraftwerksbetreiber) erfasst. Dieser CO<sub>2</sub>-Mindestpreis steigt bis zum Jahr 2050  
4 linear auf 180€/t an. Zusätzlich zum Erwerb der CO<sub>2</sub>-Zertifikate muss die Differenz zum CO<sub>2</sub>-  
5 Mindestpreis abgeführt werden, wahrscheinlich bestenfalls als Steuer auf die Nutzung von Emis-  
6 sionszertifikaten. Sämtliche Einnahmen werden wie folgt verwendet:

7 1. Sämtliche Letztverbraucher mit Ausnahme der Haushaltskunden (Standardlastprofil H0) be-  
8 kommen die Einnahmen anteilig ihres Stromverbrauchs am deutschen Gesamtverbrauch  
9 jährlich zurückerstattet.

10 2. Stromkostenintensive Unternehmen erhalten die Rückerstattung nach 1. nur für solche  
11 Strommengen, für die keine Reduzierung der EEG-Umlagepflicht nach der besonderen Aus-  
12 gleichsregelung (BesAR) nach § 64 EEG 2017 in Anspruch genommen wurde. Damit besteht  
13 eine Wahlmöglichkeit zwischen der in 1. erwähnten Rückerstattung oder der BesAR.1

14 3. Der nach Abzug der Rückerstattung aus 1. verbleibende Betrag wird jährlich in gleicher Höhe  
15 pro Kopf als Energiefreibetrag an jede\*n Bundesbürger\*in zurückgezahlt.

16 Die Einführung des Mindestpreises soll an folgende Maßnahmen gekoppelt werden:

17 1. Indem rechtliche und sonstige Hürden abgebaut werden, die einer industriellen Eigenver-  
18 sorgung mit erneuerbaren Energien im Rahmen von Corporate-PPAs im Wege stehen, wird  
19 energieintensiven Industrien ermöglicht, ihre Stromkosten weiter zu reduzieren und zu-  
20 gleich aktiv zum Ausbau der erneuerbaren Energien beizutragen.

21 2. In der Vergangenheit wurde die Befreiung von der EEG-Umlagepflicht (BesAR) auf eine Viel-  
22 zahl von Unternehmen ausgedehnt, darunter zahlreiche Unternehmen, bei denen gar keine  
23 Gefahr von „Carbon Leakage“ besteht. Diese Befreiungen gingen und gehen hauptsächlich  
24 zulasten der privaten Haushalte. Nur in einzel- nen Branchen (z.B. der Stahlindustrie), bei der  
25 akut ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit droht, wäre auch künftig eine zusätzliche Kom-  
26 pensation berechtigt. Ergänzend sind Grenzausgleichsteuern zu prüfen; diese werden im  
27 Rahmen des „European Green Deal“ bereits auf EU-Ebene in Erwägung

28 3. Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden beseitigt, insbesondere  
29 Mengenbegrenzungen und die restriktive Regulatorik, die den Ausbau der Windenergie  
30 hemmt.

31 4. Mit den Strukturfördermitteln im Rahmen des Kohleausstiegs werden gut ausgestattete Neu-  
32 qualifizierungsprogramme für ehemalige Beschäftigte in der Braunkohleindustrie aufgelegt.

## Begründung

In der Energiewirtschaft liegt nach wie vor das größte, unmittelbar zu realisierende Klimaschutzpotenzial. Sie ist der einzige Sektor, der zur Senkung der deutschen Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2019 beigetragen hat. Experten gehen davon aus, dass in diesem Sektor ein CO<sub>2</sub>-Preis von 40€/t, der bis 2030 auf 90€/t ansteigt, Emissionseinsparungen von 200 Mio. t CO<sub>2</sub>/Jahr bewirken würde. Der gleiche CO<sub>2</sub>-Preis würde im Gebäudebereich nur 27, im Verkehr nur 8 Mio. t CO<sub>2</sub>/Jahr an Einsparungen bewirken. Maximal sozial gerecht wäre die Einführung eines Energiefrei-betrags (Rückzahlung bei Haushaltskunden pro Kopf, bei gewerblichen Kunden abhängig vom Verbrauch), der durch einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis für die Energiewirtschaft refinanziert würde: Unternehmen der Energiewirtschaft zahlen die Differenz von Mindestpreis und Zertifikatspreis im EU-ETS in Form einer Steuer auf die Zertifikate. Die Sozialverträglichkeit bei gleichzeitiger Effektivität liegt daran, dass die Technologien zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung im Stromsektor – regenerative Energieträger – zu sehr günstigen Kosten zur Verfügung stehen. In keinem anderen Sektor sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten so niedrig, weshalb dort sozialverträglicher Klimaschutz eher mit Ordnungsrecht und Investitionen operieren müsste. Die vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Energiesektor führt stattdessen sogar zu einer Entlastung der Haushaltskund\*innen und großer Teile der Industrie und bewirkt eine stark progressive Umverteilung.

### Zu erwarten ist:

1. Die Börsenstrompreise steigen, was zugleich die EEG-Umlage deutlich senkt und damit die niedrigen Stromgestehungskosten der erneuerbaren Energien endlich an die Endkund\*innen weiterleitet („EEG-Paradoxon“). Die sinkende EEG-Umlage stärkt das EEG und eröffnet Möglichkeiten, das Förderregime wieder zu stärken.
2. Durch die Angleichung der Grenzkosten verschiedener Kraftwerkstechnologien (Gas wird weniger belastet als Braunkohle), steigt die Konsumentenrente zulasten der Produzentenrente. Es kann eine Netto-Entlastung der Verbraucher\*innen erzielt werden, da Überrenditen der Energiewirtschaft (aktuell auf Kosten des Klimas) abgebaut
3. Der ansteigende Mindestpreis schafft Planbarkeit und Investitionssicherheit. Anderweitig angereizte Emissionseinsparungen (z.B. durch Ausbau der EE durch das EEG) gehen nicht zulasten der Anreizwirkung, da der Mindestpreis den Verfall der Zertifikatspreise
4. Durch die Pro-Kopf-Rückerstattung als Energiefreibetrag, werden Endverbraucher\*innen an das Konzept der aufkommensneutralen CO<sub>2</sub>-Bepreisung gewöhnt. Die Stromkostensenkung durch den Freibetrag geht jedoch nicht zulasten des Stromsparanreizes, da die Arbeitspreise weitestgehend unverändert Geringverbrauchende werden stärker entlastet, als Vielverbrauchende. Weiterhin beseitigt man die potenzielle Ungerechtigkeit, dass Braunkohlekraftwerksbetreiber weniger für CO<sub>2</sub>-Verschmutzung bezahlen müssen, als dies von Pendler\*innen im rigiden Nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen ab 2021 verlangt wird.
5. Der CO<sub>2</sub>-Mindestpreis bewirkt je nach Preispfad einen Kohleausstieg bis 2030, spätestens 2032 und ist eine sinnvolle Ergänzung zum ordnungsrechtlichen Ausstieg. Die Möglichkeit höchst ungerechter Entschädigungen für Uralt-Kraftwerke sinkt massiv. Die Einführung eines Mindestpreises kann erfolgen, ohne dass die Zieldaten des Kohlekompromisses verändert werden müssen.

**Fazit:** Der vorliegende Vorschlag hat das Potenzial, die klimapolitische Misere der SPD zu durchbrechen. Kein anderer politischer Vorschlag hat das Potenzial, derart schnell die deutschen

Treibhausgas-Emissionen zu senken. Die Energiewende würde neu dynamisiert werden, indem man die fossile Energiewirtschaft politisch isoliert. Die Kernergebnisse der „Kohlekommission“ in den Bereichen Strukturwandel und Beschäftigung werden nicht angetastet. Sehr wohl würde sich die SPD aber ihrer historischen Verantwortung stellen und das Marktversagen viel zu niedriger Zertifikatspreise ohne Lenkungswirkung im von ihr 2005 eingeführten EU- ETS zu beseitigen. Durch die unmittelbare Verknüpfung von progressiver Verteilungswirkung und Klimaschutz könnten von links bis in die grüne Mitte Glaubwürdigkeit und perspektivisch Wähler\*innen zurückgewonnen werden.

## V – Verkehr

### V1 – Regelmäßige verpflichtende Sehtests für Autofahrer\*innen

**Antragsteller\*innen** Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir Jusos fordern, dass alle Menschen, welche im Besitz einer Fahrerlaubnis sind, alle 5 Jahre
- 2 einen Sehtest machen müssen. Ab dem 40. Lebensjahr alle zwei Jahre. Die Kosten für die Sehtests
- 3 sollen von den jeweiligen Personen selber getragen werden.

#### **Begründung**

Derzeit benötigt man nur einmal einen Sehtest für den Führerschein und zwar gleich zu Beginn der Karriere auf der Straße. Das ist entschieden zu wenig! Die Sehkraft der Menschen bleibt in der Regel nicht gleich und verändert sich mit den Jahren. Oft merken die Betroffenen erst gar nicht richtig, dass sie Verkehrsschilder und andere Verkehrsteilnehmer\*innen viel zu spät erkennen. Das ist eine absolute Gefährdung aller anderen Verkehrsteilnehmer\*innen, die unterwegs sind. Regelmäßige Sehtests würden an dieser Stelle helfen, damit es ein bisschen sicherer auf unseren Straßen wird

# W – Wirtschaft und Finanzen

## W1 – Günstigere Bahntickets

**Antragsteller\*innen** Jusus Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusus im Bezirk Hannover beschließen, dass Bahntickets in Deutschland von der Mehrwert-
- 2 steuer befreit werden sollen.

### **Begründung**

Um die Straßen zu entlasten und die Umwelt zu schonen, muss das Schienennetz nicht nur ausgebaut werden, sondern auch die Fahrpreise müssen angepasst werden. Um die Bahn als Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, ist es unabdingbar, die Preise zu senken, dies geht am einfachsten über die Mehrwertsteuer.

## W2 - Erbschaftssteuer für Großbeträge erhöhen

**Antragsteller\*innen** Jusos Celle

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die Erbschaftsteuer bei Großbeträgen erhöht wer-
- 2 den soll, um einen entsprechenden Anteil der rund 400 Mrd., die jedes Jahr in Deutschland vererbt
- 3 werden, z. B: für den Ausbau von sozialer Infrastruktur zu nutzen.

### Begründung

Leistung muss sich lohnen.



## W3 – Gesetzesänderung der Abgabenordnung

**Antragsteller\*innen** Jusos Göttingen

**Weiterleitung an**

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Wir fordern die Änderung der Abgabenordnung in §52. In Absatz 2, Ziffer 18 soll hinter Frauen
- 2 und Männer ergänzt werden:
- 3 „sowie trans und queeren Personen.“
- 4 In Absatz 2, Ziffer 19 soll hinter Ehe und Familie ergänzt werden:
- 5 „gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Lebensweisen.“

### **Begründung**

Momentan werden vielen Vereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt, weil sie nicht den Kriterien des §52 AO entsprechen.

Vereine wie das Queere Zentrum in Göttingen, die queere Personen beraten und ihnen eine Anlaufstelle bieten, sind essentiell. Ohne solche und viele weitere ähnliche Angebote gäbe es eine große Lücke. Wenn solchen Vereinen die Gemeinnützigkeit abgesprochen würde, stünden sie vor dem Aus. Das muss auf jeden Fall verhindert werden! Eine Änderung der Abgabenordnung des §52 AO ist daher notwendig, um die Zukunft dieser Vereine zu bewahren und diesen Paragraphen ins 21. Jahrhundert zu holen.

## W4 – Keine Besteuerung der gesetzlichen Renten

**Antragsteller\*innen** Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg

**Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

**Abstimmungsergebnis**  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

---

- 1 Die gesetzliche Alters- und Witwer\*innenrente soll nicht mehr besteuert werden.

### **Begründung**

In Deutschland sind 3 Millionen Rentner\*innen von Altersarmut betroffen, die Tendenz in der Zukunft deutlich steigend. Zwar wurde durch die eingeführte Grundrente eine Verbesserung herbeigeführt, doch muss noch einiges getan werden, um jeder Person ein würdiges Leben im Alter gewähren zu können. Deswegen fordern wir die Abschaffung der 2005 eingeführten Besteuerung der gesetzlichen Renten.

